

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 13/11.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berkaunungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pf. (zählweise 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Steingelände- und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 19. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Ringen um Lemberg.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. Juni 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Feinde setzen ihre Durchbruchversuche nördlich Arras vergeblich fort. Die Engländer erlitten nördlich des Kanals von La Bassée eine neue Niederlage; ihre Angriffstruppen wurden aufgerieben; nur einzelne Leute flüchteten sich zurück. Westlich Angres, beim Kirchhof südlich Souchez und nördlich Ceurie sind Franzosen in kleine Teile unserer vorderen Stellung eingedrungen; hart nördlich der Voretto-Höhe gaben wir ein im umfassenden Feuer liegendes Grabenstück planmäßig auf. Im übrigen wurden die feindlichen Angriffe abgeschlagen.

Seit dem 16. Juni nahmen wir auf dem Kampffelde nördlich Arras 17 Offiziere 647 Mann gefangen, die blutigen Verluste der Gegner entsprechen denen in der Schlacht in der Champagne.

In den Argonnen wiesen wir schwache feindliche Vorstöße ab. Bei Banquois haben sich örtliche Gefechte entwickelt. Die Vogesenkämpfe westlich Megeral sind noch im Gange.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Vordringende russische Abteilungen wurden von deutscher Kavallerie über den Szymbiza-Abschnitt (östlich der Straße Cytowiany-Szawle) zurückgeworfen. Ein von starken feindlichen Kräften gegen die Dawinalinie vorgetragener Angriff scheiterte.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits Tarnograd warfen die verbündeten Truppen in der Nacht den Feind gegen den Tancw-Abschnitt zurück. Die anderen Armeen des Generalobersten v. Mackensen haben die geschlagenen Russen bis in die vorbereitete Grodel-Stellung (Linie Karol-Miasto-Magierow-Wereszha-Bach bis zur Einmündung in den Dnjestr) getrieben.

An der Dnjestr-Front nordöstlich Strij ist die Lage unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 18. Juni 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Nördlich Siennawa sind unsere Truppen in der Verfolgung auf russisches Gebiet vorgedrungen, sie erreichten die Höhen nördlich Kreszow, die Niederung des Tancw und besetzten Tarnograd.

Auch die zwischen dem unteren San und der Weichsel stehenden russischen Kräfte weichen an mehreren Stellen zurück. Cieszanow und die Höhen nördlich des Ortes wurden genommen. Im Berglande östlich Niemirow, sowie in der Gegend bei Janow haben sich starke russische Kräfte gestellt. An der Wereszha wird gekämpft. Unsere Truppen haben an einigen Stellen schon östlich des Flusses Fuß gefaßt. Südlich des oberen Dnjestr mußten die Russen nach heftigen Kämpfen aus den Stellungen bei Lithnia gegen Kolodrubz zurückweichen. Eigene Truppen haben in der Verfolgung die Mündung der Wereszha erreicht. Die sonstige Lage am Dnjestr ist unverändert.

Die Ostgruppe der Armee Pflanzler wies gestern zwischen Dnjestr und Pruth acht Sturmangriffe der Russen blutig ab. Der Feind, der verzweifelte Anstrengungen machte, um unsere Truppen in die Dukowina zurückzuwerfen, erlitt im Artilleriefeuer schwere Verluste und ging fluchtartig zurück. 8 Offiziere, 1002 Mann wurden gefangen, drei Maschinengewehre erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei neuerlichen Vorstößen an der Isonzofront erzielten die Italiener ebensowenig einen Erfolg wie bisher. Bei Plava schlugen unsere braven Dalmatiner Truppen vorgestern abend und nachts den Angriff einer italienischen Brigade ab. Gestern griff der Feind nochmals an und wurde wieder zurückgeschlagen. Am Angriffsraum wurden zwei piemontesische Brigaden und ein Mobil-Milizregiment festgestellt. Die Verluste der Italiener sind hier wie im Krn-

Gebiete sehr schwer. Erneute feindliche Angriffe im Blocken-Gebiet und auf dem Monte Coston wurden gleichfalls abgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Bericht der italienischen Heeresleitung.

Rom, 18. Juni. (W. Z. B.) Meldung der „Agenzia Stefani“. Meldung der obersten Heeresleitung vom 17. Juni. Kleine glückliche Zusammenstöße bezeichnen die schrittweisen Fortschritte unserer Angriffe im Gebiete des Trentino und Tirols. Bei Zugnotorte warfen wir eine von Rovereto im Costeanatal vorgehende feindliche Abteilung zurück. Wir besetzten die Stellung von Casso d'Istria und die Wirtschaft von Falzarego, wo der Feind dreißig Gefangene in unseren Händen ließ. In Karnten wurde der Artilleriekampf heftiger. Unsere Batterien zerstörten einige österreichische Geschütze und zersprengten einzelne bei Befestigungsarbeiten beschäftigte Gruppen und Marschkolonnen von Menschen und Tieren. Obwohl heftiger Wind unsere Beobachtungen behinderte, konnten wir die zerstörende Wirkung unseres Feuers auf Malborgeth feststellen. Die Anlagen, die beide Befestigungswerke verbinden, sowie kleine Aufstellungsorte offener Batterien wurden schwer beschädigt. Nachträgliche Berichte lassen das kühne Unternehmen stark hervortreten, das bei Tagesanbruch des 16. Juni im Gebiete des Krn trotz großer Geländeschwierigkeiten gegen beherrschende Stellungen unter heftigem Feuer des Feindes ausgeführt worden ist. Wir machten bisher über sechshundert Gefangene, darunter 30 Maschinengewehre. Gestern nachmittag unternahm ein aus Planina nordwestlich vom Krn kommendes ungarisches Bataillon einen heftigen Angriff gegen unsere Stellungen von Zakrain. Es wurde durch einen Gegenangriff zurückgeworfen und vernichtet. Am Isonzo wird unsere Offensive planmäßig mit Ordnung und Sicherheit fortgesetzt. Die Truppen, die nach Plava vorgestoßen waren und nach langen blutigen Kämpfen die benachbarten Höhen eingenommen hatten, besetzten ihre Stellungen und widerstanden den wiederholten erbitterten Gegenangriffen des Feindes. An der übrigen Front stromabwärts Artilleriekämpfe auf große Entfernung. Der Bahnhof von Goerz wurde teilweise zerstört. gez. Cadorna.

Der Feldzug des Lord Northcliffe.

In normalen Zeiten gibt es in England zwei Könige, einen gekrönten und einen ungekrönten. Der eine herrscht und repräsentiert, der andere, der Premierminister und Führer der jeweilig stärksten Partei, regiert. Seit dem Ausbruch des Krieges hat sich das verändert. Georg V. sitzt zwar noch auf seinem Thron, aber Herr Asquith hat seinen Platz einem Manne räumen müssen, der kein Amt hat und kein Parteiführer ist. Dieser Mann heißt Lord Northcliffe und steht an der Spitze jenes Zeitungskonzerns, in dem die „Times“ die führende Rolle spielt. Bis zum Jahre 1904 trug der edle Lord noch den einfachen bürgerlichen Namen H. C. W. Harnsworth, 1904 wurde er Sir und zwölf Monate später schon war er Lord Northcliffe, erster Baron of Thanet.

War schon der simple Herr Harnsworth bemüht, die englische Politik in eine chauvinistische Richtung hineinzudrängen, so glaubte der Lord, daß der Adel ihn verpflichtete, diese Note noch stärker zu betonen. Seine Presse war es, die am lebhaftesten in Deutschenhebe machte, die eine wilde Rüstungspropaganda betrieb und jeden Versuch einer Annäherung zwischen Deutschland und England im Keime zu ersticken strebte. Man kann der liberalen Regierung nicht nachsagen, daß sie sich willenlos von ihm treiben ließ, und wir sind überzeugt, daß eine unbefangene Geschichtsschreibung, besonders auch was die Person des Sir Edward Grey angeht, diese Tatsache hervorheben wird. Aber aus verschiedenen Gründen war das Kabinett Asquith doch zu schwach, um der brunnenergifteter Tätigkeit der Organe des Lord Northcliffe mit dem gehörigen Nachdruck entgegenzutreten, und so konnte es nicht wunder nehmen, daß, als der Krieg nun wirklich kam, der Einfluß des Mächtigen ins Ungemessene stieg.

Er benutzte ihn zunächst, der liberalen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Seine Presse erhielt den Auftrag, alles grau in grau zu malen, die Kriegslage immer möglichst pessimistisch zu beurteilen und alle Maßregeln des Ministeriums als schlecht oder unzulänglich hinzustellen. Es wurde eine außerordentlich geschickte inszenierte Kampagne gegen einzelne Mitglieder des Kabinetts geführt. Bald griffen die gefügigen Redaktionskulis den Minister Lloyd George, bald Churchill, bald Balfour, bald auch den zuerst in die Regierung hineingelobten Ritcher an, und schließlich blieb dem liberalen Kabinett nichts anderes übrig, als seinen Bankrott anzumelden und sich in ein Koalitionsministerium umzuwandeln.

Damit war ein bedeutender Sieg erfochten. Der Burgfriede hatte den Konservativen innerlich einigermassen die Hände gebunden, nun kamen sie mit ans Ruder, und der mächtige Zeitungsplantagenbesitzer durfte hoffen, in ihnen die gefügigsten Werkzeuge zur Verwirklichung seiner Wünsche zu finden.

Das nächste Ziel aber ist die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht. Kaum war die neue Regierung zustande gekommen, da ging die Harnsworthpresse auf der ganzen Linie zum Angriff gegen das bisherige System über. Was England not tue, sei, so hieß es, die zielbewusste Organisation und der Zwang, der Freiwilligkeit müsse ein Ende gemacht werden. Der Staat müsse das Recht erhalten, jedem Mann, jeder Frau, jedem Kinde, sei es im Felde, sei es in den Munitionsfabriken oder sonstwo, die richtige Funktion in dem großen Kriegsbetrieb anzuweisen. Die Regie war vortrefflich. Es erschienen plötzlich in den Zeitungschriften Zuschriften von Leuten mit bekannten und klangvollen Namen, unter denen übrigens die Bischöfe der englischen Hochkirche in der vordersten Reihe standen, und die auf Befehl des Obermachers fabrizierten Leitartikel konnten sich nun den Anschein geben, als faßten sie nur die Wünsche und Forderungen einer unbeeinflussten öffentlichen Meinung zusammen.

Jedoch die Aufgabe, die sich der Druckerhämmer-Lord hier gesetzt hat, ist ein gut Teil schwieriger als die, die liberale Regierung zu stürzen. Große Teile des englischen Volkes widerstreben den Zwangsmaßregeln, und die Regierung hat es bisher noch nicht gewagt, das Programm der „Times“ und der bischöflichen Diener des Gottes der Liebe zu akzeptieren. Es gibt in England Traditionen, die man nicht so leicht über den Haufen werfen kann, und zu ihnen gehört der tiefgehende Haß gegen den zwangsmäßigen Heeresdienst.

Allerdings ist er durch die Erfahrungen der letzten Monate ein wenig erschüttert. Nicht als ob auf dem Wege der Anwerbung zu wenig Soldaten auf die Beine gebracht worden wären — Appellton, der Generalsekretär der Gewerkschaften, versichert eben, daß die Zahl der freiwillig Eingetretenen kaum geringer sei als die, die man durch Aushebung hätte erhalten können — aber der Umstand, daß eine Reihe von

Unternehmern ihre Arbeiter vor die Wahl gestellt haben: entweder unter die Fahnen oder verhungern, machte manchen bis dahin leidenschaftlichen Gegner der allgemeinen Wehrpflicht stuhig und ließ in ihm den Wunsch nach werden, daß die Wohlhabenden ebenso zum Heeresdienst gezwungen würden wie die Armen. Trotzdem jedoch ist die Abneigung gegen das feiländische System in den Reihen der Arbeiter sowohl wie bei den bürgerlich Liberalen und Intellektuellen noch außerordentlich stark. Man empört sich gegen den Zwang, und was wichtiger ist, man fürchtet den Einzug des militaristischen Geistes.

Daß es ein demokratischer Gedanke ist, alle ohne Unterschied zur Verteidigung des Vaterlandes zu verpflichten, wird anerkannt. Aber man fragt sich voll Sorge, ob diese Demokratie nicht nur eine scheinbare sei, und ob eine Armee nach dem Muster der konstitutionellen Staaten nicht zu einer gefährlichen Waffe in den Händen der herrschenden Klasse in England und zu einer beständigen Bedrohung des europäischen Friedens werden könne. Unter Militarismus verstehen die Engländer nicht die Organisation des Heeres als solche, sondern die Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens mit militärischem Geist, die Unterordnung der inneren und auswärtigen Politik unter die einem starken zum Kriege ständig gerüsteten Heere von Hause aus innewohnenden Tendenzen. Zum guten Teil aus diesem Grunde hat die parlamentarische Arbeiterpartei der Anwerbung von Rekruten seit Beginn des Krieges ihre Unterstützung geliehen, und eben deshalb setzt sich jetzt vor allem die Unabhängige Arbeiterpartei mit der denkbar größten Entschiedenheit gegen die Pläne des Lord Northcliffe zur Wehr.

So ist das Eisen der allgemeinen Wehrpflicht für die Regierung einstweilen noch zu heiß. Um so mehr aber tritt nun die Idee in den Vordergrund, einen Zwang zur Arbeit in den Munitionsfabriken einzuführen, um endlich dem Mangel an Geschützen und Geschossen ein Ende zu bereiten. Lloyd George, der Verwalter des neugeschaffenen Munitionsministeriums, ist in der letzten Zeit im Lande umhergereist, um für diesen Plan Stimmung zu machen, und er stellt es in seiner demagogischen Manier so dar, als ob die Organisation der Rüstungsindustrie und die Organisation der Arbeit im Grunde ein sozialistischer Gedanke sei. Einstweilen freilich hat er mit seinen Künsten nur bei einem kleinen Kreise von Minderbegabten Erfolg. Das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, der „Labour Leader“, behandelt diesen merkwürdigen Kriegssozialismus mit beißendem Spott, und das Blatt findet bei liberalen Tageszeitungen und Wochenschriften gute Unterstützung. Sie alle wollen das von der Gegenseite vorgebrachte Argument nicht gelten lassen, daß im Interesse der Proletarier im Felde auch die Proletarier zu Hause unter eine Art von militärischer Disziplin gestellt werden müßten, und die radikal-liberale „Nation“ beispielsweise tut mit viel Ueberzeugungskraft dar, daß der Arbeitszwang nur den kapitalistischen Unternehmern durch die Lohnlegung der Gewerkschaftsbewegung nützen werde. Nach einer heftigen Debatte im Parlament hat die Regierung sich zu der Erklärung genötigt gesehen, sie werde den Arbeitszwang jedenfalls nicht auf dem Verwaltungswege (durch ein sogenanntes Order in Council) einführen, sondern im Fall der Not das Parlament befragen, und damit ist die Gefahr zunächst noch einmal abgewandt.

Aber sie ist keineswegs völlig beseitigt. Nun stehen innerhalb und außerhalb des Parlaments die Gegner einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüber, und die Clique der kapitalistischen Gelehrten wird sicher nichts unversucht lassen, ihr Ziel zu erreichen. Leider hat die parlamentarische Arbeiterpartei ihre Stoßkraft durch den Eintritt in das bürgerliche Kabinett sehr verringert. Sie hat sich der Möglichkeit beraubt, die Kerntruppe des Widerstandes gegen die reaktionären Absichten zu bilden. Alles kommt jetzt darauf an, ob die Arbeiter und die Radikal-Liberalen im Lande stark genug sein werden, das Verhängnis abzuwehren. Zum mindesten von der Unabhängigen Arbeiterpartei darf man überzeugt sein, daß sie es in diesem Kampfe an Entschiedenheit nicht wird fehlen lassen, aber die Verhältnisse sind verfahren, und die an sich schon stark gerüsteten Gegner können nicht nur durch Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz, sondern auch durch Anvorsichtlichkeiten und Ungeschicklichkeiten, die im feindlichen Ausland begangen werden, eine weitere Stärkung erfahren. Siegt aber Lord Northcliffe, dann erleidet die britische Demokratie eine schwere Niederlage, und das bedeutet — wir sagen es offen — nicht nur für England einen Verlust.

Westlicher Kriegsschauplatz. Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In den Vogesen brachten uns unsere Fortschritte gänzlich in den Besitz des Höhenzuges, der das Hochtal nördlich Steinbrud und Weheral beherrscht. Südlich gewannen wir ebenfalls Gelände zwischen den beiden Abzweigungen der oberen Jecht auf den Höhen, die das Hochtal vom Sauchtal trennen. Meldungen von der übrigen Front sind dem gestrigen Abendbericht nicht hinzuzufügen.

Paris, 18. Juni. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Auf der ganzen Front herrschte während der beiden letzten Tage große Tätigkeit. Die Kämpfe nördlich Arras zeigten seit gestern äußerste Heftigkeit. Die Infanteriekämpfe waren zahlreich und erbittert, der Artilleriekampf heftig und von ununterbrochener Dauer. Wir erzielten ernstliche Fortschritte, welche trotz wütender Gegenangriffe des Feindes fast insgesamt behauptet wurden. Einige dieser Fortschritte wurden heute noch merklich weitergeführt. Hauptsächlich im Nordteile des Abschnittes rückten wir vor, indem wir mehrere Reihen Schützengräben auf beiden Seiten der Straße Arras-Noulette-Souchez einnahmen. Die Deutschen halten sich noch im Dubail-Grund. Sie sind dort betnahe umzingelt. Wir rückten heute wie gestern ununterbrochen in nordwestlicher, südöstlicher, westlicher und östlicher Richtung gegen Souchez vor. Weiter südlich sagten wir im Parc des Schlosses von Carleul Fuß, dessen wassergefüllte Gräben den feindlichen Verteidigungsarbeiten als Basis dienten. Wir eroberten den Friedhof von Souchez und gewannen Gelände auf den Hängen südöstlich Souchez (Höhe 119). Dant mehrerer glänzender Stürme wurden die gestern erzielten Ergebnisse heute ausgedehnt. Nördlich, östlich und südlich Neuville erlärten wir eine erste feindliche Linie. An einigen Stellen der zweiten Linie kämpften die angeführten

Truppen mit Bajonett und Handgranaten. Nachdem unsere Infanterie, durch das Feuer von nahezu 300 000 Granaten sehr wirksam unterstützt, mit äußerster Energie angegriffen hatte, mußte sie in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag unter heftigem Artilleriefeuer heftigen mit starken Mannschaftebeständen wiederholt ausgeführten Gegenangriffen entgegenzutreten. Diese wurden auf der ganzen Front abgewiesen. Wir räumten nur ein gestern früh erobertes kleines Gehölz südlich der Höhe 119, welches durch das feindliche Artilleriefeuer unhaltbar geworden war. Die Deutschen setzten elf Divisionen an, die äußerste hohe Verluste erlitten. Auch untererwärts erlitten wir ernste Verluste. Die Stimmung der Truppen ist ausgezeichnet. Die Zahl der von uns gemachten Gefangenen übersteigt 600, darunter über 20 Offiziere. Unsere Geschwader beschossen mit Erfolg die deutschen Reserven in Givensh und im Bois de la Folie und zerstreuten in Formation begriffene Truppenzusammengänge. Die schwere Schlappe, welche der Feind in seinen Gegenangriffen in Duennevière erlitt, wird durch die große Zahl der vor unieren Schützengräben gefallenen Deutschen bestätigt. Weitrtragendes Geschütz beschoß zweimal Villers-Cotte-rets (ein Verwundeter). In Reims gestattete die Untersuchung von Einschlagteilen deutscher Geschosse festzustellen, daß über 80 Granaten, darunter mehrere Brandgranaten auf die Stadt, besonders auf die Kathedrale fielen. Im Elsaß dauerten unsere Fortschritte an. Wir bemächtigten uns Altenhofs (Vorort von Rehral), ferner Steinabrücke und rückten weiter auf beiden Hochstern vor. Die Deutschen sichern Rehral ein. Die Zahl der in unsere Hände gefallenen Gefangenen erreicht 300, darunter 10 Offiziere, 28 Unteroffiziere. Zu dem bereits erwähnten Material sind drei Minenwerfer, drei Maschinengewehre, Feldtelefonie, Apparate für Ausströmung ersichtlicher Gase hinzugekommen. Ein feindliches Flugzeug wurde von einem unserer Flugzeuge im Elsaß zum Absturz gebracht. Die beiden deutschen Flieger wurden getötet.

Der englische Bericht.

London, 18. Juni. (B. L. V.) Reuters besonderer Korrespondent im englischen Hauptquartier meldet: Die zeitweise Ruhe wurde durch Angriffsbewegungen gegen Hooge und Festubert unterbrochen. Beim Anbruch der Dämmerung waren durch die vorbereitende Tätigkeit der Artillerie Schützengräben des Feindes vernichtet worden, darauf unternahm die Infanterie einen Angriff und setzte festen Fuß in der ersten und einem Teile der zweiten Reihe der feindlichen Schützengräben. Später konnten die Stellungen nicht gehalten werden. Mittwochnachmittag griffen wir Hooge an. Am nächsten Morgen unternahm unsere Infanterie einen gutgelungenen Angriff. Der Gegenangriff wurde durch unser Feuer abgewiesen. Die Verluste der Briten sind im allgemeinen nicht groß, die der Deutschen bedeutend.

Die englische Verlustliste.

London, 18. Juni. (B. L. V.) Die gestrige Verlustliste enthält die Namen von 102 Offizieren und 2107 Mann.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Ein englisches Urteil über die Kämpfe in Galizien.

London, 18. Juni. (B. L. V.) Der militärische Korrespondent der „Times“ schreibt: Das militärische Hauptinteresse des Krieges konzentriert sich auf Galizien. Von den Ergebnissen der dortigen Kämpfe hängt der Charakter des Feldzuges auch auf den anderen Kriegsschauplätzen an. Monate hinaus ab. Wenn es den Oesterreichern, Ungarn und Deutschen gelingt, die russische Armee aus Galizien zu werfen oder sie zu durchbrechen, zu umzingeln oder zu zerstreuen, können wir diesen Sommer auf keine ernste russische Offensive rechnen, und es wird schwieriger sein als zuvor, ein Zusammenarbeiten Italiens und Serbiens mit Ruhland herbeizuführen. Da Deutschland gemerkt hat, daß seine Verteidigungsstellung im Westen stark genug ist, um den Angriff des Feindes aufzuhalten oder jedenfalls sehr zu verzögern, und da die italienische Angriffsbewegung wegen der Geländeschwierigkeiten notwendigerweise langsam ist, greifen die Deutschen Ruhland an und versuchen, durch eine große Niederlage der russischen Armee den Zusammenbruch des ganzen Vierverbandes herbeizuführen.

Der italienische Krieg.

Bericht des italienischen Admiralstabes.

Rom, 18. Juni. (B. L. V.) Der Chef des Admiralstabes teilt mit:

Eines unserer Luftschiffe, welches feindliche besetzte Lager überflog, belegte einen wichtigen Eisenbahnnotenpunkt in Divaca mit Bomben von großer Sprengkraft und verursachte schweren Schaden. Das Luftschiff kehrte trotz heftigen Gewehr- und Maschinengewehrfeuers des Feindes wohlbehalten zurück.

Das Unterseeboot „Medusa“, welches nützliche und löhne Aufklärungsdienste vollbracht hatte, wurde von einem feindlichen Unterseeboot torpediert. Aus den österreichisch-ungarischen Berichten geht hervor, daß ein Offizier und vier Mann der Besatzung gerettet und gefangen wurden.

Einstellung des deutsch-italienischen Postverkehrs.

Zürich, 18. Juni. (Z. U.) Wie aus Rom gemeldet wird, hat der italienische Minister des Post- und Telegraphenwesens offiziell mitgeteilt, daß der postalische und telegraphische Dienst mit Deutschland vorläufig aufgehoben sei. Da dieser Dienst tatsächlich schon seit langem völlig unterbrochen ist, so gibt der Umstand, daß jetzt italienischerseits eine offizielle Erklärung dieser Tatsache erfolgt, hier Anlaß zu mancherlei Vermutungen, die sich auf eine weitere Klärung des deutsch-italienischen Verhältnisses in nächster Zukunft beziehen.

Wie weiterhin aus Rom gemeldet wird, ist die dem Deutschen Kaiser gehörige Villa bei Gradassi von Carabinieri besetzt worden. Der Grund hierzu liegt nach der offiziellen Version in der Abficht, das Gebäude vor etwaigen Manifestationen zu schützen.

Zwölfhundert deutsche Zivilgefangene sind auf der Strecke Nizza—Cuneo zu Eisenbahnarbeiten verwendet worden. König Viktor Emanuel setzt seine Inspektionsreise weiter fort; er ist jetzt in Grado angekommen, wo ihm wie gewöhnlich ein begeisteter Empfang bereitet worden sein soll. Der ehemalige Bürgermeister von Rom, Rathen, ist aus San Francisco wieder in Rom eingetroffen.

Der türkische Krieg.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 18. Juni. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront zerstörte unsere Artillerie am 16. Juni bei Ari Burnu Maschinengewehrstellungen und wichtige Beobachtungspunkte des Feindes. Ein feindliches Geschütz wurde gebrauchsunfähig gemacht. Eins unserer Regimenter auf unserem rechten Flügel nahm einen Teil der feindlichen Schützengräben weg und besetzte ihn. Gestern dauerte in der Gegend von Ari Burnu und Sedd ul Bahr schwaches Geschütz- und Infanteriefeuer von beiden fort, ohne daß sich etwas Wichtiges ereignet hätte. Seit dem 14. Juni verwendet der Feind Explosivgeschosse, welche erstickende Gase entwickeln. An den anderen Fronten nichts Neues.

Der Seekrieg.

Zur Torpedierung von „U 29“.

Berlin, 18. Juni. (B. L. V.) Ueber die Art der Vernichtung von „U 29“ ist, wie wir von maßgebender Stelle hören, jetzt aus besonderer Quelle bekannt geworden, daß das Boot durch einen unter schwedischer Flagge fahrenden englischen Landdampfer zum Sinken gebracht worden ist. Hierdurch finden die von vornherein umlaufenden Gerüchte ihre Bestätigung, daß das Boot britischer Hinterlist zum Opfer gefallen ist.

Vom U-Bootskriege.

London, 18. Juni. (B. L. V.) „Lloyds“ melden, daß die Fischdampfer „Petrel“, „Explorer“ und „Japonica“ aus Aberdeen am 4. und 5. Juni von Unterseebooten versenkt worden sind.

Ein norwegischer Dampfer versenkt.

Stockholm, 18. Juni. (B. L. V.) Stockholms „Idningen“ meldet aus Göteborg: Der norwegische Dampfer „Granit“ wurde vorgestern in der Nähe des Bingasueurs von Göteborg von den Deutschen in Grund geschossen.

Dasselbe Blatt meldet aus Malmö: Zwei schwedische Fischerboote übernahmen vorgestern abend vor Vismhamn von einem deutschen Torpedoboot die Besatzungen der versenkten Dampfer „Verbandi“ und „Granit“, insgesamt 28 Mann, und setzten sie in Malmö an Land.

Die Torpedierung des „Strathnairn“.

London, 17. Juni. (B. L. V.) Das Reutersche Bureau meldet: Bei der Torpedierung des britischen Dampfers „Strathnairn“ in der Nähe der Scilly-Inseln, die ohne vorherige Warnung erfolgte, ertranken 8 Engländer und 14 Chinesen. Zwei Boote kenterten, eines ging in Trümmer, und nur eines blieb flott. Dieses veruchte, die Insassen der anderen zu retten, wurde jedoch durch das Unterseeboot datan gehindert.

Anmerkung des B. L. V.: Der Schlußsatz ist natürlich nicht zutreffend, aber recht bezeichnend für den Reuterschen Sloganeist.

Ein holländischer Dampfer ausgebracht.

Rotterdam, 18. Juni. (Z. U.) Der holländische Dampfer „Laura“ wurde auf dem Wege von Philadelphia nach Rotterdam aufgehalten und nach Behmouh ausgebracht.

Zum Untergang der „Lusitania“.

Die Kommission zur Untersuchung des Unterganges der „Lusitania“ legte am Mittwoch in London ihre Verhandlungen fort. Dem „Berl. Tageblatt“ wird hierüber berichtet:

Der Vertreter der Cunardlinie Alfred J. Booth sagte aus, daß sich die Gesellschaft Ende Oktober, als der Hauptstrom der amerikanischen Rückwanderung abgeebbt war, die Frage vorlegte, ob es überhaupt noch vorteilhaft sei, die „Lusitania“ oder „Mauretania“ fahren zu lassen. Die Cunardlinie entschied sich, die Dampfer dennoch in Betrieb zu erhalten, aber mit veränderter Fahrtschwindigkeit. Die „Lusitania“ sollte statt 24 Knoten nur noch 21 machen, was erhebliche Ersparnis an Kohlen und Mannschaft bedeutete. Die verminderte Geschwindigkeit hat nach Meinung des Vertreters der Cunardlinie nicht das geringste mit dem Untergang des Schiffes zu tun. Erfahrungsgemäß sei kein Dampfer, der mehr als 14 Knoten Geschwindigkeit hatte, das Opfer eines U-Boo-Angriffes geworden. Man mußte deshalb annehmen, daß die „Lusitania“ mit ihren 18 Knoten vor Unterseebooten durchaus sicher sei. Als die Gesellschaft einen Tag vor der Katastrophe vom Versinken zweier Dampfer der Harbisonlinie hörte, bat sie die Marinebehörde in Liverpool, dies dem Kapitän der „Lusitania“ mitzuteilen und ihn zu warnen. Sie taten das nicht, weil sie glaubten, das sei bereits von seiten der Admiralität geschehen, und der Kapitän sei ohnehin über die ganze Lage besser orientiert. Als die Gesellschaft auf die Frage, ob es möglich sei, daß sich deutsche Spione an Bord oder unter der Mannschaft befanden hätten, sagte der Zeuge, daß sie in New York alles getan hätten, um sich gegen deutsche Spione zu sichern; ob sich nicht trotz dem Spione an Bord befänden, sei ihm zu sagen unmöglich. Der erste Offizier der „Lusitania“ sagte aus, daß am 7. Mai drahtlose Telegramme der Admiralität die „Lusitania“ erreicht hätten. Ueber den Inhalt könne er nichts ausfagen. Es müßte aber eine Warnung gemeint sein, denn in dem Kurs des Schiffes sei seit dem 7. Mai eine Aenderung vorgenommen worden.

Einem Bericht des „Berl. Lokalanzeiger“ entnehmen wir noch folgende Stelle: Der Vorstand der Cunardlinie sagte noch aus: Das Schiff habe einen Hydrophon, einen Apparat, der es ermögliehe, die Anwesenheit eines Tauchbootes zu entdecken, an Bord gehabt. Seit dem Kriegsausbruch habe die Gesellschaft alle Mannschaften, die zur Marinereise gehörten, abgeben müssen, und sie müßte mit der verfügbar bleibenden Mannschaft den Schiffsverkehrsverkehr autrecht erhalten. Der Zeuge glaubt aber nicht, daß in New York an Bord des Schiffes Deutsche tätig gewesen seien. Man hätte umfassende Vorsichtsmaßregeln gegen Spione getroffen. Der Generalanwalt brachte darauf die Frachtenliste zur Sprache. Darin waren nur einige leere Geschösmäntel und einige Kisten mit nichtkriegsmäßiger Munition verzeichnet.

Der Krieg und die Kolonien.

Von den Kämpfen in Ostafrika.

London, 18. Juni. (B. L. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) In einer amtlichen Mitteilung aus Ostafrika heißt es, man habe gegen Ende Februar erfahren, daß eine deutsche Abteilung von ungefähr 300 Askaris und einer Anzahl Europäer unter Hauptmann Hagthauen gegen Norden vorgezogen sei, um einen Einfall in den britischen Karungadistrikt östlich des Viktoriasees zu machen. Eine kleine Abteilung mit etwas Artillerie und berittenen Aufklärungstruppen unter Oberstleutnant Gidion wurde abgeschickt, um den Feind aufzuhalten. Unsere Truppen bekamen Bekanung mit dem Feinde, der sich zurückzog. Der Aufmarsch wurde

bis zum Marzfluss fortgesetzt, wo der Feind seine Truppen zusammenzog. Am 9. März ließ man auf die ganze Streitmacht Gas haufen. Ein heftiges Geschütz folgte, die Deutschen leisteten tapferen Widerstand, mußten sich aber nach erbittertem Kampfe zurückziehen. (8) Am nächsten Tage wurde festgestellt, daß der Feind bis südlich der Marzflusses zurückgegangen war. Da die feindliche Offensive gebrochen war, wurde unsere Abteilung zurückgezogen.

Anmerkung des B. T. B.: Das Gefecht der Abteilung Gas haufen vom 9. März haben wir am letzten Mittwoch früh gemeldet. Nach dem amtlichen deutschen Bericht mußte sich der Gegner nach eifrigem Kampfe zurückziehen.

Bryans Friedensbestrebungen.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird über Rotterdam aus Washington gemeldet, daß Bryan den ersten Teil einer längeren Erklärung erlassen hat, worin er die Kriegsprophezeiungen als grundlos zurückweist. Es besteht vielmehr jetzt die beste Gelegenheit für Amerika, den Frieden wieder herzustellen. Die Vereinigten Staaten würden nach Beendigung des Krieges gebeten werden, eine internationale Kommission zur Abänderung der Bestimmungen des Völkerrechts, das mehr auf den Krieg als auf den Frieden zugeschnitten sei, einzuberufen.

Die amerikanische Presse für den Frieden.

New York, 18. Juni. (T. U.) Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ drahtet seinem Blatte: Amerikanische Blätter beschäftigen sich außerordentlich mit der Erörterung der Friedensfrage und zwar nicht nur mit der Erhaltung des Friedens zwischen der Union und Deutschland, sondern auch mit der Herbeiführung des internationalen Friedens.

Friedensbewegung unter den französischen Sozialisten.

Genf, 18. Juni. (T. U.) Die Friedensbewegung unter den französischen Sozialisten ist nach Meldungen aus Genua weiter im Fortschreiten. Eine große Anzahl von Parteiorganisationen hat an ihren parlamentarischen Vertreter das zwingende Ersuchen gerichtet, mit allen Kräften im Sinne des Friedensschlusses zu wirken.

Kriegsfragen im englischen Unterhause.

London, 18. Juni. (B. T. B.) Im Unterhause erklärte Johnson Hicks (Unionist), eine größere Anzahl Flieger und Flugzeuge seien notwendig zur Verteidigung gegen Luftangriffe. Die Regierung solle dem Volke genau sagen, was es bei Bevölkerungangriffen zu erwarten hätte. Die Luftschiffe könnten nur durch ganze Schwärme von Flugzeugen abgewehrt werden. Statt eines Angriffs auf Genua im Verlaufe des Krieges hätte jede Woche ein Luftangriff auf deutsches Gebiet stattfinden müssen. Bei einer ausreichenden Zahl von Flugzeugen wäre es möglich, jede Woche eine andere deutsche Stadt anzugreifen. Wenn England wöchentlich einen Angriff mit 50 oder 100 Flugzeugen ausführen könnte, würde man den Deutschen klar machen, was der Krieg bedeute. Der Redner empfahl den Bau größerer Flugzeuge entsprechend dem russischen Ilkorek-Typ, die vier bis fünf Bomben von starker Sprengkraft tragen und in drei Monaten hergestellt werden könnten. Der Flugdienst läte auch unter dem Mangel an starken Sprengbomben. Parlamentssekretär Tennant erwiderte, es sei leicht zu sagen, daß England mehr Flieger und Flugzeuge brauche. Solche Artill könne auf jeden Zweck des militärischen Dienstes angewandt werden. Der Luftdienst stehe in sehr gutem Verhältnis zur übrigen Armee. Seit Kriegsbeginn habe sich die Zahl der Flugoffiziere um das Zehnfache vermehrt. Ein Mangel an Bomben mit hoher Sprengkraft bestehe jedenfalls seit Februar nicht mehr. Eine größere Flugzeugart befindet sich im Bau. England habe jetzt elf Fliegerschulen.

Sir Frederic Danbury (Unionist) forderte, jede Anleihe an eine fremde Macht müsse durch ein besonderes Gesetz autorisiert werden. Harwood Vanner (Unionist) sagte, die Regierung gehe in der Behinderung der Ausfuhr, die dem Feinde nicht nützen könne, zu weit. Henderson (Liberal) erklärte, die Verbände, die die Ausfuhrerlaubnis erteilte, befänden sich in chaotischem Zustande. Sie müßten schneller arbeiten. Dabei sei die Kupfererzfuh nach Schweden, die ohne Zweifel für Deutschland bestimmt sei, außerordentlich groß. Schatzkanzler McKenna sagte, unter den gegenwärtigen Umständen liege es nicht im öffentlichen Interesse, besondere Bills über Anleihen an Verbände einzubringen, was aber nicht als Präzedenzfall für Friedenszeiten gelten solle. Die bewilligten Kredite würden nur zu Anleihen an verbündete Mächte benutzt werden. Der Redner widersprach Johnson Hicks, daß es bei Flugzeugen auf Geld nicht ankäme, sei eine gefährliche Theorie. Dillon (Nationalist) behauptete, daß Anleihen nur von Verbündeten, nicht auch von Neutralen gemacht werden sollten. Der Redner erinnerte an Deutschlands bulgarische Anleihe und sagte, die Regierung müsse darin freie Hand haben. Bryce (Liberal) behauptete, daß der Schatzkanzler nichts über die Entmutigung der Ausfuhr gesagt habe. Sie sei eine höchst ernste Frage. England habe eine sehr stark positive Handelsbilanz und würde später große Schwierigkeiten haben, eine normale Handelsbilanz herzustellen, ohne große Summen Gold auszugeben oder ungeheure Mengen von Wertpapieren zu verkaufen. Snowden (Arbeiterpartei) fragte, wie lange das Parlament auf die Erklärung der Regierung warten müsse, wie sie das nationale Defizit zu decken beabsichtige. Die Verzögerung habe eine schlechte Wirkung auf die Nation, weil man nicht wisse, ob man sparen solle oder nicht.

Gewerkschaften und Munitionsbill.

London, 18. Juni. (B. T. B.) Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ schreibt: Der Plan für die Munitionsbill, den Lloyd George mit den Vertretern der Gewerkschaften erörtert hat, fand Zustimmung. Die Hauptpunkte sind: Die Gewerkschaften sollen von örtlichen Munitionsausschüssen aufgefordert werden, alle Mitglieder, die für die Herstellung von Munition in Betracht kommen, zu bezeichnen. Die Gewerkschaften werden die Arbeiter aufzufordern, sich nach bestimmten Plätzen zu begeben. Die Vertreter der Gewerkschaften glauben, dies könne auch unter einem Freiwilligen-System geschehen, wenn nicht, werde die Frage auftauchen, ob die Regierung weitergehende Vollmachten braucht. Ferner wurde vereinbart, daß während des Krieges alle Streiks und Aussperrungen verboten und alle Streitigkeiten durch ein obligatorisches Schiedsgericht, das aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt ist, ausgetragen werden. Die Vertreter der Gewerkschaften zogen den Widerspruch gegen ein obligatorisches Schiedsgericht angesichts der nationalen Gefahr zurück. Unregelmäßigkeiten bei Munitionsarbeitern sollen unter die Strafgewalt der Gewerkschaften fallen. Falls

die Disziplin der Gewerkschaften nicht ausreicht, würden weitere Maßregeln zu erwägen sein.

Soziale Kriegswirkungen.

London, 18. Juni. (B. T. B.) „Daily News“ berichtet, daß eine Anzahl von Munitionsfabriken in mehreren Teilen des Landes im Entstehen begriffen sind. Die Mobilisierung der industriellen Bevölkerung hat zur Folge, daß gewisse städtische Bezirke menschenleer werden, während sich Dörfer in dichtbesiedelte Städte verwandeln.

Gegen die allgemeine Wehrpflicht.

B. A. Appelton, der Sekretär der britischen Trade Unions, hat fochten unter dem Titel „Krieg und Wehrpflicht“ eine Flugchrift erscheinen lassen, in der er sehr scharfe Worte über den Krieg sagt und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht energisch widerspricht. Er weist darauf hin, daß Großbritannien mit seiner jahrhundertalten Tradition der Freiheit plötzlich in den Bereich der Unterdrückung und der Autokratie geraten ist, und er fährt fort:

„Die Feinde der Freiheit haben nicht gewechselt, und nichts ist sicherer, als daß sie den Versuch machen, die gegenwärtigen Verhältnisse zu ihrem Vorteil zu wenden. Seit Jahren haben sie nach einem auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Heere geschrien. Neuerdings ist ihr Geschrei eindringlicher und heftiger geworden. Die Tatsache, daß England nahezu dieselbe Zahl von Soldaten, die es auf dem Wege zwingmäßiger Aushebung erlangen könnte, durch die Werbung von Freiwilligen bekommen hat, hat für sie keinerlei Bedeutung. Die Basis der Bewegung und der Grund zu dem Geschrei ist in dem Umstande zu suchen, daß die Anhänger der Wehrpflicht eine große Armee wollen, ohne einen hohen Preis für sie zu zahlen. Sie wollen lieber Fleisch und Blut fressen, als es kaufen. Es ist die Pflicht der Gewerkschaftsbewegung, mit allen Mitteln diesem Programm entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die Armee eine freiwillige Organisation bleibt, und daß die, die sich ihr anschließen, Mannschaften so gut wie Offiziere, eine entsprechende Beförderung und eine entsprechende Behandlung erhalten.“

Wenn der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften dergestalt schreibt, so ist damit der Beweis erbracht, daß nicht nur in den Reihen der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Quäker der Widerstand gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach wie vor sehr beträchtlich ist.

Streik in Birmingham.

London, 18. Juni. (B. T. B.) In Birmingham haben sich die Schaffner der Omnibusse und Straßenbahnen geweigert, Frauen anzunehmen. Nachdem Inspektoren deren Anobildung übernommen haben, drohen die Schaffner mit einem Streik, wenn die Frauen nicht entfernt werden.

Die englischen Kriegskosten.

Hong, 18. Juni. (T. U.) Anschließend an die Bewilligung der neuen fünf Millionen Kredite bringt der „Daily Telegraph“ eine Aufstellung, wie sich die Kriegskosten auf die einzelnen Ressorts verteilen. Von 4450 Millionen Mark, die England in 73 Tagen ausgegeben hat, entfallen auf das Heer 2420 Millionen Mark, auf die Marine 720 Millionen Mark, Verkäufe an die Kolonien und die Verbündeten 520 Millionen Mark, Ankauf von Lebensmitteln für das Heer 200 Millionen Mark und kleine Ausgaben 20 Millionen Mark. Die durch Bewilligung der neuen Vorlagen der englischen Regierung zur Verfügung stehenden Mittel werden nach Berechnung der Blätter bis zum 20. September ausreichen.

„Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel: Die Kosten unserer improvisierten Armee sind ungeheuerlich. Sie kostet uns mehr als alle Armeen, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn an allen Fronten unterhalten.

Neue Kriegskredite in Frankreich.

Paris, 18. Juni. (B. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der Senat nahm einstimmig einen Gesetzentwurf auf Eröffnung außerordentlicher und ergänzender Kredite für die Marine und das Kriegsministerium an.

Die sozialistische Kammerfraktion für die Kriegskredite.

Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 11. Juni mit der neuen Vorlage der Regierung betreffend die provisorischen Kredite. Wie die „Humanité“ mitteilt, nahmen zahlreiche Genossen an der Diskussion teil; alle sprachen sich für die Zustimmung zu den Krediten aus.

Schwedische Beschwerden über französische Postzensur.

Stockholm, 18. Juni. (B. T. B.) „Dagens Nyheter“ meldet: Die schwedische Regierung hat bei der französischen Regierung Vorstellungen erhoben wegen der französischen Postzensur bei argentinischen und portugiesischen Sendungen, die nach Schweden bestimmt waren, sowie wegen deren teilweiser Beschlagnahme.

Die trostlose Lage Löwens.

Die zum großen Teil in Schutt und Asche gelegte Stadt Löwen in Belgien geht einer sorgenvollen Zukunft entgegen. Der Schilderung der Lage Löwens, die ein holländischer Verichterfasser gegeben hat, entnehmen wir nach der „Post“ folgendes:

Zu Beginn des Krieges zählte Löwen mindestens 42 000 Einwohner. Jetzt sind ungefähr 15 000 immer noch nicht zurückgekehrt. Die Behörden haben dafür gesorgt, daß der Schutt aufgeräumt wird. Unvollständige Mauern sind abgebrochen, gefährliche Plätze mit Bretterzäunen versehen worden. Lebensbesitzer, welche zurückgekehrt sind, haben auf dem Schutt ihrer Wohnungen ärmliche Häuschen aufgerichtet, worin sie jetzt ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Wie es immer geht, so sind auch hier die armen Leute in der Stadt geblieben, während die Wohlhabenden jetzt ruhig und sorglos in anderen Ländern leben. Demzufolge steht es mit dem Einkommen der Steuer sehr schlecht, und die städtischen Behörden befinden sich in einer äußerst peinlichen Lage. Das Budget von 1915 zeigt bereits ein Defizit von 3 Millionen Franken und noch ist das Jahr nicht zur Hälfte verstrichen. Ohne Uebertreibung kann man daher sagen: Unsere Lage ist derart hoffnungslos, daß man sich einen Ausweg nicht mehr denken kann.

Neue italienische Anleihe.

Rom, 18. Juni. (B. T. B.) Ein königliches Dekret ermächtigt die Regierung, eine neue innere Anleihe zu 4½ Proz. aus-

zugeben, welche in 25 Jahren amortisiert werden und von jeder Steuer auch für die Zukunft frei sein soll. Die Anleihe kann vor 1925 weder gekündigt noch umgewandelt werden. Der Ausgabekurs ist auf 95 Lire und für Besitzer von Titeln der vorübergehenden inneren Anleihe auf 98 Lire, der Zeichnungsbeginn auf den 1. Juli festgesetzt. Zahlungen auf Zeichnungen über 100 Lire erfolgen zu je 25 Proz. bei der Zeichnung, am 1. Oktober, am 16. November und am 2. Januar 1916.

Die Zensur in Italien.

Das Tageblatt der italienischen Sozialisten, der „Avanti“, ist nicht nur einer äußerst scharfen Zensur unterworfen, sondern die Polizei tut auch ihr Bestes, um seine Verbreitung zu hindern. In 15 Provinzen ist sie schon direkt verboten, während die Schwierigkeiten, welche der Verbreitung in anderen Teilen des Landes in den Weg gelegt werden, fast einem Verbote gleichkommen. Das Blatt erklärt, ein völliges Verbot des Blattes wäre unter solchen Umständen vorzuziehen. Dann wählten die Arbeiter wenigstens, worum sie sind.

Die Lage in Rußland.

Kopenhagen, 18. Juni. (B. T. B.) Aus Petersburg wird gemeldet: „Njetsch“ sowie die übrigen Blätter schreiben in gedrücktem Tone über die innere und äußere Lage. Sie veröffentlichen den Beschluß des Handelskongresses über eine sofortige Einberufung der Duma und weisen darauf hin, daß der Beschluß nicht von revolutionären, sondern von den loyalsten Bürgern Rußlands ausgegangen ist und daß die Einberufung unter dem Druck der außerordentlich erschwerten Verhältnisse und der ersten Kriegslage auch von der Provinz dringend gewünscht wird. Selbstverständlich könne die Tagung der Duma jetzt keine kurze sein. Notwendig sei eine beständige Aufsicht sowie eine Reihe sofortiger Maßnahmen aller Art.

Dasselbe Blatt zitiert mit Genugtuung den Beschluß des Handelskongresses, wonach die Umformung der gesamten Industrie zu Kriegszwecken nach deutschem Muster unbedingt erforderlich ist. Bedauerlich sei nur, daß der Beschluß erst jetzt nach zehnmönatigen Kriegen gefaßt wurde.

„Kowoje Wremja“ verlangt die Einberufung der Duma zur Herbeiführung der Einigung des Volkes. Die letzten ersten Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz verlangten eine Zusammenfassung der ganzen Kraft und eine Organisation des Volkes. Dies sei ohne Bestand der Duma unmöglich.

Das Wiewskor Orientkomitee weist in einer Eingabe an die Regierung darauf hin, daß die Vertreibung der Juden aus vielen Gouvernements sehr nachteilig auf die wirtschaftliche Lage der Gouvernements gewirkt habe.

Zu den Unruhen in Moskau.

Stockholm, 17. Juni. (B. T. B.) Die „Socialdemokraten“ erfahren, haben die Pogrome in Moskau, welche telegraphischen Meldungen zufolge, nur einen nationalistischen Unfug darstellen sollten, einen weit ernsteren Charakter gehabt und lebhaft an Rußlands Revolutionsjahr erinnert, wo Polizei und Militär den Ausschreitungen ruhig zugehört haben. Auch eine schwedische Fabrik ist völlig zerstört worden. Der Blünderung folgte Brandstiftung, und die Stadt brannte abends an zahlreichen Stellen. Die Unruhen in Moskau nach diesem Ausbruch ist außerordentlich groß, man fürchtet neue Ausschreitungen des Böbels, der nun Blut geleckt hat und erwartet, daß die neuen Pogrome gegen die Juden gerichtet werden.

Stockholm, 18. Juni. (B. T. B.) Dem heute hier eingetroffenen „Merik“ vom 31. Mai zufolge erließ der Stadtkommandant von Moskau eine Bekanntmachung, nach der es allen Personen in Moskau und Umgegend verboten ist, die Häuser zwischen zehn Uhr abends und fünf Uhr morgens zu verlassen. Nur Beamten mit besonderen behördlichen Erlaubnisheinen ist das Ausgehen gestattet. Die Haustüren sind in der angegebenen Zeit verriegelt zu halten. Das Uebertreten des Verbotes unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten oder einer Geldstrafe bis 3000 Rubel.

Kopenhagen, 18. Juni. (B. T. B.) Nach einem Telegramm aus Petersburg meldet „Njtsche Stomo“: Die in Moskau vorgekommenen Plünderungen und Beschädigungen von Geschäften durch erregte Volksmengen erstrecken sich nicht nur auf deutsche Firmen, sondern auf alle Firmen mit ausländisch klingendem Namen. Die Unruhen nahmen großen Umfang an, so daß abends unter Beisein des kommandierenden Generals Jusupow eine Sitzung der Stadtverordneten stattfand, um die erforderlichen Maßregeln zu beraten, worauf der bekannte Ruf des Gouverneurs erlassen wurde.

Aufstände in Indien?

London, 18. Juni. (B. T. B.) „Morning Post“ meldet aus Kalkutta: Infolge eines Aufstands von Eingeborenen im Bezirk Amritsar im Punjab wurde die Militärwache an der Kanalbrücke überfallen, der Wachtposten ermordet und andere Personen verwundet. Amritsar gehört zu den Bezirken, in denen eine aufrührerische Propaganda betrieben wird.

1 610 000 Kriegsgefangene.

Die „Bayerische Staatszeitung“ bringt eine Aufstellung, die auch von der „Nordd. Allg. Ztg.“ übernommen wird, nach welcher bis zum 14. Juni von den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen folgende Gefangene gemacht wurden:

1 240 000 Russen,
255 000 Franzosen,
24 000 Engländer,
41 000 Belgier,
50 000 Serben.

Insgesamt 1 610 000 Mann.

(Durch die letzten Siege in Galizien hat sich diese Zahl weiter erhöht.)

Letzte Nachrichten.

Verunglückter englischer Flieger.

London, 18. Juni. (B. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. „Star“ meldet: Der Fliegerleutnant Warneford, der bei Gent ein Zeppelinluftschiff gerpört hat, ist bei Paris bei Erprobung eines neuen Flugzeuges zu Tode gekommen.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 18. Juni. (B. T. B.) Der Generalstab der Kaukasusarmee meldet vom 15. Juni: Im kistenländischen Gebiet Beschütz- und Gemehrfeuer. Ein aus der Richtung von Oltz unternommener türkischer Angriffsversuch wurde abge schlagen. Auf den anderen Kampfplätzen hat sich nichts ereignet.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.

Himbeersaft
1/2 Flasche ... **1.15**

Puddingpulver
(leicht gefärbt)
Paket **10 Pf.**

*** Lebende Aale**
Pfd. **1.15, 1.30**

Lebende Schleie
* Pfd. **1.10**

Wurstwaren

Landleberwurst Pfund **1.30**
Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund **2.00**
Knoblauchwurst Pfund **2.00**
Speck mager Pfund **1.85**
Schinkenstücke Pfund **1.95**

Lebensmittel

Verkauft nicht an Wiederverkäufer Nicht am Spittelmarkt * Zusendung ausgeschlossen

FRISCHES FLEISCH

Stachelbeeren
unreif **28 Pf.**

Kirschen
Pfund **30 Pf.**

Junge Schoten
Pfund **30 Pf.**

Junge Mohrrüben
Bund **10 Pf.**

Kalbsvorderfleisch . Pfund **95, 1.05**
Kalbsrücken im Ganzen Pfund **1.10**
Kalbskeule im Ganzen Pfund **1.10**
Schmorfleisch mit Knochen . Pfund **1.15**

Roastbeef mit Knochen Pfund **1.10**
Gulasch Pfund **95 Pf.**
Gehacktes Pfund **95 Pf.**
Eisbeine gepökelt Pfund **75 Pf.**

Grüne Gurken
Stück **15, 20 Pf.**

Kohlrabi
Mandel **30 Pf.**

Wirsingkohl
Kopf **25, 30 Pf.**

Kaffee Irisch gebrannt
1/2 Pfd. - Paket **60, 65, 70 Pf.**

Limburger Käse Pfund **85 Pf.** **Edamer Käse** Pfund **1.05** **Spargel** Pfd. **15, 25, 40 Pf.** **Harzer Käse** 4 Stück **10 Pf.** **Margarine** Pfund **1.10**

Konsum-Fleischerei!
Jetzt wieder eröffnet!
Seltene Angebot
aus täglich frischer Schlachtung:
1^{er} Rinderknochenfleisch 80 Pf.
Krause- u. Marksknochen 20 Pf.
Zentralmarkthalle: Reihe 11, Stand 108
Andreashalle: Stand 14
Weddinghalle: Stand 8
Ackerhalle: Stand 10.

„Flamme“
Feuerbestattung
mit allem Zubehör und Gebühren
von 105 M. an
Institut: Mantuffelstr. 111
Fernspr. Moritzpl. 5582.
Broschüre gratis.

Heines Werke
3 Bände 4 Bände
Buchhandlung Vorwärts

MANOLI
Die führende Zigarette

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung, Teilzahlung.
Sprechstund. 12^{1/2} - 2^{1/2}, u. 6^{1/2} - 8^{1/2}.

Möbelfabrik „Osten“.
Eingetragene Genossenschaft mit be-
schänkter Haftung.
Nachtrag zur Bilanz für das
Geschäftsjahr 1914.
Die Gesamtbilanzsumme aller Ge-
nossen beträgt 210 M. Das Geschäfts-
vermögen ebenfalls 210 M. Dieses
sowie die Kapitalsumme haben sich um
je 30 M. vermindert. 103/17
Der Vorstand.
August Tatsch. Julius Makowiecki.

Restaurant Karishorst,
Ende Prinz-Adalbert-Straße.
herrlicher Naturgarten, Doppel-Kegel-
bahn. Schönster Familien-Aufenthal.

MANOLI ZIGARETTEN
Deutschlands führende Marke

BOSNIA CIGARETTEN
Etwas ganz Besonderes

MAL-KAH Company
Berlin N. 20 Pankstr. 65.
Fordert nur **KADDA-Cigaretten**

Kressin
Raucht herbstoll Cigaretten

Franz Abraham
Bank Mecklenburg- u. Römischer-Koll.
C. 25 Silesiastr. 14. Fernspr. Kgl. 13708
Balschungsgeschäfte

Bade-Anstalten

Arkens-Bad, Anklamer-Str. 24.
Bad Alt-Moabit 104
Landsberger Str. 107.
Göllnowstr. 41. Liefer.
sämtlich. Krankenk.

Bad Bärse, Dirksenstr. 50.
Central-Bad, Anzenburgerstr. 25.
Diana-Bad, Köpenicker-Str. 16.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend, Kottbuser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Schiller-Bad, Müllerstr. 153 a.
Silesia-Bad, Schlesische Str. 31.
Bäcker- u. Konditoreien

Asmus, Wilh., Veckermärkerstr. 11.
F. Brotkopf, Exerzierstr. 19 a.
Waldemar Bruse, Driesenerstr. 3.
Hermann Bus, Grünauerstr. 12.
Fritz Eichler, Mirbachstr. 25.
Emanuel Flögel, Eisenbahnstr. 31.
O. Göpp, Wiesenstr. 31. Dr. u. große Bk.
E. Großberndt, Wittstockerstr. 7.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Geegründet 1892.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Phänomen
MONA LISA
Die neue 3-3
Qualitäts-
Cigarette

Bäcker- u. Konditoreien

A. Großkinsky, Boxhagenerstr. 27.
Gust. Heintschel, Havelbergerstr. 26
Otto Hoff, Chorinerstr. 13.
F. Klesowitzer, Schivelbuserstr. 14.
R. Klinke, Weißb. u. Lohrerstr. 120.
R. Kleiner, Schulstr. 102.
Felix Kynast, Dänestr. 5.
Carl Lindenberg, Lychnstr. 4.
G. Meier, Grüner Weg 27.
F. Müller, Wilhelm-Alexis-Platz 42.
G. Münch, Wietzenstr. 111.
Gustav Nielsen, Lindowstr. 9.
F. Nitzsche, Cadinerstraße 4.
J. H. Popp, Amendstr. 104. Reichelstr. 4.
Fr. Pribyl, Osanbrickerstr. 26.
Osw. Rauhut, Gürtelstr. 27.
Gust. Rautenberg, Metzgerstr. 11.
Fritz Richter jr., Liebenwalderstr. 13.
H. Saunus, Altonaer Str. 26.
Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 9.
Adolf Schulz, Fiorstr. 78 Pank.
Filialen in allen
Stadtteilen.

E. Weber, Provinzialstr. 49. Balische u. 0
Karl Weidholz, Kamerunerstr. 67.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 153a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.
Beerdigungsanst., Sargm.-G.

J. Liszczynski, Gerichtr. 30.
H. Petermeier, Strolcherstr. 8.

Butter, Eier, Käse

Contordia-Butterhandl.
des Ostens

Bruno Freche 15 Detail-
geschäfte

Gebr. Gause.

Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

August Holtz 15 Detail-
Geschäfte.

Hubertus, Butterhdlg. Strausberg
Herm. Kunert, Culmstr. 29

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

„Nordstern“
„Mercur“

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Gebr. Siegert
Wiener Str. 68. Butter, Eier, Käse.

Uhly & Wolfram
Cigarrenhandlungen

Fanny Baumert, Lindowstr. 23
C. Kuhlmann, Turmstr. 47.
O. Kunze, Reinickendorfer Str. 14.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Drugs und Farben
W. Kleinmann, Berg- u. Opernstr. 27
Werder-Drogerie, Britz, Kalowstr. 5a

Cigarrenfabriken

JUHL
250 GESCHÄFTE

G. Kaphun
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen.

J. Neumann
200 Niederlagen.

Richter & Franke
Filialen in all. Stadtteilen

Eisen, Stahlwaren, Waffen, Werkzeugzeuge

Herm. Braun, Landsbg. Allee 140
Grüner Weg 49
Otto Bellig, Wrangelstr. 50.
G. Brucklacher, Oranien-
Allee 43.
A. Elbert, Ackerstr. 132.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Otto Lehmann, Neuk., Friedelstr. 9.
Rühlmann, P., Müllerstr. 40b. E. Seest

Fleisch- u. Wurstwaren

W. Beck
Inh.: Herm. Gerbsch
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik

C. Billerbeck, Charlitz, Kramm 34.19
Franz Borusjak, Lohbeckerstr. 26
Fr. Brauer, Neukölln, Walterstr. 55
Willy Dorfmann, Wienerstr. 62.
Bruno Dörr, Mantuffelstr. 39
Dresden, Fleisch-Centr. Broderstr. 17.
Gontardstr. 2 Ein-
gang vom Flor.
A. Fahl, Nölln, Libberdstr. 15
P. Fiegler, Cöp., Flemingstr. 33
Fleischerei, Frankfurter Allee 150
Willy Gericke, Petersburgerstr. 61
M. Grünwald, Köpenhagenstr. 25.
R. Holzthüter, Puthuserstr. 46.
Hubrich, Ramlersstr. 23.
Wilh. Kurb, Wrangelstr. 83
H. Leibniz, Nölln, Schönstedtstr. 16
August Lincke, Alte Jacobstr. 28.
Kostockerstr. 48
Luehke, Joh. Fleisch-u. Wurstfabr.
Paul Matschke, Thaeistr. 17

G. A. Müller
Neu-Isenburg — Frankfurt a. M
Spezialität: Frankfurter Würstchen.

A. Möbes Nchf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

O. Peih, Androasstr. 77b.
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a
H. Rose, Treptow 11, Markthalleshof
P. Schmatzagen, Belfort Str. 11
Otto Schreiber, Hohenfried-
bergerstr. 1.
Paul Spenn, Köpenhagenstr. 30
E. Thraut, Reinickendorf, Schmarwberstr. 34
F. Wendt, Simon Dachstr. 37.
Paul Zwart, Landsberg-Allee 128.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Essigfabriken

Timmer-Essig
Überall erhältlich!

Fische, Conserven

Ostmann, Bärcherg., Gr. Frankl. 113
P. Steiner, Fischhdlg., Ränderstr.
Weidauer 19 Fil. Frankfurter Allee 151.52

Haus- u. Küchengeräte

G. Geiger, Schloßerei, Müllerstr. 7
Frz. Kamerowsky, Bill. Bezugsqu.

Herren- u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 26, Ecke
Prinzen-Allee.

Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3.
Leske & Slupecki, Schick-Allee 70 e

Hüte, Mützen, Pelzwar.

H. Kautz beim Hutmacher!
Gebr. Biense
Müllerstraße 155.

Schoerr, Herm., Wilmersd.-Str. 46.
Kottbuser-
Damm 14/19

Kaffee-Rösterei

A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen in Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten

Anerkann verteilbare Bezugsquelle
Kaffee, Tee, Kakao
und **Schokolade** etc.
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann
Kaufmann
Hauptstr. 11
Rubattmarkt.

Kolonialwaren

Fritz Hübnor, Schliemannstr. 11.
O. Pösch, Schwedenerstr. 18.
Franz Richter, Malpequaterstr. 35/26
Runge, Otto, Mühl, Hermannstr. 55.
A. Silkinat, Hühndlg. Heinkelstr. 31.108
Erich Thiel, Weißb., Landwehrstr. 139.

Kurz-, Weiß-, Web-, Tücherei

Hoppe, E., Schmarwberstr. 52.
Hermann Meyer, Schivelbuserstr. 21.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, str. 44-
Seckelstr. 53, Kaiser-Friedr.
Str. 44, Wiesenstr. 189, Friedelstr. 23
Treptow, Grät-Str. 84

Frese, Ernst 5 Geschäfte
im SO.

Gaige, Otto Charlotten-
burg.

Ernst Hoffmann, Kolonnenstr. 4.
Brückenstr. 1.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
F. W. Sichter, Wrangelstr. 75
Ecke Cuvyrstr.

Möbelmagazin

P. Bock, Klosterstr. 89, Spandau.
J. Kempel, Stephanstr. 33.

Obst, Gemüse

Fritz Wolff, Naugardstr. 45.

Molkereien

Wilhelm Freier, Bouchéstr. 80.
H. Friedrich, Stralauerstr. 43a
F. Galle, Metzgerstr. 38.
Rud. Kiesel, Mirbachstr. 65.
A. Siebert, Weißb. u. Lohrerstr. 120.

„Schweizerhof“
Molkerei und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 46. u. Tel. U 3356.

Wodrich, Puthuserstr. 25.

Mostrichfabrik

Yamborini Mostrich überall!

Nähmaschinen

Bellmann, E. Gollnowstr. 26
Waschmash.

Littauer Nähmasch., Spandau
5 Jahre Garantie, Teilzahlung
Nähm.-Spr.-Gesch., Potsdamerstr. 10.

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker

Grob, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nölln, Bergstr. 14

Photogr. Apparate

M. Albrecht, SO, Kottbuserstr. 2.
auch Golegenhelfer.

Photograph. Ateliers

R. Maerz, Industrasse 66.
Rud. Obligt, N. Reinickendorferstr. 2

Planen

Kottbuserstr. 3
Kauf, Miete, Teilzahlg.

Rohschlächtereien

E. Weidlich, Neuh. Littenstr. 41.

Schreibwaren

O. Prochnow, Mühl, Hermannstr. 69

Schuhw., Schuhmach.

K. Lück, Charl., Taugerstr. 49.
Petersohn, Ost., Müllerstr. 155.

Seifen

**Schneewittchen-
Bleichseifenpulver**
Alleinstellb.: Grubitz, Potsdam

Vericherungen

„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Sterbekassenversicherung, str. 3

Wirtschaften, Etablissemts

L. Goebe, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groß, Henningsdorferstr. 10
Hackepeter, Schöneberg
Hauptstr. 139.

**Die erste selbstspiel. Doppelgelge
Patzenhofer**
L. Guggenberger, Rosenalerstr. 54.

Riebeck-Ausverkauf
Alexandrerstr. 65 — 7. Teil. Konzert
O. Rohloff, Unterl. Frankfurterstr. 11

Original-Schultheiß-Ausschank
Alexandrerpl., Rich. Schloßnie,
Schultheiß - Ausschank
Am Eingang Bahnhof Janowbrücke

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
98/103 u
Ältester und größter
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankl. Allee 40

Weine, Liköre, Fruchtäfte

E. Ballin & Co.
Cognak-Brännerel
Dampf-Likörfabrik
Nur Qualitätsliköre.

Hugo Boling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

P. Kirchner & Co.
Cognak, Likörfabrik
Kirchners Araber.
Größt. „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
Otto Albert Schulz, Allee 156
Groß-Distillation, Ausschank.

Herm. Meyer & Co. Act.
Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg-

Boonekamp
Anerkannt bester Bitterlikör

Sprit- und Likörfabrik
Ringfrol
m. & W. Müller
Buckowerstr. 78.

Zahnstiller

W. Best, Skalitzerstr. 62 E. Wraselstr.
M. Dresler, Grützerstr. 701, Treptow 2.

Briz
St. Sorowka, Bärcherg., Kadowstr. 344

Fredersdorf

Carl Teigel, Hrot-u. Feinbäckerei
„Königs-Wursthausen“
G. Hübner, Ura. 56/49, Bahnh. 10

Kaufhaus Emil Bergmann

Mahlstern
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Mariendorf

H. Wagner, Köpenick, 11, Fleisch- u. Wurst-
u. Fleischwaren.

Neukölln

C. Kampfer, Bergstr. 127, Uhr-, Glidw.
Kramm, Kais. Friedr. 83, 79, 80, Wraselstr.
Fr. Panneck, Bergstr. 135, Lederw.

Nieder-Schönhausen

O. Stiem, Schlichter, Kalk, Wilh. Str. 74

Spandau

Karl Heinrich, Hück., Schifferstr.
Scheurlein, Grützerstr. 25, Fleisch- u. Wurst.

Tempelhof

J. Hohmann, Beck., Friedr. Wilh. 31-37.

Weißensee

P. Jürgen, Kolonnen, Berl. Allee 188.
Thöbbing's Drogerien Weißensee
Otto Obst, Fl. u. Wrasel, Eisenstr. 70.

Wilhelmsruh
Wendler & Kötterberg, Köpenick, Hauptstr. 30.

Zossen
Warenhaus S. Cohen

Ostpreußen im Kriege.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beendete gestern die Beratung des Antrags Brütt. Der letzte Gegenstand der Erörterungen war die Lage Ostpreußens. Der Berichterstatter Abg. Frhr. v. Hedlich und Reukirch leitete die Verhandlungen mit einer Darstellung dessen ein, was in Ostpreußen seit dem letzten Sessionsabschnitt seitens der Staats- und Provinzialorgane getan ist. Er teilte mit, daß die Vorentscheidungen in Höhe von rund 125 Millionen Mark gegolten sind. Er ging dann über zu den Vorbereitungen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften und Gebäude getroffen sind, berührte die Einrichtung von Bauberatungssämtern und die Hilfsaktion der ostpreussischen Handwerkskammern. Weiter wurde mitgeteilt, daß nach dem vorliegenden Berichte von den etwa 350-400 000 ostpreussischen Flüchtlingen in den letzten Monaten die große Mehrzahl wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sei, und zwar nicht bloß die Grundbesitzer, sondern auch zahlreiche Arbeiter. Mit der Rückführung der Flüchtlinge sei aber für die Wiederbevölkerung Ostpreußens nicht genug getan. Es müsse ergänzend hinzutreten eine kräftige und planmäßige innere Kolonisation. Diese würde erst nach Friedensschluß in Angriff genommen werden können. Bis dahin werde man aber Vorbereitungen treffen müssen. In dieser Hinsicht treffe der fortgeschrittene Antrag durchaus das Richtige. Sodann wurde an der Hand der Berichte der Landwirtschaftskammer deren überaus ersprießliche Tätigkeit zur Sicherung der Frühjahrsernte und zur Wiederherstellung der Viehbestände der Provinz dargelegt. Neben der inneren Kolonisation komme vornehmlich die Verbesserung der Verkehrsmittel in Betracht. Wie ein roter Faden ziehe sich durch alle Äußerungen der Provinzialorgane die Klage über die Erschwerung namentlich auch des Verkehrs mit den übrigen Teilen des Staates durch Eisenbahnen, Wasserstraßen, aber auch die Kunststraßen und Bivalnwege seien einer starken Verbesserung im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der Provinz dringend bedürftig. Endlich liege die Beschleunigung der von der Provinz geplanten Elektrifizierung des Landes angesichts des Mangels an Arbeitskräften im dringenden Interesse sowohl der Landwirtschaft wie der Gewerbe. Er stelle daher folgenden Antrag:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Königliche Staatsregierung unter voller Anerkennung ihrer Leistungen für den Wiederaufbau von Ostpreußen zu ersuchen, auf die weitere wirtschaftliche Hebung der Provinz, insbesondere durch innere Kolonisation, Verbesserung der Verkehrsmittel und Elektrifizierung Bedacht zu nehmen.

Der Minister des Innern stimmte dem Berichtserfasser darin zu, daß für den Wiederaufbau Ostpreußens von besonderer Wichtigkeit seien: die Verbesserung der Verkehrsmittel, innere Kolonisation und Elektrifizierung der Provinz. Mit diesen Zielen sei die Staatsregierung einverstanden.

Was den Stand der Vorentscheidungsfrage angehe, so hätten am 1. Februar 72 453 Anträge vorgelegen, auf die 32 692 000 M. gezahlt worden seien. Ein großer Teil der Provinz sei zu diesem Zeitpunkt noch vom Feinde besetzt gewesen. Am 15. Mai waren auf 186 350 Anträge 101 342 570 M. angewiesen. Aus der Gegenüberstellung der Anträge und Zahlungen in den Regierungsbezirken der Provinz gehe hervor, daß in dem weniger vom feindlichen Einbruch betroffenen Regierungsbezirk Königsberg die Vorentscheidungsaktion früher durchgeführt werden konnte als in den beiden anderen Bezirken, die der zweiten Invasion ausgeführt gewesen seien. Am 1. Juni sei ein Gesamtbetrag von 125 340 726 M. ausgezahlt gewesen. Er wolle besonders hervorheben, daß Klagen gar nicht an ihn gekommen seien. Die Arbeit der Vorentscheidungskommission berechtige zu der Hoffnung, daß mit Ende des Krieges die Schäden größtenteils beseitigt sein würden. Freilich nur die äußeren Schäden, die inneren Schäden würden noch lange fortwirken.

Die Heimkehr der Flüchtlinge sei seit Befreiung der Provinz soweit als irgend möglich vom Staat gefördert worden. Nach der Naturortstadt seien zunächst in die bis dahin gesperrten Bezirke Gumbinnen und Allenstein die Staats-, Kreis- und Gemeindegemeinden zurücküberlassen worden, sowie die Lehrer. Außerdem wurde die Rückkehr notwendiger Landwirte und Gewerbetreibender zugelassen. Später seien dann der Reihe nach die einzelnen Kreise für die Rückkehr freigegeben worden unter besonderer Rücksichtnahme auf die Frühjahrsernte. Ein unmittelbarer Zwang zur Heimkehr sei nicht ausgeübt worden. Mittelbar sei durch Ent-

ziehung der Unterkülfungen auf die Rückkehr hingewirkt worden, ausgenommen natürlich Fälle, in denen triftige und zwingende Gründe der Heimkehr entgegenstünden. Ein sehr großer Teil der Flüchtlinge, etwa 200 000, sei denn auch zurückgekehrt. Man dürfe hoffen, daß weniger die Behörden als das Heimatgefühl die Ostpreußen in ihre Heimat zurückzuführen werde.

Für den Wiederaufbau sei durch die Verordnung vom 19. Januar die gesetzliche Grundlage geschaffen, die die Möglichkeit gab, die Bauberatungen zu revidieren und die der Abides einzuführen. Zur Überwachung des Aufbaues sei dem Oberpräsidenten ein Hauptbauberatungsausschuss angegliedert, unter dessen Leitung örtliche Bauberatungsausschüsse ständen. Die Bauaufsicht habe zunächst auf dem Lande eingesezt, im Wirtschaftsbau und in den Rotunterkünften zu beschaffen. Militärische Rücksichten, Mangel an Material und Arbeitskräften händen einer großzügigen Aufnahme des Wiederaufbaues noch entgegen, und man müsse sich einwirken mit den absolut notwendigen Bauten begnügen. Es seien im ganzen etwa 30 000 Gebäude ganz oder zum Teil zerstört, das seien 3 Proz. im ganzen, 10 Proz. in den Grenzkreisen.

Bei den Entschädigungen werde man nicht nur den eigentlichen Wert des zerstörten Gebäudes berücksichtigen, sondern die gestiegenen Preise für Material und Löhne, die höheren baupolizeilichen Anforderungen in hygienischer und sozialer Hinsicht. Der Unterschied zwischen dem Neubauwert und dem Reizwert des Gebäudes werde unter weitestem Entgegenkommen in Form von Darlehen gegeben werden.

Bei der Hilfsaktion für die heimgekehrte Provinz komme es in erster Linie darauf an, dem Lande seine Bevölkerung zu erhalten und sie zu mehren. Das müsse der ausschlaggebende Gesichtspunkt bei allen Maßnahmen sein.

Der Finanzminister ergänzte die Ausführungen des Ministers des Innern und des Berichterstatters dahin, daß bis zum 1. Juni d. J. außer den rund 101 Millionen Mark, die bis zum 15. Mai d. J. an Vorentscheidungen angewiesen waren, rund 88 Millionen Mark für Ostpreußen zur Verfügung gestellt seien. Der bisher vom Landtage zur Verringerung der Not in Ostpreußen der Regierung gewährte Kredit von 400 Millionen Mark werde nicht ausreichen, um alle dringenden Ansprüche zu befriedigen, und wenn auch zu erwarten sei, daß das Reich auf Grund eines nach Friedensschluß zu erlassenden Reichsgesetzes für die durch den Krieg verursachten Schäden und dergl. Ersatz leisten werde, so werde doch auch Preußen mit erheblichen Mitteln endgültig eintreten müssen, um das für die Provinz Ostpreußen allerseits erstrebte Ziel zu erreichen.

Der Landwirtschaftsminister berichtete über Schädigung und Wiederaufbau der Pferdezucht in Ostpreußen. Was die Schäden an den Domänen anlangte, so seien in der Provinz Ostpreußen insgesamt 111 Domänen vorhanden. Davon seien 81 beschädigt. Der Grad der Beschädigung sei sehr verschieden. Sobald die Verhältnisse es gestattet hätten, habe die Domänenverwaltung die zur Wiederaufnahme des landwirtschaftlichen Betriebes erforderlichen Maßregeln getroffen. Eine Reihe von Vorarbeiten sei aus der Hand zurückgenommen worden. Diese ständen nunmehr für Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung. Es seien zurzeit 10 Domänen mit 5 182 Hektar. Naturgemäß sei diese Zahl noch keine abschließende. Was den Wiederaufbau der Landwirtschaft anginge, so sei zu hoffen, daß unter tatkräftiger Fürsorge des Oberpräsidenten, der früher selbst Vorsitzender der Landwirtschaftskammer gewesen sei, und des jetzigen Leiters dieser Kammer die der ostpreussischen Landwirtschaft geschädigten Wunden bald heilen würden.

In der Besprechung wurde allseitig das Entgegenkommen der preussischen Finanzverwaltung anerkannt. Allerdings sei mit den bisherigen Leistungen der Schade nur zum allergeringsten Teile beseitigt und es sei Ehrenpflicht, bald und ganz zu helfen, insbesondere auch durch Aufteilung der Domänen und Förderung der inneren Kolonisation. Angeregt wurde eine Reise der verstärkten Budgetkommission nach Ostpreußen zur Befestigung der angerichteten Zerstörungen. Zu diesem Vorschlag äußerte sich die Regierung zustimmend. Gerügt wurde, daß in der Kriegsschuldkommission kein Städtebauschlichter Sitz und Stimme habe und daß die städtische Hochschule in Danzig nicht zur Mitwirkung herangezogen sei. Dies könne nicht gebilligt werden, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß beim Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften Zweckmäßigkeit mit Schönheit zu vereinigen sei. Empfohlen wurde im Anschluß an eine dahingehende Petition des Ostfalen-Bereins der Bau des Ostfalen. Die Regierung und einige Mitglieder der Kommission gaben aber einigen dem Bau des Ostfalen entgegenstehenden Bedenken Aus-

druck. Angeregt wurde ferner aus der Mitte der Kommission, daß das gesamte deutsche Handwerk bei der Wiederherstellung Ostpreußens herangezogen werden soll. Nur dadurch könne eine baldige Wiederherstellung erzielt werden. Die Handwerker sollten durch Kredite unterstützt und für die Befriedigung ihrer Forderungen sollte aus den Unterstützungssummen Sorge getragen werden.

Ein Kommissar des Handelsministers erklärte, daß der Handelsminister den Vorschlägen des Handwerks, am Wiederaufbau Ostpreußens beteiligt zu werden, ein lebhaftes und warmes Interesse entgegenbringe und mit den Beteiligten dauernde Fühlung gewahrt habe. Man teile den Standpunkt, daß in erster Linie das Handwerk in Ostpreußen selbst zu berücksichtigen sei, daß es aber billig sei, darauf die 14 ostdeutschen Kammern, die zuerst mit ihrer Organisation auf dem Plan gewesen seien, zu beteiligen, daß aber auch das Handwerk im übrigen Staate und in ganz Deutschland das Recht habe, nach Maßgabe des Bedürfnisses herangezogen zu werden. Neben den vom Handwerk selbst ausgehenden Betreibungen habe man auf Anregung des Handelsministers in Königsberg auf genossenschaftlichem Gebiete zu helfen gesucht durch Errichtung einer Kriegszentrale ostpreussischer Genossenschaften, in der die Genossenschaftsverbände aller Richtungen unter Hinzunahme der bisherigen gegenteiligen Auffassungen sich vereinigt hätten.

In dem Schlusssatz sagte der Berichterstatter das Gesamtergebnis der Verhandlung dahin zusammen, daß von allen Seiten, sowohl seitens der Staatsregierung wie seitens aller Mitglieder der Kommission die volle Wiederherstellung Ostpreußens zu seiner alten Blüte als eine Ehrenpflicht des preussischen Staates anerkannt werde, die ohne Rücksicht darauf, was das Reich etwa finanziell erfüllen werden müsse. Er stelle ferner fest, daß die Kommission der fürsorglichen Tätigkeit aller beteiligten Ressortminister, besonders des Finanzministers, wie auch der des Oberpräsidenten, des Landeshaupmanns und des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer die vollste Anerkennung zolle.

Es wurden der oben erwähnte Antrag des Berichterstatters und folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Hause der Abgeordneten eine Uebersicht darüber vorzulegen:

- 1. ob und in welchem Umfange in den zerstörten Teilen Ostpreußens Verhandlungen mit den bisherigen Pächtern der Domänen über Aufhebung des Pachtvertrages geführt sind;
2. in welchem Umfange — im Verhältnis zur Gesamtfläche — in den in Frage kommenden Landesteilen Domänen für die Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung gestellt sind oder zur Verfügung gestellt werden sollen;
3. ob und in welchem Umfange der Verkauf gemacht wird, in den betreffenden Landesteilen aus Privatgütern für die Zwecke der inneren Kolonisation zu erwerben.

Es wurden dann noch einige Anträge der Berichterstatter einstimmig angenommen, und zwar zu den Fragen des Handels und der Industrie folgender Antrag:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür zu sorgen:

- 1. daß bei den sogenannten Kriegsgesellschaften und bei den Einfäulen der Meeresverwaltung die beteiligten Handelskreise möglichst herangezogen werden;
2. daß dem Handel die Einfuhr von Waren und Lebensmitteln möglichst belassen und die Ausfuhr von Waren möglichst erleichtert, auch der Handelsverkehr in den okkupierten Gebieten nicht erschwert werden möge;
3. daß der Beschlagnahmepreis für Reis anderweit festgesetzt und seine Befreiung den Bestimmungen bei Beschlagnahme von Futtermitteln angepaßt werde;
4. daß bei dem voraussetzlichen Mangel an Petroleum zu Beleuchtungswecken in ausreichendem Maße Spiritus und Karbid zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen und Spiritus- und Karbidlampen und -laternen in genügender Anzahl angefertigt werden;
5. daß, sofern die Durchführung der Verordnungen vom 27. Mai 1915 nicht zu einer den Konsum befriedigenden Gestaltung der Kleinhandelspreise für Verbrauchszucker führen sollte, weitere Maßregeln getroffen werden, um dem Kleinhandel genügende Mengen von Verbrauchszucker zuzuführen und die Kleinhandelspreise für Verbrauchszucker in ein angemessenes Verhältnis zu den gesetzlich festgesetzten Preisen der Raffinerien zu bringen.“

Das Kreuzergesecht bei der Doggerbank am 24. Januar.

Nach amtlichen Quellen von Kapitän zur See z. D. v. Rühlwetter. Berlin, den 16. Juni 1915.

Monate sind seit dem Gesecht vergangen und es ist nicht etwa nötig, von unferer Seite aus erneut davon zu sprechen, weil die Zeit Dinge entschieden hätte, die eine Veränderung von früherem Befehl nötig machen, wohl aber ist das umfangreiche Material über dieses Gesecht soweit gesichtet, daß es zusammen mit den in England veröffentlichten Geschichtsberichten und Presseberichten ein einigermaßen zuverlässiges Bild der Schlacht zu geben gestattet. Vorausgeschickt mag sein, daß dasselbe nicht nur unsere ersten amtlichen Darstellungen bestätigt, sondern auch zeigt, wie richtig das Ergebnis der Schlacht erkannt wurde, wie man es in England zu verschleiern gesucht hat und noch sucht, und wie auch in diesem Fall bei uns die Bewertung des eigenen Erfolges mit allergrößter Vorsicht und Zurückhaltung geschah.

Nachdem sich englische Seekreuzer am 19. Januar in der deutschen Bucht gezeigt hatten, sollte der beliebte Fischgrund mitten in der Nordsee, die Doggerbank, und der Weg von unseren Fluhmündungen dorthin von feindlichen Fischerfahrzeugen gründlich gesäubert werden, weil man Gewissheit hatte, daß diese dort in der Hauptfache Ueberwachung und Spionage trieben. Feindliche leichte Streikräfte sollten dabei natürlich auch verjagt und wenn möglich vernichtet werden. In der Hauptfache eine Unternehmung für Torpedoboote und kleine Kreuzer, denen starke Kreuzer als Rückhalt mitgegeben wurden, weiter nichts. Alles übrige hat unser Gegner hineingefabelt, um sich wenigstens den Nimbus zu schaffen, die englische Flotte vor Heimsuchung geschützt zu haben, nachdem der Vorbericht des Siegers, den man vorzeitig flocht, sich bei näherer Betrachtung entfaltete.

So liefen unsere vier Panzerkreuzer „Seydlitz“, „Moltke“, „Derfflinger“ und „Blücher“, mit kleinen Kreuzern und Torpedoboottorillen als Führer und Sicherung vorgehoben, am 23. Januar aus und standen am 24. früh bei der Doggerbank, bereit, ihren Auftrag auszuführen. Es wehte mäßiger östlicher Wind und die Fernsicht war ungewöhnlich klar, so daß schon der dämmernde Wintertag den Feind entdecken ließ. Kurz nach 8 Uhr meldeten unsere sicheren Kreuzer und Flottillen einen englischen kleinen Kreuzer mit Torpedobooten und sechs in Westsüdwest und Nordnordwest starke Rauchwolken. Damit stand die Anwesenheit zahlreicher feindlicher Streikkräfte bei der Doggerbank fest. Unsere Streikkräfte sammelten sofort auf Südostkurs. „Kolberg“ löst sich dazu aus dem Gesecht mit dem zuerst gesichteten kleinen Kreuzer der „Aurora“-Klasse, der nach mehreren Treffern abgedreht hatte, ohne selbst anderen Schaden erlitten zu haben als zwei Treffer, deren einzige Bedeutung in zwei Toten lag. Auf dieses Geschüt-

fer dampft der Admiral des ersten englischen Schlachtkreuzergeschwaders mit hoher Geschwindigkeit zu und läßt seine sieben kleinen Kreuzer und 26 Torpedoboote in gleicher Richtung los. So wird während des Sammelns unserer Streikkräfte folgende Lage klar: Von hinten laufen die feindlichen leichten Kreuzer und Torpedoboote auf, dahinter stehen mindestens 8 große Schiffe und ein Steuerbord — rechts — hinten in westlicher Richtung nähern sich fünf Rauchwolken, die um 9 1/2 Uhr deutlich als die Schlachtkreuzer „Gion“, „Tiger“, „Prinzreginald“, „New Zealand“ und „Indomitable“ erkannt werden, deren Reihenfolge der englische Admiral so berichtet. Von Westsüdwest bis Nordnordwest standen danach mindestens 13 große englische Schiffe, 7 kleine Kreuzer und 26 Torpedoboote. Das 8. Torboot gewesen wäre, 4 große deutsche Schiffe, 4 kleine Kreuzer — nicht 6, wie der englische Bericht sagt — und 22 Torpedoboote gegen diese ganze Macht zum Gesecht heranzuführen, bedarf keiner Worte. Der englische Bericht verschweigt offensichtlich die Anwesenheit der englischen Hauptmacht, indem er sich auf Wiedergabe der Ereignisse des Gesechts selbst beschränkt, zu dem die Hauptmacht nicht herankommen konnte. Dem deutschen Admiral blieb nur ein südöstlicher Kurs übrig, der ihm ein hindaltes Gesecht ermöglichte und ihn in die deutsche Bucht hinein, also unseren Stützpunkten und der Möglichkeit der Verstärkung näher brachte. Auch von nicht direkt auf den Feind zu fahrenden Kursen hätte jeder wesentlich nördlichere oben nach Dänemark, jeder südlichere näher an die englischen Stützpunkte des Südens herangeführt. Günstige Fahrt war geboten, weil sie allein Aussicht bot, die Schiffe des Gegners auseinanderzuziehen, die feindliche Hauptmacht solche Geschwindigkeit sicher nicht halten konnte, und damit vielleicht Gelegenheit zu einem erfolgversprechenden Teilgesecht geschaffen wurde. Das ist das, was englische Zeitungen sich erdreisteten, die „Flucht nach Hause“ zu nennen.

So spannt sich das Gesecht an. Gegen 10 Uhr eröffnet der Feind auf über 20 Kilometer das Feuer, ohne daß er zunächst unsere Schiffe erreichen kann, es dauert bis 10 Uhr 12 Minuten, ehe er seinen ersten Weisenschuß erzielt. Um halb zehn schon eröffnet „Blücher“ das Feuer auf kleine Kreuzer und Torpedoboote, die von hinten auflaufen mit dem Erfolg, daß ein getroffener Kreuzer abdreht und ein Torpedoboot nach einer Explosion versinkt. Kurz nach 10 Uhr eröffnen auf 18 Kilometer unsere Panzerkreuzer das Feuer auf den Hauptgegner. Die hohe Geschwindigkeit, die die englischen Schlachtkreuzer entwickeln, läßt nicht nur die englische Hauptmacht zurück, sondern teilt auch die Schlachtkreuzer selbst in zwei Gruppen, die ältesten Schiffe „New Zealand“ und „Indomitable“ bleiben langsam zurück, ohne daß sie jedoch von der Teilnahme am Gesecht ganz ausgeschlossen werden. Der östliche Wind ist dem Kampf dadurch ungünstig, daß er die schweren Rauchschwaden der Schiffe und unserer jetzt vor den Panzerkreuzern stehenden Torpedoboote zwischen die beiden kämpfenden Linien weht. Nimmt man dazu die große Gefechtsentfernung, die nie unter 14 1/2 Kilometer wurde, so sind damit die Schwierigkeiten, die für beide Teile, man weiß nicht für wen am meisten, bestanden, gekennzeichnet. Trotzdem hatte unsere schwere Artillerie ihr Ziel

außerordentlich schnell erreicht. Gegen 10 1/2 Uhr führte auf dem vorderen Schiff „Gion“ ein Raß, eine halbe Stunde später folgte ein Schornstein nach Feuer und Rauch der als Treffer freierender Granaten waren deutlich zu sehen. Zu gleicher Zeit waren auch auf dem zweiten Schiff der englischen Linie Treffer im Vorschiff zu sehen und Brandwirkung. Das Schiff blieb etwas zurück, sein Feuer wurde schwächer. 10 Uhr 40 Minuten erhielt „Seydlitz“ einen schweren Treffer im Achterschiff, der die Verwendbarkeit der hinteren schweren Artillerie beeinträchtigte. Kurz nach 11 Uhr wurden erneut auf dem zweiten englischen Schiff schwere Treffer und große Brandwirkung beobachtet und gegen 11 1/2 Uhr mußte dieses Schiff die Schlachtlinie verlassen und blieb allmählich zurück, so daß jetzt „Gion“ und das dritte Schiff die vordere Gruppe bildeten, während das zweite Schiff näher zu der Gruppe der zurückgebliebenen kam. Das dritte Schiff schloß gleichzeitig näher an das erste heran. Von 11 1/2 Uhr an läßt das Feuer der feindlichen Schlachtkreuzer nach. In dieser Zeit bleibt unser Schlachtkreuzer „Blücher“ zurück, nachdem Artillerietreffer und Brand beobachtet und Waghenschaden gemeldet ist und zieht damit vorwiegend das Feuer der zurückgebliebenen Schiffe auf sich. Gegen zwölf erhält „Gion“, das feindliche Führerschiff, hintereinander mehrere schwere Treffer vorn, die die vordere Artillerie anscheinend unbrauchbar machen, eine starke Detonation wird beobachtet, dazu Brand, das Schiff dreht nach Steuerbord ab und verläßt fast überlegend die Schlachtlinie, die Führung an das früher dritte Schiff überlassend. Kurz darauf erhält dies von einem zwischen den kämpfenden Linien gebliebenen Torpedoboot einen Torpedoschuß und nun dreht die ganze englische Linie mit einer gleichzeitigen Wendung auf nördlichen Kurs, bricht damit das Gesecht etwa 70 Seemeilen von Helgoland ab, gerade in dem Augenblick, als auf den erschütterten Feind der Torpedobootangriff angelegt wurde, der nun nicht mehr durchgeföhrt werden konnte. Damit zog sich die Hauptmacht der feindlichen Schlachtkreuzer, soweit sie folgen konnte, nach dem zurückgebliebenen „Blücher“ hin. Nach Angabe des englischen Admirals bestimmten ihn die Anwesenheit von Unterseebooten und die Annäherung an das deutsche Minengebiet zum Abbrechen des Gesechts. Die große Entfernung und der Qualm ließen den deutschen Admiral die Sachlage nicht so erkennen, wie sie hier jetzt gegeben ist und sich aus zusammengetragenen Aufzeichnungen ergibt, ihm war die Linie der feindlichen Schlachtkreuzer nur zum kleinen Teil sichtbar, nur die Beschädigung und das Abbrechen des Führerschiffs waren beobachtet, nichts von dem, was auf der Nr. 2 und 3 vorgegangen war und noch vorging, war deutlich auszumachen. Auf unserer Seite war zu der Zeit „Blücher“ schwer havariert, „Seydlitz“ verfügte noch nicht wieder über seine hintere schwere Artillerie. Im Norden weit ab stand der größte Teil der englischen leichten Kreuzer und Torpedoboote. Nach seinen Beobachtungen hatte also kein Ausgleich unserer Unterlegenheit stattgefunden. So entschloß er sich zunächst nur südlicher zu steuern, vielleicht die englische Linie von hinten zu umfassen und auf diesem Wege zu „Blücher“ hinzukommen. Die geschiederte Unmöglichkeit, die Lage zu übersehen,

und zu den Fragen der Volksernährung noch die Anträge:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, ihren Einfluß geltend zu machen, daß alle Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen, welche für die Behandlung der neuen Ernte maßgebend sein sollen, so frühzeitig veröffentlicht werden, daß die Interessenten über ihre Pflichten und Rechte vollkommen unterrichtet sein können.“

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen:

1. das Kriegsministerium zu veranlassen, weiterhin den Armeebedarf an Pferden durch freihändige Anläufe zu decken unter Berücksichtigung der heutigen Marktlage, insbesondere unter Gewährung derselben Preise an Pferdebesitzer wie solche an Händler bereits in letzter Zeit regelmäßig bezahlt worden sind. Zwangsweise Requisitionen nach einem in weit zurückliegender Friedenszeit festgelegten Tarif dürfen in Hinblick auf die mehr denn auf das Doppelte gestiegenen Preise im Marktverkehr nicht wieder eingeführt werden, da durch dieselben eine schwere Vermögensschädigung derjenigen ländlichen, städtischen und gewerblichen Pferdebesitzer stattfindet, welche sich einen Ersatz für die requirierten Pferde beschaffen müssen;

2. bei den zuständigen Stellen zu bewirken, daß die Einfuhr wertvoller Zuchtperde aus den okkupierten Gebieten ausgedehnt und erleichtert werde, um die unbedingt erforderliche Grundlage zur Befriedigung des Armeebedarfs für die Zukunft rechtzeitig zu beschaffen, und die deutsche Pferdezucht ganz allgemein von den jenseitigen Schädigungen des Krieges gesund zu lassen.“

„Die königliche Staatsregierung wolle über die bisherigen Maßnahmen hinaus auf eine Verbilligung der käuflichen Futtermittel bei dem Bundesrate hinwirken, damit die Erzeugung von Fleisch und Milch nicht immer weiter verteuert werde. Es sind zu diesem Zweck weitere Reichsmittel zur Verfügung zu stellen. In dem Umfang, daß die Futtermittel auf einen Höchstpreis von 200 Proz. des Friedenspreises für den Verbraucher festgelegt sind, ist keine hinreichende Produktionsverbilligung zu erkennen.“

Politische Uebersicht.

Zu den Friedensangeboten von englischer Seite.

Die Mitteilungen der „National-Zeitung“ über englische Friedensangebote, die wir bereits ausführlich gewürdigt haben, öffnen jetzt auch ein paar anderen bürgerlichen Blättern den Mund. Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ sucht natürlich die deutschen Mittelpersonen persönlich herabzusetzen, um die politische Bedeutung der Vermittlungsversuche und ihrer Zurückweisung durch die deutsche Regierung abzuschwächen. In der Presse wird jetzt auch die Vereinigung genannt, deren Mitglieder sich mit der Vermittlung zwischen Deutschland und England abgegeben haben; es ist der Bund „Neues Vaterland“. Der Vorsitzende dieses Bundes ist Herr R. v. Lepper-Laske, dessen politische Auffassungen durch ein paar Sätze charakterisiert werden, die er in einer Polemik gegen die „Deutsche Tageszeitung“ geschrieben hat. Er äußerte nach der Darstellung der „Freisinnigen Ztg.“ da u. a.:

„Wie sich die Welt im Kopf der „D. Z.“ malt, darum brauche ich mich nicht zu kümmern, habe mich nur von Anfang an bemüht, der vergiftenden Rassenuggestion dieser schredlichen — viele nennen es großen — Zeit nicht auch zu erliegen. Ob es nun England, Frankreich oder Rußland ist, in dem wir den Urheber dieser Weltkatastrophe zu erblicken haben, wird erst durch spätere exakte, historische Forschungen festgestellt werden können. Auch wer uns den oder die anderen auf den Hals gehetzt hat, das wissen wir alle noch nicht (bis auf die „D. Z.“). Das wissen wir aber jedenfalls, daß wir kurz vor Ausbruch des Krieges einer Verständigung mit England näher waren denn je. Was — wohl gemerkt — in dessen weitestem Interesse lag und liegt. Daß ferner die Parole „Gott strafe England“ nicht gerade vom Volke ausgegeben ist, dürfte der „D. Z.“ doch wohl ebenso bekannt sein wie gewisse Ansprachen hoher Truppenführer. Daß sie aufrichtig wirken sollten und gewirkt haben, wird im allgemeinen auch nicht bestritten werden. Ob die Formel überdies glücklich gewählt ist, sei dahingestellt.“

Schluß des Preussischen Landtages.

Die letzte geschäftliche Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Dienstag, nachmittags 2 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen Kriegsverordnungen über Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen und über Genossenschaftsbegründung zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen

Ländereien; ferner die Beratung des Berichtes der verstärkten Budgetkommission über die von der Regierung gegebenen Auskünfte in wirtschaftlichen Fragen, einige Anträge und Petitionen.

Wie der Präsident mitteilt, findet voraussichtlich noch an demselben Tage die gemeinschaftliche Schlußsitzung beider Häuser des Landtages statt. Führt die Regierung diese Absicht aus, dann würde für die Beratung der wichtigen Ernährungs- und sonstigen wirtschaftlichen Fragen, die die Budgetkommission lange Zeit beschäftigt hat, nur eine ganz beschränkte Zeit zur Verfügung stehen, ja, unter Umständen muß von jeder Debatte Abstand genommen werden. Es wäre das lebhaft zu bebauern, denn, nachdem die Budgetkommission 14 Tage über den Antrag beraten hat, ist es wohl nicht zu viel verlangt, daß auch dem Plenum Gelegenheit gegeben wird, in ausgiebiger Weise zu der Frage Stellung zu nehmen. Wird aber der Landtag noch an demselben Tage geschlossen, dann könnten kaum die fünf Berichterstatter zum Wort kommen.

Das Herrenhaus tritt nur noch einmal, und zwar am Sonnabend, zusammen. In der Hauptsache, um die Interpellation der Oberbürgermeister wegen der Anträge des Deutschen Landwirtschaftsrates zur Verteilung der Getreidevorräte für das kommende Erntejahr zu besprechen. Außerdem stehen Petitionen auf der Tagesordnung, darunter eine um Verleihung des passiven Gemeindevahlrechts an die Volksschullehrer und eine andere um Verleihung des passiven Gemeindevahlrechts an die Gemeindebeamten. Die Kommission beantragt, beide Petitionen der Regierung als Material zu überweisen. Dagegen beantragt sie, über eine Petition zur Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der Gemeindebeamten zur Tagesordnung überzugehen.

Ein Wahlrechtsvorschlag!

In der „Südd. Konf. Korr.“ macht der rechtsstehende Wahlrechtspolitiker Dr. Wolfgang Heinze-Karlsruhe den Vorschlag, den reichstagswahlberechtigten Kriegsteilnehmern eine zweite Stimme zu geben; und zwar weil die kriegsbedingte landwirtschaftliche Verbilligung verhältnismäßig besonders zahlreiche Soldaten ins Feld gestellt hat, weil die unüberbrückliche Manneszucht des Krieges seinen Teilnehmern die Notwendigkeit einer festgesetzten staatlichen Ordnung auch im Frieden nahelege, weil der hohe Schwung der Begeisterung in den Heimgekehrten die Neigung verstärke werde, idealen Erwägungen vor rein materiellen den Vorzug zu geben, usw.

Die „Verl. Neuest. Nachrichten“ finden den Vorschlag „beachtenswert“. Ob die Auffassung Dr. Heinzges, daß Artikel 20 der Reichsverfassung der geplanten zweiten Stimme („welche den Grundgedanken des gleichen Wahlrechts vollständig durchbricht“) nicht entgegenstehe, vermag das Blatt im Augenblick nicht zu erkennen.

Dieser Vorschlag ist also den rechtsstehenden Politikern angenehm. Wie steht's aber mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in Preußen? Da herrscht verständnisvolles Schweigen!

Was uns die Zukunft bringt.

Jedem Verständigen dürfte es klar sein, daß die Zeit nach dem Kriege nicht etwa eine glänzende Besserung der ökonomischen Lage der breiten Massen bringen kann. Im allgemeinen aber ist die Erörterung dieses Themas, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, nicht beliebt, zumal in der bürgerlichen Presse. Den Versuch einer Lösung der Frage, wie die schweren finanziellen Lasten nach Kriegsschluß aufgebracht werden sollen, versucht nun ein Dr. Schiele in einer Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“. Es heißt da:

„Wenn auch der Krieg so ausgeht, wie wir hoffen, so werden wir doch alles andere als leichte und bequeme Zeiten haben. Wir werden nur um so mehr dann ganz Europa als der Besessene gegenübersehen. Wir werden nur um so mehr größere Anstrengungen zu machen haben, uns für alle Fälle stark zu machen. Wir werden nicht mehr einen beträchtlichen Teil unserer Jugendmannschaft unausgebildet sein lassen dürfen; denn das führt nur zu der Ungerechtigkeit, daß an ihrer Stelle Biergigjährige in den Schützengräben müssen. Die allgemeine Wehrhaftigkeit des Volkes darf nicht nur ein Ideal sein, sondern muß Wirklichkeit werden. Schon in der Jugendzeit muß die Erziehung zur Wehrhaftigkeit beginnen; das

kostet alles Geld. Die Seereschiffe müssen im größten Maße ergänzt und nach den Kriegserfahrungen erneuert werden. Belommen wir neue Maschinenlungen im Osten und im Westen, bessere Volkwerke unserer Sicherheit, so wird uns auch das neue Aufwendungen kosten, und auch die Kriegsschädigungen werden selbst im besten Falle doch nur so ausfallen, daß wir das meiste aus eigener Kraft hinzuzutun haben werden. Strengste Sparamkeit und strengste Auslese und Abwägung aller verschiedenen Forderungen und Bedürfnisse nach ihrer Notwendigkeit, kurz altpreußische Staatsstrenge und altpreußischer Opfermut und Sparamkeit des Volkes wird notwendig sein, wenn wir der gewaltigen großen Zukunft, deren Tore uns dieser Krieg öffnet, gerecht werden wollen.“

Trotzdem werden wir einen Steuerzettel bekommen, daß uns die Augen übergehen werden. Es ist nicht wie nach dem Kriege 1870, wo das reiche Frankreich uns nach einem verhältnismäßig kurzen Feldzug eine gewaltige Kriegsschädigung zahlte. ... Auch nach dem größten Siege wird der Sieger diesmal ganz andere Erfahrungen machen. Fast alle Völker der Welt sind am Kriege beteiligt oder leiden darunter. Kein Volk ist nach diesem Kriege reich genug, sofort große Kapitalzahlungen aufzubringen. Kurz, die Ansprüche an die Steuerkraft der Bürger werden enorm werden. Wir werden Reichsmonopole bekommen, Finanzzölle und nicht zum wenigsten auch höhere direkte Steuern.“

Diese Schilderung ist durchaus zutreffend. Aber Dr. Schiele findet nicht den Ausweg aus dieser Lage. Er empfiehlt neben ein paar kleinen Mitteln zur Einschränkung und besserer Verteilung der Lasten Ersparnisse dadurch zu erzielen, daß die sozialpolitische Gesetzgebung eingeschränkt wird. Daß dieser Weg ungangbar ist und Deutschlands wirtschaftliche Position nur verschlechtern könnte, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Dagegen wird man der Lösung ernstlich näher treten müssen, die der französische Minister Genosse Sembart kürzlich als die einzig mögliche bezeichnet hat: Minderung der Lasten durch planmäßige Rüstungseinsparungen.

Erweiterung der Kriegsgetreidegesellschaft.

Berlin 18. Juni. (B. Z. V.) Da die Absichten der Reichsleitung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl im nächsten Erntejahr die künftige rechtliche Gestaltung der Kriegsgetreidegesellschaft beeinflussen würden, hat die Reichsleitung Veranlassung genommen, den Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft über seine Stellungnahme zu befragen. Der Aufsichtsrat hat am heutigen Tage nach eingehender Prüfung als seine Auffassung festgestellt, daß die Pläne der Reichsleitung, wenn sie in ihrer nunmehrigen Fassung die Zustimmung des Bundesrates finden, die Fortsetzung der Wirksamkeit der Gesellschaft auf ihrer bewährten Grundlage ermöglichen, und hat sich bereit erklärt, der Gesellschaftsversammlung die Annahme der daraus sich ergebenden Satzungsänderungen vorzuschlagen.

Nachdem der Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft sich für die Fortführung der Gesellschaft in der von der Reichsleitung beabsichtigten Form ausgesprochen hat, wird, wie wir hören, die im Herrenhaus von einer Anzahl von Städtevertretern eingebrachte Interpellation über die Regelung der Brotversorgung im nächsten Erntejahr zurückgezogen werden.

Deutsch-österreichische Handelspläne.

Der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband, der seinen Sitz in Berlin hat, teilt mit, daß „die überwiegende Meinung der Interessenten über die Neugestaltung der Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn dahin gehe, daß die Schaffung eines Zollvereins zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn oder gar die Bildung eines auch noch andere Staaten umfassenden mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, so weit solcher mit dem Fortfall aller Zollschranken propagiert würde, durchaus untunlich und derzeit nicht erreichbar sei.“ Im deutsch-österreichischen Wirtschaftsverband sei man der Ansicht, daß lediglich eine gegenseitige Vorzugsbehandlung einzutreten habe und daß der Abschluß neuer Handelsverträge von Deutschland oder Oesterreich nur immer im Einvernehmen mit dem andern Staate erfolgen möge.

Holländische Gesandtschaft beim Vatikan.

Haag, 18. Juni. (B. Z. V.) Die Erste Kammer hat den Gesetzentwurf betreffend Errichtung einer niederländischen Gesandtschaft beim Vatikan angenommen.

und die Voraussetzung des schnellen Herankommens der feindlichen Hauptmacht ließen es jedoch sehr bald ihm richtig erscheinen, auch seinerseits das Gefecht abzubringen und nach Osten weiterzugehen, weil er keine Möglichkeit sah, den nahezu bewegungslosen „Blücher“ endgültig zu entsetzen. Zu dieser Zeit kommt das Torpedoboot, das schon einen erfolgreichen Schuß abgegeben hatte, zum zweitenmal auf den jetzt hinten in der nach Norden dampfenden englischen Linie stehenden „Tiger“ zum Schuß, es erfolgt dort eine starke Detonation, das ganze Schiff ist in graue Wolken gehüllt, zuerst ist noch ein Stück vom Heck zu sehen und 12 Uhr 23 Minuten verschwindet das Schiff. Dies wurde von einem der Schiffe, das in unserer Linie hinten stand und freien Ausblick hatte, von älteren Offizieren beobachtet. Ob die Angabe des englischen Admirals, daß „Tiger“ von vornherein zweites Schiff der englischen Linie war, richtig ist, mag dahingestellt bleiben. Die Verschiebung der ersten Schiffe in der Linie, ehe die Wende nach Norden geschah, sind nicht mit vollständiger Sicherheit festzustellen. Der Verlust von „Tiger“ sieht jetzt. Seit „Blücher“ zurückließ, versuchten mehrfach englische Torpedoboote, ihn anzugreifen, hierbei wurde die Verwundung je eines Zerstörers um 11½ und 12½ Uhr deutlich beobachtet. Ueber den Endkampf des „Blücher“ wissen wir nur durch das Luftschiff, das gegen Ende des Gefechts über dem Kampffeld erschien, daß er kurz nach 1 Uhr kenterte, nachdem er torpediert war. Seine Geschütze feuerten, bis er versank, Fähigkeit und Heldennut seiner Besatzung waren seiner Widerstandsfähigkeit ebenbürtig. Zu der Zeit waren nur mehr vier feindliche Schlachtkreuzer auf der Walfahrt. Der englische Bericht ergänzt das Bild noch wie folgt: Nachdem das englische Führerschiff schwer beschädigt ist, holt der englische Admiral seine Flagge dort nieder, schiff sich gegen 12½ Uhr auf einem Torpedoboot ein und erreicht in etwa dreiviertelstündiger Fahrt seine anderen Schiffe wieder, ungefähr 1½ Stunden, nachdem sein Flaggschiff ausgefallen war und jetzt seine Flagge auf der „Prinzess Royal“. Um 5 Uhr gelingt es dann „Indomitable“, den bewegungsunfähigen „Lion“ in Schleppe zu nehmen und er schleppt ihn bis in den Hafen.

Das Gesamtresultat der Schlacht war also bei den britischen Streitkräften:

- Ein neuer Schlachtkreuzer von 30 000 Tonnen gesunken; zwei neue Schlachtkreuzer schwer beschädigt;
- von der schweren Beschädigung eines dritten Schlachtkreuzers gingen später noch zuverlässige Nachrichten ein, sie muß dem „Blücher“ hauptsächlich zuzuschreiben sein, wir konnten also nicht sofort darüber unterrichtet sein;
- zwei Zerstörer gesunken;
- zwei kleine Kreuzer beschädigt;

Bei den deutschen Streitkräften:

- ein alter Schlachtkreuzer von 16 000 Tonnen gesunken;
- ein neuer Schlachtkreuzer beschädigt;
- ein kleiner Kreuzer leicht beschädigt.

Besonders bemerkenswert ist dabei, daß die Beschädigung des „Schlitz“ durch einen einzigen Treffer geschah, und daß außerdem im ganzen nur noch ein schwerer Treffer den Gürtelpanzer eines Panzerkreuzers traf und dort unschädlich detonierte, sonst ist auf keinem der Schlachtkreuzer überhaupt ein Treffer zu verzeichnen, ebenso wie kein Torpedoboot getroffen ist. Also zwei Treffer in zweistündigem Gefecht, abgesehen von „Blücher“. Offenbar hatten die englischen Schlachtkreuzer zunächst die Absicht, das Gefecht nur auf sehr große Entfernung zu führen und vielleicht erwartet, dadurch eine artilleristische Ueberlegenheit zu finden oder wenigstens der Mittelartillerie unserer Kreuzer zu entgehen. Erfolg brachte es ihnen nicht, weil unsere Schießkunst die bessere war, indem die schwere Artillerie schneller am Ziel war und besser am Ziel blieb. Daß das größere Kaliber auf englischer Seite für den Erfolg hier keine Rolle spielte, ist deutlich und die Tatsache bemerkenswert, daß kein Schiff durch Artillerie allein zum Sinken gebracht wurde.

Die Ueberlegenheit an Geschwindigkeit auf englischer Seite ist mit ganz phantastischen Zahlen versehen worden, die in keiner Weise der Wirklichkeit entsprechen. Das Gefecht ist auf englischer Seite im Durchschnitt mit gut 25 Seemeilen geführt worden gegenüber etwa 23 Seemeilen auf unserer Seite. Unser langsames Schiff, der „Blücher“, stand in jeder Notlage mit einer geringeren Geschwindigkeit als die langsamsten Schiffe des Gegners, somit war die höhere Verbandsgeschwindigkeit auf dessen Seite selbstverständlich. Mit einer Geschwindigkeit von 28 und 29 Seemeilen, von der getaeltelt wurde, hätten die englischen Schlachtkreuzer nicht, als sie das Gefecht abbrachen, noch gegen uns zurückgestanden, so daß ihre Wende sie weit hinter uns vorbeiführte. Dabei kann gern anerkannt werden, daß die Geschwindigkeit der englischen Schiffe bemerkenswert gut war.

Außer schon Erwähntem hat die englische Darstellung nichts Neues gebracht, wohl aber haben die englischen Veröffentlichungen dazu gedient, die Ungewissheit auch der amtlichen englischen Berichterstattung in helles Licht zu setzen. Von dem Gefecht selbst mögen die unrichtigen Nachrichten zum Teil ihre Erklärung darin finden, daß die Beobachtung so schwer war. Hierunter könnten die Angaben rechnen, daß „Prinzess Royal“ eingangs des Gefechtes mit ihrem Feuer auf das 8. Schiff „Derfflinger“, übergang und ihm erheblichen Schaden zufügte und daß um 10 Uhr 40 Minuten (9 Uhr 45 Minuten) unser Führerschiff und die Nr. 3 in Brand gewesen seien. Die Nr. 3, „Derfflinger“, hat während des ganzen Gefechtes den einen schon erwähnten unschädlichen Treffer auf dem Gürtelpanzer bekommen und nie gebraucht. Auf Nr. 1, „Schlitz“, verursachte der angeführte Treffer um 10 Uhr 40 Minuten tatsächlich einen Brand. Ueber die tropfenweise Verzäpfung der Nachrichten über die schwere Beschädigung des „Lion“ ist schon bei anderer Gelegenheit in der deutschen Presse berichtet. Am 26. Januar wurde sie gar nicht erwähnt, am 27. als schnell reparierbar bezeichnet, am gleichen Tage das Schiff kampfunfähig genannt und gesagt, man könne keine näheren Mitteilungen machen, das Schiff könne jedoch der Marine erhalten bleiben. Englische Zeitungen

berichten in schwülstigen Phrasen von dem feierlichen Augenblick, als der „Lion“ als letztes Schiff, stolz in den Hafen dampfte, während er mit Mühe und Not geschleppt den rettenden Hafen erreichte, und dieser feierliche Augenblick wurde zu einer Zeit erlebt, als das Schiff im Schleppe noch gar nicht in der Nähe sein konnte. Es gab eben manches zu verbergen in diesem Gefecht, von dem Untergang des „Tiger“ angefangen, und das empfanden andererseits auch die englische Zeitungen und schrieben zum Bericht des englischen Admirals: „Was nach der Zeit der Beschädigung des „Lion“ geschah, als der Admiral den anderen Schiffen befahl, das Gefecht mit dem fliehenden Feind fortzuführen, wird nicht enthüllt. Dadurch ist die Erzählung unvollständig und enttäuschend.“ Die hier fehlende Zeit war tatsächlich die, als unsere Torpedoboote vorbrachen, „Tiger“ getroffen wurde und später sank. Und an anderer Stelle heißt es: „Der Abstand von 70 Seemeilen von Helgoland — beim Abbrechen des Gefechtes — hätte uns die Möglichkeit gegeben, den Kampf noch mehrere Stunden fortzusetzen, ehe wir an deutsche Minenfelder kamen. Viel kürzerer Kampf hätte schon entscheidend werden können. Hätte die Vernichtung des deutschen Geschwaders uns auch ein oder zwei Schiffe gelohnt, so wäre das billig gewesen. Ist das überhaupt ernstlich versucht worden? Wenn es bemerkenswert ist, daß des Admirals Bericht über den Befehl zum Angriff schweigt — damit ist ein Befehl an „Indomitable“ gemeint — „Blücher“ zu vernichten und an das übrige Geschwader, die deutsche Queue anzugreifen — so ist es noch bemerkenswerter, daß er keinen Versuch macht zu erklären, warum diese Befehle nicht ausgeführt wurden.“ Die Erklärung ist in den Ereignissen, dem Kampfunfähigwerden des Flaggschiffes, der schweren Beschädigung der „Prinzess Royal“ und dem Sinken des „Tiger“ gegeben, es war aber nicht mehr möglich, diesen Befehl auszuführen, und da der Gefechtsbericht fast alle diese Tatsachen verschweigt, bleibt er in diesem Punkt unverständlich und muß den Verspöcher zu dem Schluß führen: „Das Flaggschiff war kampfunfähig. Es war eine Lage, die jeden verwirren konnte. Bevor dieser Umstand besser erklärt wird, muß es scheitern, als ob hier ein bedauerlicher Irrtum des Oberbefehlshabers vorgekommen ist. Es ist leicht zu beurteilen. Das Bedauerliche des Ganzen ist, daß das Verjagen der Urteilskraft für einen so kurzen Augenblick einen so glänzenden Sieg in eine Episode verwandelt hat, die man zwar nicht verbergen kann, aber vergessen sollte.“ Man muß ganz ungewisselhaft diesem Kritiker recht geben, es ist unmöglich zu erklären, warum der englische Admiral das Gefecht abbrach, wenn es um seine Schiffe so stand, wie er berichtet. Tatsächlich stand eben die Sache ganz anders und wenn das Gefecht nicht von englischer Seite abgebrochen wäre, dann brauchten wir heute nicht zu sagen: Es war leider dem deutschen Admiral nicht möglich, die englische Schwächung zu erkennen und das, im Verein mit der Voraussicht, daß die feindliche Hauptmacht bei einem lange, in anderer als südöstlicher Richtung geführten Gefecht herankommen mußte, haben ihn verblendet, dies Gefecht, das zu unseren Gunsten entschieden war, bis zu einem vernichtenden Sieg durchzuführen.

Gewerkschaftliches.

Mafnahmen des Holzarbeiterverbandes beim Wiederaufbau Ostpreußens.

Der Osten ist nicht nur in hohem Maße durch die Russen verwüstet, er ist auch infolge der massenhaften Bevölkerungsfucht wie der umfassenden militärischen Verteidigungsmaßnahmen stark von Menschen entblößt. Dieser Tatsache widmet die Regierung ihr lebhaftes Interesse, indem nicht nur die vorübergehende, sondern die dauernde Sechthausmachung von Unternehmungen und Arbeitern ins Auge gefaßt wird. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wird zunächst danach getrachtet, die zu vergebenden Aufträge für den Wiederaufbau in den Betrieben des Ostens unterzubringen und die dazu benötigten Arbeitskräfte aus anderen Teilen des Reiches heranzuziehen. Man kann nichts dagegen einwenden, wenn die Arbeitgeber sich rühren und zusammenschließen, um bei den zu vergebenden Aufträgen ihre Interessen zu wahren und die Lieferungsbedingungen nicht durch eine wilde oder unlautere Konkurrenz ins Ungemessene herunterwirtschaften zu lassen. Soweit diese Bestrebungen sich in den Grenzen halten, die für eine solide Ausführung der Arbeiten als auch für die Aufrechterhaltung der von den Gewerkschaften aufgestellten oder tariflich geregelten Arbeitsbedingungen gezogen werden müssen, sind die Arbeiter zur tatkräftigen Mitarbeit dabei bereit. Von diesen Gesichtspunkten ließ sich auch der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes leiten, als er die ostpreussischen Arbeitgeber des Holzgewerbes für eine gemeinsame Aktion in dem bezeichneten Sinne zu interessieren suchte. Bei der beispiellosen Uneinigkeit und Zerplitterung dieser Kreise schien das allerdings keine leichte Aufgabe zu sein, weshalb zu ihrer Durchführung die Mithilfe des Herrn Oberpräsidenten für Ostpreußen in Anspruch genommen wurde. Unter dessen Leitung fanden am 2. Juni in Königsberg Verhandlungen statt, zu welchen die Unternehmer aus fast allen namhafteren Orten Vertreter entsandt hatten. Der Holzarbeiterverband war außer durch die Haupt- und Gauverwaltung durch Ortsvertreter aus den Zahlstellen Königsberg, Memel, Osterode, Ortelsburg, Raftenburg und Tiffit an den Verhandlungen beteiligt.

Das Ergebnis der Beratungen sind folgende

Vereinbarungen

betr. die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsvermittlung für das Holzgewerbe in Ostpreußen.

Arbeitsvermittlung.

1. Zur Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte wird eine zentrale Arbeitsvermittlung für die Provinz Ostpreußen in Königsberg errichtet. Zur Leitung und Ueberwachung der Arbeitsvermittlung wird eine Kommission eingesetzt, bestehend aus je drei Mitgliedern der Arbeitgeber und Arbeiter, welche von den Parteien hierzu gewählt werden. Der Vorsitz wird einem Unparteiischen übertragen, welchen der Herr Oberpräsident von Ostpreußen bestimmt. Die Kommission setzt für Arbeitsvermittlung eine Geschäftsordnung fest. Alle an dieser Vereinbarung Beteiligten erklären ihre Bereitwilligkeit, die Vermittlungsstelle über benötigte und vorhandene freie Arbeitskräfte zu unterrichten und die Herbeischaffung von Arbeitern zu fördern.

Arbeitszeit.

2. Die normale wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden oder täglich 9 1/2 Stunden. Wo durch Tarifvertrag eine kürzere Arbeitszeit festgesetzt ist, bleibt diese bestehen.

3. Ueberstunden werden mit folgenden Aufschlägen sowohl bei Lohn- wie bei Akkordarbeit vergütet: bis 8 Uhr abends 10 Pf., von 8 bis 10 Uhr 20 Pf. Ausschlag pro Stunde.

Arbeitslohn.

4. Der Mindestlohn beträgt für die Kreise: Angerburg, Darkehmen, Gerbauken, Gumbinnen, Goldap, Heilsberg, Johannsburg, Weidenburg-Soldau, Pillkallen, Rößel, Stallupönen und Marienburg 53 Pf.,

Köhrungen, Br.-Dolland, Raftenburg, Sensburg nebst Stadt Bischofsburg und Wehlen-Lapiaw 54 Pf.,

Allenstein, Fischhausen, Friedland, Hohenstein, Heiligenbeil, Labiau, Löben, Ost, Memel, Ortelsburg, Osterode, Pr.-Eylau 55 Pf.,

Insterburg, Tiffit, Ragait 56 Pf. pro Stunde.

Für Jungweibern im ersten Gesehensjahr und für die durch Invalidität Minderleistungsfähigen unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung.

Wo bereits höhere Löhne bestehen, behalten diese Geltung.

Akkordarbeit.

5. Akkordarbeit ist zulässig, wenn die Akkordpreise vorher zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern des Betriebes vereinbart werden. Die bestehenden Akkordpreise werden um 10 Proz. erhöht. Bei außerordentlicher Akkordarbeit sind in jedem Falle die vorstehenden Mindestlöhne gesichert.

Fahrtgeld.

6. Den durch die Zentralfelle vermittelten Arbeitern wird von dem Arbeitgeber freie Fahrt und ein Fahrtgeld von 3 M. pro Reisetag gewährt.

Allgemeines.

7. Streitigkeiten, die aus vorstehenden Abmachungen entstehen, werden von einer paritätischen Kommission entschieden.

8. Die sonstigen Bestimmungen der Tarifverträge bleiben unverändert.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt hierzu:

„Nun wird es gelten, diese Vereinbarungen nicht nur in allen Betrieben durchzusetzen, sondern auch den beschlossenen Arbeitsnachweis so auszubauen, daß er allen Anforderungen gerecht werden kann. Wenn vielleicht auch manche Kollegen die vereinbarten Löhne nicht ausreichend finden im Hinblick auf die sehr teuren Lebensverhältnisse des Ostens, so möge sich doch dadurch niemand abhalten lassen, dem Ruf des Nachweises nach Annahme von Arbeit zu entsprechen. Sollten sich dabei Unzuträglichkeiten herausstellen, dann wird unser Verband stets mit dem nötigen Nachdruck für die Rechte der Kollegen einzutreten wissen.“

Ausland.

25 Jahre Schiffszimmerer-Organisation.

Wenn nicht der Kampf um die Organisationsform und später das Ausnahmegesetz die gewerkschaftlichen Ansätze der Schiffszimmererorganisation gestört hätten, so hätten die Schiffszimmerer auf eine der ältesten gewerkschaftlichen Organisationen zurückblicken können. Schon 1849 bestand ein Gewerbeverein der Hamburger Schiffszimmerer. Der Allgemeine Deutsche Schiffszimmererverein im Jahre 1876 zählte schon in 19 Orten 3300 Mitglieder, seine Auflösung aber erfolgte 1888, nachdem die Mitglieder, auf einen einzigen Rest zusammenschmolzen, sich dem Zentralverband der Werftarbeiter angeschlossen hatten. In Hamburg aber hatte sich schon 1880 eine neue Lokalorganisation der Schiffszimmerer gebildet. Als wegen des bevorstehenden Zollanschlusses Hamburgs und der damit verbundenen Steigerung der Lebensmittelpreise die Schiffszimmerer Lohnforderungen stellten, die von den Unternehmern abgelehnt wurden, stellten 800 Schiffszimmerer die Arbeit ein, welche Arbeitslosigkeit aber bald resultatlos be-

endet wurde. Kleinere Lohnbewegungen folgten, bis es im Jahre 1890 zu einem größeren Ausstand kam, der nach 13 Wochen erst beendet wurde. Auch diese Bewegung ist durch inneren Organisationsstreit arg geschädigt worden. Nach Beendigung des Streiks fand ein Kongreß statt, der der grenzenlosen Desorganisation ein Ende bereiten sollte. Tatsächlich wurde denn auch auf diesem Kongreß in den Pfingstfeiertagen 1890 in Kiel die Grundlage für die jetzt bestehende Zentralorganisation geschaffen, durch Zusammenschluß der bestehenden vier Lokalorganisationen von Altona, Kiel, Hamburg und Veddel. Mit der Leitung des Verbandes wurde W. Müller betraut, der bis zu seinem im Januar dieses Jahres erfolgten Tode der Organisation vorstand. Bald nach Gründung der Zentralorganisation ist dann ein schneller Aufstieg bemerkbar. Andere Lokalvereine schlossen sich der Zentralorganisation an, die bald 1273 Mitglieder zählte. Im Jahre 1901 mit 2000 Mitgliedern war die Organisation kurz vorher durch die Aussperrung der Hamburger Schiffszimmerer in schwere Kämpfe verwickelt. Zwei Jahre später beschloß eine Generalversammlung, Müller als besoldeten Beamten anzustellen. Die folgende Zeit ist für die Organisation reich an Kämpfen, worunter als schwerste Belastungsprobe der Streik auf den Schiffszimmerern von 1913 zu rechnen ist. In diesem Jahre zählte der Verband 3795 Mitglieder.

Der Ausbruch des Krieges hat auch die Weiterentwicklung und Aktion dieser Organisation schwer gehemmt. Die Stilllegung einer Anzahl Blüschmüllereien im Binnenlande und die erste Zeitarbeit bei den Arbeitgebern beim Kriegsausbruch, die sich in Arbeiterentlassungen kundtat, hat auch bei den Schiffszimmerern im Binnenlande eine starke Arbeitslosigkeit im Anfang des Krieges im Gefolge. Neben 42 000 M. sind in den ersten neun Kriegsmonaten für diese Unterhaltungsbedürfnisse aufgewandt. Mindestens 1400 Mitglieder sind jetzt bereits zum Kriegsdienst eingezogen, von denen bis 1. Juni der Hauptverwaltung 41 = 2,9 Proz. der Eingezogenen als gefallen gemeldet sind. Die Mitgliederzahl ist auf 1895 zurückgegangen. — In schweren Kämpfen ist auch diese, eine der kleinsten unserer Zentralorganisationen der Arbeiter herangereift. Wünschen wir ihr an ihrem Jubiläumstage, daß sie auch ferner als Glied in der großen Kette der Arbeiterorganisationen ihren Platz ausfüllen möge zu Ruh und Frommen der Berufsangehörigen.

Keine Lohndrücker.

In der Zuckgrube im Waldenburger Kohlenrevier in Niederschlesien haben am Montag und Dienstag etwa 100 russische Schlepper die Einfahrt verweigert. Es handelt sich bei diesen Arbeitern um Leute, die nach der Ostwanderung Polens durch die Deutschen in der Volger Industrie keine Beschäftigung mehr fanden und durch Vermittlung der Militärbehörden Arbeit auf schlesischen Gruben erhielten. Die Russen verweigerten die Arbeit deshalb, weil ihnen angeblich 6 M. Lohn pro Schicht in Aussicht gestellt worden sind (der Dauerlohn beträgt im Waldenburger Revier noch nicht 5 M.) und sich bei den Lohnzahlungen herausstellte, daß dieser Lohn nicht erreicht wird. Die Russen hielten auf dem Grubenhof Besprechungen ab. Am Mittwoch früh sind alle Russen wieder eingefahren; die Grubendirektion hatte eine kleine Zulage bewilligt. Ueber die Höhe der Zulage ist nichts bekannt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Organisation in Braunschweig beschäftigte sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion während der Dauer des Krieges. Referenten waren die Genossen Bloß und Haase. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich mit den Ausführungen des Genossen Haase einverstanden erklärte.

Der Sozialdemokratische Verein für die Reichstagswahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land hielt am 16. Juni seine Jahresgeneralversammlung ab. Die Mitgliederzahl betrug am 31. März 1915: 7594 (6554 männliche und 1040 weibliche) gegen das Vorjahr ein Verlust von 1225 (1150 männlichen und 71 weiblichen). Darunter befinden sich allerdings zahlreiche Mitglieder, die schon im vorigen Jahre hätten gestrichen werden müssen. Von den 6554 männlichen Mitgliedern waren am 31. März über 3200, oder nahezu 50 Proz. einberufen. Die Zugehörigen sind nicht alle pflichttreu, zum Teil aber auch durch Ueberarbeit an der Parteiloyalität gehindert. Ein Versuch, öffentliche Frauenversammlungen während des Krieges abzuhalten, ist an mangelndem Interesse so gut wie gescheitert. Etwas besser war es mit den Mitgliederberatungen. Die Auseinandersetzungen über die Parteiloyalität während des Krieges sind in Köln, wie der Parteisekretär Runge in seinem Bericht feststellte, bisher sachlich geführt worden, obwohl sehr verschiedene Meinungen vorhanden sind. Die Gesamteinnahmen des Vereins sind von 50 500 M. im vorigen Jahre auf 39 200 M. im abgelaufenen Geschäftsjahre zurückgegangen. Verhältnismäßig günstig übersteht bisher die „Rheinische Zeitung“ den Krieg. Ihr Abonnentenstand war zu Beginn des Krieges rund 20 000, Ende März belief er sich auf 17 500 und ist auch seitdem, trotz der bedeutenden Einberufungen im Rheinland, nicht mehr gesunken. Unter den Abonnenten sind 1400 Feldpostbezieher. Besonders bedürftige Kriegerfrauen erhalten die Zeitung zum halben Preis (40 Pf.). Der Streifenverkauf, der im August vorigen Jahres rund 3000 täglich betrug, hat stark nachgelassen, wird aber noch fortgesetzt und hat zahlreiche dauernde Bezüge eingebracht. Die Abonnementsannahme sank von 168 800 M. im Vorjahre auf 152 000 im Berichtsjahre, die Inserateinnahme von 138 000 M. auf 98 000 M. Den gesamten Mindereinnahmen von 38 000 M. stehen 21 000 M. Ersparnisse gegenüber, so daß das Geschäft bisher so gut wie ohne Verlust arbeitet. Seit der Mobilmachung werden der „Rheinischen Zeitung“ Inserate und Druckaufträge der Stadt Köln gegen Bezahlung gewährt. — Die Versammlung nahm die Berichte entgegen, sah aber von einer Entlastung der Funktionäre (mit Ausnahme des Kassierers) bis nach dem Kriege ab. Es soll den Entscheidungen der eingezogenen Genossen nicht vorgegriffen werden.

Aus Industrie und Handel.

Das Regalrecht des Herzogs von Arenberg.

Die Nummer 24 des „Glückauf“, Organ für die bergbauischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, bringt eine Tabelle über die Vergewertungsbetriebe, die eine Reihe von Kohlenzonen im nördlichen Ruhrgebiet an den Herzog von Arenberg jährlich zu zahlen haben. Nicht weniger als 18 Vergewertungsbetriebe waren im Jahre 1914 dem Herzog tributpflichtig; es werden ihrer immer mehr werden, wenn die glänzende Entwicklung des Bergbaues im sogenannten Münsterlande wie bisher anhält. Im Jahre 1896 erhielt der Herzog von einem Grubenunternehmen, das ihm regalbezugs abgabepflichtig war, ganze 379 M.; im Jahre 1914 wurden ihm 1 850 406,18 M. gezahlt, vom preussischen Vergleichslohn, der auch regalpflichtig ist, allein 321 854,50 M. Die Steigerung der Abgaben seit 1904 zeigen die folgenden Zahlen:

1904	816 277,94 M.	1910	1 427 544,84 M.
1905	802 991,31	1911	1 462 977,30
1906	1 073 201,81	1912	1 602 265,27
1907	1 210 132,75	1913	2 085 567,97
1908	1 385 673,27	1914	1 850 406,18
1909	1 873 429,01		

Das sind in 11 Jahren nicht weniger als 15 120 466,65 M. arbeitsloses Einkommen.

Das Regalrecht ist ein im frühesten Mittelalter von Königen und Fürsten sich angemachtes Gewalt- und Hoheitsrecht. Könige und Fürsten waren es, die das Recht der ehemaligen Markgenossen in der Erde nach Erzen zu schürfen und bei Funden das Vergewertung gewisse Abgaben an Fremde oder Markgenossen zur Ausbeutung zu verleihen, brachen und an sich rissen. Nunmehr verleihen die Könige die Vergewertung und Vergewertungsbetriebe, nicht mehr

die ehemaligen Markgenossen. Die Könige erhoben die sich aus der Verleihung ergebenden Regalabgaben oder „Zehnten“. Das Recht, diese Regalabgaben zu erheben, verschafften sie wieder häufig an ihre Varteilgänger und Grundherren. Wer in Deutschland den römischen Kaisern wichtige Dienste geleistet hatte, erbob vielfach Ansprüche auf das Regalrecht oder es wurde ihm durch die kaiserliche Gewalt freiwillig verliehen, manchmal auf ewige Zeiten! So begründet auch der Herzog von Arenberg seine Ansprüche auf das von ihm ausgeübte Regalrecht. Kaiser Karl IV. soll seinen Ahnen im Jahre 1356 durch die „Goldene Bulle“ das Regalrecht verliehen haben; nach einer anderen Version übte das Haus Arenberg das Recht schon früher aus. Gemeinlich für das eine oder das andere dürfte die Familie schwerlich beibringen können, die erwähnte Bulle gibt keine Spezialisierung der Verleihung der Rechte, sondern spricht von Verleihung im allgemeinen. Aber selbst dann, wenn ein solches Recht im Mittelalter „rechtmäßig“ bestanden hätte, gehörte es in unsere Zeit ganz gewiß nicht mehr hinein.

Die Souveränität der Arenberge wurde durch die Napoleonische Flutwelle 1810 hinweggefegt, damit, so meinen wir, auch die Rechte, die sich aus der souveränen Regierung ergaben. Aber die reichs-unmittelbaren Fürsten und Herren haben es verstanden, sich von Pflichten, die sich z. B. aus dem Servituten, Heer- und Gerichtslohn ergaben, zu befreien, sich jedoch die Einkünfte, die sie als Regal- und Grundherren erhielten, zu sichern. Diesen Zustand nannte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ am 6. Juni 1910 geradezu Handelslöse! Mit Recht! Kaiser und Könige verstanden Regalrechte, die sie nie als Rechtsbesitz besaßen. Wir erinnern auch daran, daß ein Herzog von Arenberg seine sämtlichen Rechte aus dem Vergewertung in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen eine jährliche Rente von 1000 Talern auf den Staat übertragen wollte, der Staat lehnte ab. Das war zu einer Zeit, als der Bergbau sich allerdings auf das Münsterländische Gebiet noch nicht erstreckte. Heute heimlich die Arenberge durch das Regalrecht Millionen ein.

Der Staat spielt in der Frage der Regalien überhaupt eine wunderbare Rolle. Seine Stellung zu ihr ist die, daß er nach früherem teilweisen Verzicht als Selbstbesitzer an Regalrechten die ihm zukommenden Regalabgaben preiszog. Sie wurden anlässlich der Napoleonischen Steuerreform zwar nicht aufgehoben, wohl aber „außer Kraft gesetzt“. So hat sich der Zustand entwickelt, daß die reichs-unmittelbaren Magnaten nicht nur von den Erbothehaltenen Regalabgaben erheben, sondern auch vom Fiskus, dieser selbst aber hat auf diese bisher innegehabte Einnahmequelle verzichtet. Der westfälische Vergleich hat fast seinen ganzen Grubenfelderbesitz im Münsterland in dem Arenbergischen Regalbesitz zu liegen und zahlt dem Herzog heute (1914) schon 321 854,50 Mark.

Da es außer dem Herzog von Arenberg noch andere Regalherren in Westfalen und Oberhessen gibt, so wiederholt sich hier das unvernünftige Spiel, wenn auch nicht in dem Umfange wie mit dem Arenbergs. Der Staat zahlt, die reichsunmittelbaren, die vielfach selbst Grubenunternehmen betreiben, zahlen nichts, streichen aber außer Grubendividenden und sonstigen Einnahmen noch Millionen von Mark an Regalgeldern ein. Kein Wunder, wenn das Vermögen dieser Herren ins Riesenhafte wächst. Nach dem Martinischen „Jahrbuch für Millionäre“ soll z. B. das Vermögen des Herzogs Engelbert von Arenberg, Schloßherrn auf Nordkirchen, im Jahre 1912 68 Millionen Mark betragen haben, im Jahre 1895 „nur“ 28 bis 29 Millionen Mark, also in 16 Jahren eine Steigerung von 32 Millionen Mark!

Das ist das von Martin erfasste Vermögen. Sonst wird der Besitz des Herzogs im In- und Auslande auf mehrere Hundert Millionen Mark geschätzt. Das dürfte der Wahrheit näher kommen, als die Martinischen Angaben.

Es ist hohe Zeit, daß mit dem mittelalterlichen Regalrecht der Grundherren aufgeräumt wird. Gelegenheit dazu gibt die neue Steuerreform nach dem Kriege, die vor allen Dingen die arbeitslosen Einkommen, nicht nur die der Regalherren, heranziehen soll.

Kapitaländerungen bei Aktiengesellschaften.

In den Vierteljahrsberichten zur Statistik des Deutschen Reiches wird eine Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1914, getrennt nach den einzelnen Monaten, gegeben. Wir haben in nachstehender Tabelle die ersten 6 und die letzten 6 Monate zusammengezogen, und erhalten so ein Bild der Entwicklung, wie sie sich in den beiden Halbjahren, dem vor Beginn des Krieges liegenden und dem kriegerischen, abgepielt hat.

	Neugegründ. u. fort-		Aufgelöst u. ge-		Ueberfluß der-	
	Zahl	Nominalkap.	Zahl	Nominalkap.	ersteren	ersteren
1. Halbjahr 1914	64	213 809	63	308 887	+ 1	- 94 578
2. Halbjahr 1914	58	118 988	40	40 363	- 18	+ 72 620
Zusammen 1914	122	332 797	103	358 750	- 19	- 21 958
Dagegen 1913	175	219 046	110	175 276	- 65	+ 41 535
1912	182	244 756	101	91 788	- 81	+ 154 540

Was zunächst das ganze Jahr 1914 anbelangt, so sehen wir, daß es in seinen Schlagresultaten bedeutend ungünstiger ist als seine beiden Vorgänger. Wenn auch die Zahl der Aktiengesellschaften um 19 stieg, so verringerte sich doch das Nominalkapital sämtlicher Gesellschaften um 23 000 Millionen. Dagegen hatte das Vorjahr einen Zuwachs um 41 500 Millionen und das Jahr 1912 einen solchen um 155 000 Millionen gebracht. Während das erste Halbjahr 1914 einen Minderetrag von 95 000 Millionen ergibt, bringt das Kriegshalbjahr sogar einen Mehrertrag von 73 000 Millionen. Die ungünstige Gestaltung im ersten Halbjahr ist eine Folge der Krise, die ja bereits im Jahre vorher einsetzte und hier eine auf fallende Minderentwicklung gegenüber 1912 zeitigte. Wenn dann das zweite Halbjahr 1914 ein so wesentlich günstigeres Resultat ergab, so geht gleichfalls aus den oben wiedergegebenen Ziffern hervor, daß daran nicht die Zunahme der Neugründungen, sondern der Rückgang der Aufösungen Schuld ist. Dieser Rückgang ist eine Folge der Maßnahmen der Staatsregierung, die seit Kriegsbeginn jede nicht ganz gesunde Gründung in Zwangsverwaltung nimmt.

Tauschgeschäfte im Kriege.

Ein sonderbares Tauschgeschäft (wie es ähnlich jetzt von allen Staaten gemacht wird) haben die Schweiz und die italienische Regierung, wie die „Deutsche Fleischzeitung“ meldet, abgeschlossen. Italien gestattet, daß 1200 Schweine monatlich nach der Schweiz eingeführt werden, davon 500 für den Kanton Tessin. Diese 500 werden jedoch nur abgegeben, wenn die Schweiz dafür altes Eisen an Italien liefert, und so sind denn auch jetzt 70 Waggon mit altem Eisen nach Italien geschickt worden. Die Schweine sind freilich noch nicht gekommen.

Englische Finanzsorgen.

London, 18. Juni. „Daily Telegraph“ schreibt in einem Zeitungsartikel: Es ist keineswegs Ueberfluß an Bargeld vorhanden, wie der niedrige Zinsfuß annehmen läßt. Geld muß sehr bald teurer werden, wenn nicht der Geldvorrat, von dem unser Kredit abhängt, in gefährlicher Weise erschöpft werden soll. Die größte Schwierigkeit liegt in der Bezahlung unserer Einfuhr. Diese wird mit jedem Tage ungewisser, bis wir sie werden mit Gold bezahlen müssen. Solange das Geld hier nur 3 Prozent wert ist, wird Amerika keine Wertpapiere an Stelle der Bezahlung annehmen. Das Blatt empfiehlt die sofortige Ausgabe einer großen Anleihe. In einem Artikel des „Manchester Guardian“ wird eine Zwangsanleihe bei allen Bevölkerungsklassen anstatt einer neuen Kriegsanleihe empfohlen. Um das Defizit zu decken, müßten 12 Proz. des Gesamteinkommens der Nation erhoben werden.

„Daily Mail“ erklärt in einem Leitartikel, das Defizit könne weder durch Anleihen noch durch Besteuerung gedeckt werden. Der einzige Ausweg sei die angestrengteste Steigerung der wirtschaftlichen Produktion und die Verringerung aller unnützen Ausgaben des Staates, der Stadtverwaltungen und der einzelnen Haushalte.

*) Es handelt sich um Fortsetzung aufgelöster Gesellschaften.

Englands Wirtschaftslage und Kriegsführung.

Uns wird geschrieben:
Es ist ohne weiteres klar, daß wir bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage unserer Gegner äußerst vorsichtig sein müssen. Lieberbringen und vorzeitige Schlusfolgerungen sind hier ebenso wenig angebracht wie bei irgendwelchen anderen mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen. Um so wichtiger aber ist es, wenn wir aus den Darlegungen unserer Feinde selbst die Wahrheit über ihre wirtschaftliche Lage erfahren können.

Als seit dem Beginn der letzten Maiwoche die Weizenpreise in England sich nach einer Zeit langer Anspannung wieder etwas senkten, war anzunehmen, daß man in England erleichtert aufatmen würde. Dies scheint aber nach dem „Economist“ vom 5. Juni nicht der Fall gewesen zu sein. Es zeigt sich dort, daß der Rückgang der Getreidepreise zu Ende Mai reichlich aufgezwungen worden ist durch das Steigen der Fleischpreise, so daß die Index-Zahlen für Getreide und Fleisch von 847 im April auf 898 im Mai steigen konnte (Basis im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1905 = 500). Dazu macht der „Economist“ an Hand ihm zugegangener sachverständiger Äußerungen die Bemerkung, daß die Menge Weizen, die in der zweiten Hälfte Mai nach dem Kontinent und außereuropäischen Staaten verschifft worden sei, fast doppelt so groß sei als die Menge, die nach dem Vereinigten Königreich verschifft worden wäre, „so daß wenig Aussicht für ein befriedigendes Anwachsen der Bestände des Vereinigten Königreiches in naher Zukunft vorhanden sei“. Auf dem Fleischmarkt läßt es böse aus, und die Knappheit der Zufuhren sei die Hauptursache für die Preissteigerung, aber auch der Mangel an Futtermitteln habe zu der Preissteigerung beigetragen. Während auf der einen Seite eine „enorme Nachfrage für die Armee“ bestünde, und zwar sowohl „daheim wie in Frankreich“, bestünde andererseits eine außerordentliche Knappheit an Tonnage für die Zufuhr von gestorenem Fleisch. „Die Situation“, so schreibt der „Economist“, „verursacht viel Elend bei den Armen und viele der kleinen Schlächterläden haben sich geschlossen, ihre Geschäfte zu schließen oder dieselben nur dreimal in der Woche aufzumachen“.

Die Lage des industriellen Marktes zeigt nach dem „Economist“ ebenfalls keine erfreulichen Symptome. So heißt es über die Gebiete der Textilindustrie: „Die gegenwärtige Lage der Industriellen ist keineswegs beneidenswert und Aufträge werden in den meisten Zweigen des Handels dringender benötigt“. Ueber den Holzmarkt berichtet eine Firma: „Während des Monats Mai ging das Geschäft zurück, infolge der geringen Vorräte. Während dieser Zeit wurde der Markt außerordentlich befestigt, haben die Händler nicht nur durch das Nachlassen des Geschäftsumfanges gelitten, sondern auch durch die außergewöhnlichen Verhältnisse der noch nie dagewesenen hohen Frachttarifen und die enormen Schwierigkeiten einen einigermaßen sicheren Schiffsraum immerhalb eines vernünftigen Termins zu erhalten.“ Das Steigen der Versicherungsraten, die Ueberfüllung der Häfen, die Erhöhung der Raten für die Besatzung und andere Umstände spielen hierbei eine besondere Rolle. Die schlechte Geschäftslage, vor allem aber die schlechte Lage des Außenhandels, ist von dem „Economist“ schon seit längerer Zeit mit Besorgnis erörtert worden. Auch in dieser Nummer hebt er wieder hervor, daß der Ueberschuß des Wertes der englischen Einfuhr über den Wert der englischen Ausfuhr von 110 Millionen Pfund in der Zeit vom August 1913 bis April 1914 auf 237 Millionen Pfund in der Zeit vom August 1914 bis April 1915 gestiegen sei. Während der Wert der Einfuhr, wenn man jene beiden Zeiträume miteinander vergleicht, annähernd der gleiche geblieben ist, hat Großbritannien für die eingeführten Produkte, besonders für Rohstoffe, viel höhere Preise bezahlen müssen. Auf der anderen Seite ist die Ausfuhr von 394 000 000 Pfund in dem ersten genannten Zeitraum auf 247 000 000 Pfund im Kriegsjahr zurückgegangen. Welche Bedeutung aber haben diese rückläufigen Ziffern? Der „Economist“ argumentiert folgendermaßen: „Man kann nicht drei große militärische Nationen mit Geld und Mitteln ausstatten und gleichzeitig eine ebenso große britische Armee erhalten und in das Feld schicken.“ Entweder man müsse die Engländer im Lande behalten, den Export wieder heben und könne dann mit den wieder steigenden Einnahmen auch den verbündeten Mächten finanziell helfen. Oder aber man müsse die eigene Armee ins Feld schicken, dann dürfe man aber nicht erwarten, durch die wirtschaftliche Blüte des Landes, insbesondere durch die Ausfuhr nach wie vor große Geldmittel zu erhalten, mit denen man die Verbündeten unterstützen könne. Mit anderen Worten, nur das eine oder andere sei möglich; entweder man gebe den Verbündeten Geld oder man gebe ihnen Männer. „Wenn die Regierung durch den Abschluß“, so fährt der „Economist“ fort, „die Verbündeten zu benachrichtigen sich entschloß, daß sie sich selbst finanzieren, ausrüsten und ihre eigenen Armeen ohne unsere Hilfe erhalten müssen und daß wir die unseren erhalten, dann, natürlich, ist es für uns und möglich, unsere Feldarmeen noch beträchtlich zu verstärken. Aber auch eine Nation von 46 Millionen Einwohnern hat einen beschränkten Reichtum, und wenn diese Grenzen überschritten sind, so gibt es ein Naturgesetz, welches dieser Koalitionsregierung in wenigen Wochen die Nichtigkeit unseres Argumentes nachweisen wird. Es handelt sich um ein Argument, welches wir nicht an die Masse des Volkes richten, weil diese es nicht verstehen kann. Aber es sollte genügend verständige Leute unter unseren führenden Geschäftsmännern und unter unseren führenden Politikern geben, die es verstehen können.“ An Hand der oben geschilderten mißlichen Verhältnisse der englischen Handelsbilanz erklärt dann der „Economist“ weiter: „Jeder Mann, der von Verwerfen und Fahrlassen des Landes der Armee überdieses wird, steigert den Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr und erschwert die Schwierigkeiten der Reichsfinanzen.“ Der „Economist“ übersieht freilich, daß ein großer Teil des Exportrückganges darauf zurückzuführen ist, daß der Absatz Englands auf dem Weltmarkt in dem Maße leidet, wie England keine Exportwaren infolge der Vertreibung der eingeführten Rohmaterialien und der Erhöhung der Löhne nur zu weit höheren Preisen als im Frieden anbieten kann.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 262 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Infanterie usw.: Garde: 1., 3. und 5. Garde-Regiment a. F.; 1. Garde-Reserve-Regiment; Grenadier-Regiment Franz, Elisabeth und Augusta; Garde-Füsilier-Regiment. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4 (f. Erf.-Inf.-Regt. Jacobi), 5, 9 bis einschl. 13, 15, 16, 17, 21 (f. Erf.-Inf.-Regt. Keller), 22, 23, 25, 28, 30, 31, 32, 34, 35, 45, 50 (f. Erf.-Inf.-Regt. Keller), 51, 53, 54, 55, 57,

58 (f. Def.-Regt. Nr. 3 Posen), 59, 63, 65, 66, 69, 70, 75 bis einschl. 79, 80 (f. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 65), 81, 83, 84, 85, 87, 90, 92, 94, 95, 97, 98, 99, 111, 114, 117, 118, 128, 144, 146, 149, 150, 151, 154 (f. Def.-Regt. Nr. 3 Posen), 155 (f. Erf.-Inf.-Regt. Keller), 156 bis einschl. 160, 163, 169, 171, 172, 175, 184, 186. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 5 (f. Erf.-Inf.-Regt. Keller), 7 (f. auch Erf.-Inf.-Regt. Keller), 12, 19, 20, 21 (f. auch Erf.-Inf.-Regt. Keller), 25, 27, 28, 29, 30, 32, 34, 35, 48, 49 (f. auch Erf.-Inf.-Regt. Keller), 51, 52, 56, 61, 64, 65, 66, 72, 75, 76, 81, 84, 86, 91, 93, 99, 110, 201, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 220, 222, 227, 228, 229, 231, 233, 260, 267, 269, 270, 271. Erf.-Infanterie-Regimenter Nr. 29, Jacobi und Keller. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1 (f. Regiment v. Kurnatowski), 3, 8 (f. auch Erf.-Inf.-Regt. Keller), 10 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 9), 12 (f. Erf.-Inf.-Regt. Keller), 13, 15, 16, 17, 19 (f. Regt. v. Kurnatowski), 22, 23, 24, 27, 30, 31, 61, 66, 74, 75, 76, 80, 81, 99, 109, 118 und v. Sundlach. Landwehr-Erf.-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 2, 7, 9. Besatzungs-Regiment Nr. 3 Posen. Regiment v. Kurnatowski. Kombiniertes Erf.-Bataillon der Infanterie-Regimenter Nr. 23 und 63 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 7). Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 3 des 4. Armeekorps (f. Landw.-Inf.-Regt. v. Sundlach), Nr. 5 des 4. Armeekorps (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 17). Brigade-Erf.-Bataillone Nr. 10, 13, 14, 25, 28, 40, 42, 82 (f. Erf.-Inf.-Regt. Nr. 29). Landwehr-Brigade-Erf.-Bataillone Nr. 14 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 2), 25 und 27 (letzte beiden f. Landw.-Erf.-Inf.-Regt. Nr. 1). Landsturm-Infanterie-Bataillone I Bistritz, III Darmstadt, II Deutsch-Schwarz, I Jüterburg. I Karlsruhe, III Königsberg, Landsberg a. W., II Löben, Marienwerder (f. Regt. v. Kurnatowski), IV Münster, Neusalz a. O., III Posen. 3. Rastatt, Rastenburg (f. auch Regt. v. Kurnatowski), I Saarbrücken (f. Regt. v. Kurnatowski), Schneidemühl, Bataillon Graf von Sagen (f. Regt. v. Kurnatowski). Landsturm-Infanterie-Erf.-Bataillone Gardschhof und 7. des 7. Armeekorps Münster. Jäger-Bataillone Nr. 1, 2, 5; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 15, 18, 23. 1. Radfahrer-Kompagnie der Truppen-Abteilung Eifel, Radfahrer-Kompagnie Königberg i. Pr. (f. Regt. v. Kurnatowski) und 1. Radfahrer-Kompagnie Aulm. Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1; Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 5 und 7; Reserve-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 5; Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 6 Köln (f. Inf.-Regt. Nr. 156); Maschinengewehr-Abteilungen Leichter und Reicher (f. Regt. v. Kurnatowski); Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 13 Posen; Festungs-Maschinengewehr-Trupp Nr. 20 des 16. Armeekorps; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 84 (f. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 84), 120 (f. Inf.-Regt. Nr. 79); Maschinengewehr-Zug Nr. 144 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 27).

Kavallerie: 1. Garde-Draboner; 2. Garde-Planken; Kürassiere Nr. 2, 3, 5; Draboner Nr. 15, 19; Reserve-Draboner Nr. 8; Husaren Nr. 1; Planken Nr. 2 (f. Kürassiere Nr. 5), 9, 11; Reserve-Planken Nr. 2; Erf.-Regiment des 6. und 1. Landwehr-Eskadron des 7. Armeekorps.
Feldartillerie: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 10, 24, 34, 39, 50, 60, 69, 111, 201; Reserve-Regiment Nr. 3, 7, 20, 47, 64; Ueberplanmäßige 2. Landwehr-Batterie des 11. Armeekorps.
Fußartillerie: Regiment Nr. 2, 3, 4, 10, 14; Reserve-Regiment Nr. 11 und Regiment des 27. Reservekorps; Reserve-Bataillon Nr. 40; Schwere Feld-Haubitz-Batterie Nr. 225 des 5. Reservekorps; Mörser-Batterie Nr. 201 des 27. Reservekorps. Marine-Batterie Eple (f. Fußart.-Regt. Nr. 2).
Pioniere: I. Garde-Bataillon; Regiment Nr. 23 (f. Regt. v. Kurnatowski), 24, 25; Bataillone: I. Nr. 7, I. Nr. 9, I. und II. Nr. 11, I. Nr. 15, I. Nr. 16, I. Nr. 21, I. Nr. 28; Versuchs-Kompagnie; Kompagnien Nr. 225, 229; 2. Landwehr-Kompagnie des 7. Armeekorps. Minenwerfer-Abteilung des 7. Armeekorps; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 130; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 47.
Verkehrstruppen: Eisenbahn-Magazin-Arbeiter-Kompagnie Nr. 23 des 10. Armeekorps. Etappen-Telegraphen-Abteilung der 8. Armee. Fernsprech-Abteilung des 8. und des 16. Armeekorps sowie solche des 24. Reservekorps. Erf.-Fernsprech Nr. 6 der 4. Landwehr-Division. Schwere Funkenstation Nr. 12. Feldluftschiffer- und Helffliegertruppe. Kavallerie-Kraftwagenkolonne Nr. 32. Etappen-Kraftwagenpark Nr. 7. Kaiserl. Preuss. Automobilkorps.
Train: Train-Abteilungen Nr. 3 und 8; Divisions-Bräutrain Nr. 17 des 9. Armeekorps. Schwere Proviantkolonne Nr. 2 des 2. Armeekorps. Fuhrparkkolonne Nr. 5 des 18. Armeekorps. Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 2 des 1. Armeekorps. Feldbäckereikolonne Nr. 1 des 11. Armeekorps.
Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 4 des Garde-Reservekorps, Nr. 2 des 17. Armeekorps; Landwehr-Artillerie-Munitionskolonnen der 1. Landwehr-Division.
Sanitätsformationen: Sanitäts-Kompagnien Nr. 1 der 3. Garde-Infanterie-Division und Nr. 1 des 1. Armeekorps.
Armierungs-Bataillone.
Kriegsbelebungsämter.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 192 bringt Verluste der Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 4, 10, 21; 1. Reserve-Division; Reserve-Kavallerie-Regiment Nr. 1; Reserve-Fußartillerie-Regiment Nr. 3; 1. Pionier-Bataillon München; Verletzungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste Nr. 150 enthält Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 104, 106, 107, 133, 179, 182; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 102, 108, 133, 242; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 101, 104; Erf.-Infanterie-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Erf.-Infanterie-Regiment Nr. 9; Landwehr-Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 48; Landwehr-Erf.-Regiment Nr. 5; Landwehr-Brigade-Erf.-Bataillon Nr. 47; Erf.-Bataillone: Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 101, Erf.-Infanterie-Regiment Nr. 6, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 102; Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 26; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 71, 99, 101; Ueberplanmäßige Etappen-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 3, 19. Armeekorps.
Die Verlustliste Nr. 35 der Kaiserlichen Marine wird veröffentlicht.

Soziales.

Kriegswohlfahrtspflege.

Bis zum 1. Juni d. J. sind von den Landesversicherungsanstalten für Kriegswohlfahrtspflege gemäß § 1274 der Reichsversicherungsordnung rund 13 Millionen Mark gezahlt worden. 56 Millionen Mark wurden als Wohlfahrtsdarlehen an Kreise, Gemeinden usw. ausgegeben. In den Kriegsanleihen haben sich die Versicherungsträger mit rund 290 Millionen Mark beteiligt.

Die in der vorjährigen Augustkonferenz im Reichsversicherungsamt für Kriegswohlfahrtsausgaben gemäß § 1274 der Reichsversicherungsordnung gezogenen Grenzen, nämlich 5 vom Hundert des über 2 Milliarden Mark betragenden Vermögens der Versicherungsträger, also etwa 100 Millionen Mark als zulässiger Höchstbetrag, gewähren den Versicherungsträgern ausreichenden Spielraum, um noch weiteren Anforderungen der Kriegswohlfahrtspflege zu entsprechen. Insbesondere kommt eine Erhöhung der Beiträge wegen Ver-

ausgabung dieser 100 Millionen Mark unter keinen Umständen in Betracht. Zudem hat die Erfahrung längst gelehrt, daß Ausgaben für eine planmäßige Schadenverbütung, und um solche handelt es sich auch bei der Kriegswohlfahrtspflege, im Rahmen des § 1274 der Reichsversicherungsordnung, verbundene sind, die durch Verringerung der Lasten, insbesondere der schadenausgleichenden Rentengewähr reichlich wieder eingekauft werden.

Eine Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsämter, Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten, die gestern im Reichsversicherungsamt unter Vorsitz seines Präsidenten Dr. Kaufmann tagte, einigte sich dahin, daß die Landesversicherungsanstalten sich mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge weitgehend befassen wollen, daß aber hierdurch die Tätigkeit der anderen Beteiligten (Reich, Bundesstaaten, Provinzen, Gemeinden) nur ergänzt und verstärkt werden soll. Es wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die deutschen Landesversicherungsanstalten erklären wiederholt ihre Bereitschaft auf der Konferenz in Erfurt am 9. April 1915 einstimmig zum Ausdruck gebrachte Bereitwilligkeit, sich an der Kriegsbeschädigtenfürsorge in größtmöglichem Umfang zu beteiligen, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der ärztlichen Fürsorge (Heilverfahren), sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete (Berufberatung, Berufsumschulung, Arbeitsvermittlung usw.).“

Die für die Zwecke der Kriegsbeschädigtenfürsorge aufzuwendenden Mittel müssen sich einschließlich aller für sonstige Kriegszwecke bereits verausgabten oder noch zu verausgabenden Beträge innerhalb der auf der Konferenz in Berlin am 31. August 1914 mit dem Reichsversicherungsamt vereinbarten Höchstgrenze von 5 Proz. des Buchwerts des Gesamtvermögens der einzelnen Versicherungsanstalten am 31. Dezember 1913 halten.

Auch ist darauf zu achten, daß die Aufwendungen für die Kriegsbeschädigtenfürsorge bei jeder einzelnen Versicherungsanstalt in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem eigenen Vermögen, ihren bisherigen Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege und den Leistungen der in erster Linie hierzu berufenen Stellen (Reich, Staat, preussische Provinzialverbände, Gemeindevverbände) stehen. Es ist ferner erwünscht, daß unter Beobachtung dieses Grundsatzes die Leistungen namentlich benachbarter Versicherungsanstalten möglichst gleichartig und gleichmäßig bemessen werden.

Endlich erklären sich die deutschen Landesversicherungsanstalten bereit, den durch den Krieg unmittelbar betroffenen Anstalten, Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, auf Anfordern die zur Fortführung ihrer Aufgaben einschließlich des Heilverfahrens und der wirtschaftlichen Fürsorge für die Kriegsbeschädigten erforderlichen Geldbeträge zu einem Zinsfuß von 3½ Proz. darlehensweise vorzutreten. Ferner erklären sie sich zur Einräumung von Schenkungen oder unverzinslichen Darlehen an jene Versicherungsanstalten bereit, unter Bedingungen und Grenzen, die bei Zugrundelegung der Vermögenslage mit dem Reichsversicherungsamt vereinbart werden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurden folgende Leitsätze gebilligt:

1. Die großen Opfer des Krieges legen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung mehr als je die Aufgabe nahe, für die Erhaltung der Volkskraft einzutreten.

2. Insbesondere bedarf die Jugend, deren gesundheitliche Entwicklung durch Kriegsnöte und ungünstige Lebensbedingungen, oft auch durch vorzeitigen Verlust des Ernährers gefährdet ist, einer gesteigerten Fürsorge der Versicherungsanstalten.

Sinnfälligkeit der Anteilnahme der Versicherungsanstalten an der planvollen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (Punkt 3 der Tagesordnung) war die Versammlung darüber einig, daß die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, die mit so großem Erfolg in den Kampf gegen andere Volksleiden eingegriffen haben, sowohl während der Dauer des Krieges als nach dem Friedensschluß alle Bestrebungen der Militärverwaltung wirksam unterstützen wollen, die der Gefahr einer weiteren Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten entgegenzutreten geeignet sind.

Darauf wurde noch über einige andere, die Kriegswohlfahrtspflege der Landesversicherungsanstalten betreffenden Angelegenheiten Beschluß gefaßt.

Der Krieg — ein unverjährbares Unglück.

Die Auffassung der deutschen Kaufmannsgerichte, ob der Krieg als unverjährbares Unglück anzusehen sei, war bisher eine geteilte; einzelne Kaufmannsgerichte billigten dem einberufenen Handelsgesellschafter das Gehalt für sechs Wochen nach Austritt auf Grund des § 63 des Handelsgesetzbuchs zu, andere verlagten es ihm. Die erstere Auffassung hat jetzt die Bestätigung durch das Berliner Landgericht gefunden. Die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts hatte einem verheirateten Angestellten, der als Landsturmmann eingezogen wurde, das Gehalt für sechs Wochen zugewilligt, gegen welche Entscheidung die verurteilte Firma Berufung einlegte. Sie wies dabei besonders darauf hin, daß ja auch in Friedenszeiten der Angestellte zu militärischen Übungen herangezogen werde; in diesen Fällen sei aber den Gehältern gerade bei Übungen von längerer Dauer niemals Gehalt für die Dauer des Fernbleibens zugespochen worden.

Das Berliner Landgericht I kam trotz dieser Einwände zur Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils. Es unterlegte keinen Bedenken, so heißt es in der Begründung, den § 63 des Handelsgesetzbuchs auch für den Fall der Einberufung zum Kriegsdienst anzuwenden. Es gehe nicht an, diese Einberufung wie eine einfache militärische Friedensübung zu behandeln. Mag auch der Krieg an sich nicht als ein Unglück zu bezeichnen sein, so ist er doch in seiner wirtschaftlichen Bedeutung einem Unglück völlig gleichwertig, wenn, wie im vorliegenden Falle, der Einberufene eine Frau zurückläßt und eine gutbezahlte Stellung bisher inne hatte. Verulben doch die gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete, daß dem Angestellten vom Prinzipal über die ersten schweren Wochen hinweggeholfen werden soll, bis andere Hilfsmittel, z. B. die gesetzliche Kriegunterstützung in Kraft tritt.

Berichtszeitung.

Der „Schiebetanz“ auf der Straße.

Eine nächtliche Szene beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Tempelhof unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Keller. — Die ursprünglich auf Landfriedensbruch und Aufruhr lautende Anklage, die später in Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung gemildert worden war, richtete sich gegen die Arbeiter Emil G., Alfred St. und Paul R., den Hilfsmonteur Willi R., den Dreher Georg Sch. und den Kechern Willi St. Die aus der Untersuchungshaft vorgeführten jugendlichen Angeklagten, veranlaßten eines Nachts im Februar auf der Straße einen Tanz, Lastenmann, eins aufzupfeilen, wozu sie mit mehreren Mädchen sog. Schiebetanz und Wadeltänze ausführten. Diese Szene wurde durch das Hinzukommen des Schuttmanns Wapfisch gestört, der in jener Nacht den Dienst eines Kriminalbeamten versah.

Wirklichkeit trag. Als er dem Drehorgelspieler das Musikieren verbot, wurde er von den jungen Leuten umringt und angegriffen. — Der Gericht machten die den Angeklagten als Offizialverteidiger gestellten Rechtsanwältin geltend, daß diese Ausföhrung in dieser ersten Zeit zwar besonders bedauerlich sei, daß die Angeklagten der irrigen Meinung gewesen seien, es handele sich um einen falschen Kriminalbeamten, da sich der Beamte nicht legitimiert hatte. Das Gericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt und schied demgemäß das Vergehen des Widerstands gegen die Staatsgewalt aus. Die Angeklagten wurden mit Ausnahme von A., der mangels Beweises freigesprochen wurde, wegen Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von 2—4 Monaten verurteilt und sofort aus der Haft entlassen.

Ein Betrug gegen die Krankenkasse wurde gestern von der 3. Strafkammer des Landgerichts I mit Gefängnisstrafen geahndet. Angeklagt war der Tischler A. und die Frau U. wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung. — Der Angeklagte A. wurde vor einiger Zeit in ein hiesiges Krankenhaus aufgenommen. Auf seine Veranlassung hin erschien eines Tages die jehige Mitangeklagte U., mit der er in wieder Ehe lebte, in dem Bureau der Krankenkasse und gab sich als „Chefrau“ aus. Hierdurch wurde herbeigeföhrt, daß die Kasse an die angebliche Ehefrau das Krankengeld zahlte. Außerdem erhielt sie auch noch die sog. Erwerbslosenunterstützung, wobei sie sich ebenfalls als Frau U. ausgab. In den einzelnen Fällen unterschrieb sie die Quittungen mit dem Namen Frau U. — Die Fälschung kam zur Entdeckung und die Folge war die vorliegende Anklage. Das Gericht brachte zum Ausdruck, daß derartige Schwindelereien gegen Unterstützungs- oder ähnliche Institute mit aller Schärfe des Gesetzes geahndet werden müssen. Das Urteil lautete deshalb gegen A. auf 6 Monate und gegen die U. auf 4 Monate Gefängnis.

Zum Verbot von Zahlungen an England.

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, die sicher noch dem Reichsgericht unterbreitet werden wird, beschäftigte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I. Nach § 1 der Bundesratsverordnung vom 30. September 1914 ist es verboten, Zahlungen nach Großbritannien oder den britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen mittelbar oder unmittelbar in bar, in Wechsel oder Schecks oder in sonstiger Weise zu leisten, sowie Geld oder Wertpapiere mittelbar oder unmittelbar nach den bezeichneten Gebieten abzuführen oder zu überweisen. Gegen diese Bestimmung soll der Kaufmann Georg E. verstoßen haben. Der Angeklagte ist Mitinhaber einer seit 5 Jahren in Punta Arenas in Chile tätigen kaufmännischen Firma. Diese betreibt ein großes Warenhaus und lauft ihre Waren aus Deutschland, Oesterreich, Frankreich und England ein. Der Angeklagte lebt zumeist in Berlin und beforcht von hier aus die Einkäufe für die chilenische Firma. Als infolge des Krieges Waren aus Deutschland und Oesterreich nicht mehr bezogen werden konnten, bestellte die Firma einen großen Posten Waren bei der großen Firma Reynolds in London. Letztere aber machte die Ausführung der neuen Bestellung von der Zahlung eines noch offenstehenden Schuldbetrages von 1000 Pfund Sterling

abhängig. Infolge dessen fehlte der Angeklagte ein kurzes Telegramm an seine chilenische Firma des Inhalts: „Die 20000 M. abschießen, sonst verweigert Reynolds Ausführung.“ Weil von hier aus während des Krieges eine Depesche nach Chile nicht durchgeht, richtete der Angeklagte sie zunächst an eine Mittelsperson in Amsterdam. Die Depesche ist aber von der Zensur nicht freigelassen worden, sie hat vielmehr die vorliegende Anklage veranlaßt. — Der Angeklagte bestritt sich strafbar gemacht zu haben, da es sich doch hier um eine in Chile ansässige Firma handele, der unmöglich verweigert werden könne, ihre in Chile kontrahierte Schuld an die englische Firma abzutragen. — Staatsanw. Dr. Weismann hielt den Angeklagten für schuldig. Der Sinn der Verordnung vom 30. September gehe zweifellos dahin, daß von Deutschland aus unter keinen Umständen zur Erhöhung des englischen Nationalvermögens beigetragen werden darf. Der Standpunkt der Staatsanwaltschaft sei dahin festzuhalten: „Das Zahlungsverbot gegen England gilt, abgesehen von der in der Verordnung enthaltenen Beschränkung, für das Gebiet des Deutschen Reiches uneingeschränkt und erstreckt sich daher auf die Verfügung aller im Gebiete des Deutschen Reiches sich aufhaltenden Personen und die zu ihrer Verfügung stehenden Zahlungsmittel und eine Zuwiderhandlung gegen § 1 des Verbots liegt daher auch dann vor, wenn im Auslande befindliches Vermögen selbst einer im Auslande ansässigen Firma, ja selbst einer Ausländerin gehörigen Firma von Deutschland aus überwiesen wird.“ Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 20 M. — Geh. Justizrat Rechtsanwalt Friedmann belämpfte diese Rechtsauffassung aus den verschiedensten rechtlichen Gesichtspunkten als durchaus irrig. Es handele sich hier um eine zum ersten Male zu entscheidende schwierige Rechtsfrage, die selbst von Professoren der juristischen Fakultät, mit denen darüber gesprochen wurde, als sehr zweifelhaft erklärt worden sei und anscheinend dem Oberkommando selbst zweifelhaft erscheine. — Hier handele es sich um eine Rechtspflicht, die eine ausländische Firma gegen eine in England domizilierte Firma erfüllen wollte. Der deutsche Gesetzgeber könne nicht in die rechtlichen Beziehungen zwischen anderen Staaten eingreifen und bezüglich der Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen den Angehörigen zweier fremder Länder irgend ein Gebots- oder Verbots-Recht haben. Hier liege auch gar keine „Nebenerfüllung“ im Sinne der Verordnung vor, sondern die einfache Aufforderung an einen dritten, seine Schulden zu bezahlen. Bei dem Verbot handele es sich ausschließlich um Zahlung deutscher Schuldner an England. Das gehe aus § 3 der Verordnung hervor, der die Befreiung von der Verpflichtung durch Hinterlegung bei der Reichsbank für zulässig erkläre. Daß die Reichsbank aber nicht von Schuldnern anderer Länder eine Hinterlegung entgegennehme und daß eine solche Hinterlegung einen ausländischen Schuldner nicht befreien könne, liege auf der Hand. Die Auffassung des Staatsanwalts würde dem in Frage kommenden Gesetz vom 30. September 1914 einen Inhalt geben, der direkt zu diplomatischen Verwickelungen führen könnte. Dieser Fall solle, dem Vernehmen nach, auch schon Anlaß gegeben haben, daß sich der chilenische Gesandte mit dem auswärtigen Amte in Verbindung gesetzt habe, um die Frage zu klären, wie man glaube verhindern zu dürfen, daß eine chilenische

Firma an England Geld zahle. — Der Gerichtshof schloß sich jedoch im wesentlichen den Ausführungen des Staatsanwalts an, berücksichtigte, daß es sich hier auch um das eigene Geld des Angeklagten in seiner Eigenschaft als Mitinhaber der Firma handelte und nahm an, daß hier nicht eine bloße Vorbereitungshandlung in Frage stehe, sondern ein Anfang der Ausführung bereits vorliegt. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um die Zahlung einer recht hohen Summe handelte, erkannte der Gerichtshof auf 100 M. Geldstrafe evtl. 10 Tage Gefängnis. — Die angeführte Frage wird nun dem Reichsgericht unterbreitet werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stubenkr. 3. IV. Hof rechts, portfrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Suchzettel und eine Zahl als Westzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Wortbeitr. 70. Die Kündigung besteht zu Recht. — **G. S. 11.** Da Sie 1914 aus der Landesliste ausgetreten sind, müssen Sie noch für das Jahr 1915 Kirchensteuer zahlen. — **M. 26. 22.** Sie sind freigebermündig. — **M. 21.** Wegen Lungen- und Herzerkrankung zurückgestellt. — **M. S. 100. 1.** Das erste Zeichen bedeutet: weacer Herakrantheit zurückgestellt; das zweite Zeichen kennen wir nicht. 2. Die Kritik ist für die Kündigung zuständig. Unterschreiben Sie zur Voricht beide die Kündigung. — **G. S. 9.** Die Kündigung kann erfolgen. Sie müßten zu dem angelegten Termin kommen. Wegen der gefändeltesten Hypothek könnten Sie sich an das zuständige Amtsgericht um einen Vergleichstermin wenden. — **S. C. S. 71.** Eine Nachmilderung kann durch persönliche Stellungsbefehle erfolgen. — **M. C. 100.** Sie können dafür einen angemessenen Betrag von der Miete abziehen. Bis zu 50 Prozent. — **B. 24.** Die Auskunft in der Budgetkommission bezog sich auf Vermundete, die nicht mehr im Lazarett, sondern zu ihrer Familie beurlaubt waren. So lange Sie im Lazarett sind, müssen Sie mit der Lazarettkennung vorlieb nehmen. In all den anderen Fragen können wir nichts tun, da uns durch die Zensurvorschriften die Hände gebunden sind. — **Überbr. 76.** 1. Die Verordnung über die Wohnpändung ist schon in Kraft getreten. 2. Die Vereinbarung, wonach Sie 5 M. wöchentlich abzahlen müssen, bleibt davon unberührt. Sie müssen die Vereinbarung einhalten. — **S. G.** Sie unterliegen nicht der Meldepflicht durch den Ankauf, nur wenn Sie persönliche Stellungsbefehle bekommen. — **R. 49.** Geringes Herzleiden, Herzklopfen, Schwindel. — **Schöneberg 314.** Die Fortsetzung ist verfehlt. — **R. S. S.** Das Mädchen war nicht verpflichtet, Ihnen vorher davon Mitteilung zu machen. Wenn von ihr nachgewiesen wird, daß Sie in der gelegentlichen Empfängniszeit ihr beigemohnt haben, sind Sie zur Alimentation verpflichtet. — **G. S. 22.** Bei einem Umzug in eine andere Gemeinde kann Ihnen die kommunale Unterstützung und der Mietszuschuß verweigert werden. Unterstützung erhalten Sie von der Gemeinde, in der der Name bei seiner Eintragung wohnte. — **J. 23.** Nicht gesetzlich geregelt.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag. Im Binnenlande größtenteils heiter, an der Küste vielfach demöist, aber nirgends erhebliche Niederschläge; in den Mittagsstunden mäßig warm, in der Nacht zu Sonntag noch recht kühl.



In allen Abteilungen Deutsche Moden 1915

Leichte Sommer-Kleidung

Wasch-Joppen Bast-Jackeffe
Lüster-Jackeffe Pikee-Westen
Loden-Joppen Weisse Hosen

Sommer - Sport - Kleidung

Sport - Anzüge Loden-Pelerinen
Sport - Hosen Gummi - Mäntel
Kord-Kleidung Bozener Mäntel

Knaben-Kleidung

Wasch-Anzüge Sport-Kleidung
Wasch - Blusen Uniform-Anzüge

**Siroh - Hüte • Sport - Mützen
Sport - Hemden**

Sonntags von 8-10 geöffnet.

BAER SOHN

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren u. Knaben-Kleidung.

BERLIN :: GEOR. 1801

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 19

Theater für Sonnabend, den 19. Juni.

Deutsches Künstler-Theater 8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand	Schiller-Theater O. 8 Uhr: Der gute Blirger
Deutsches Opernhaus, Charlottenbg. 8 Uhr: Tiefland (Gastsp. Eva v. d. Osten.)	Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: Der Rauh der Sahimerinnen
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater 8 1/2 Uhr: Eine unmögliche Frau Sonnt. 3 1/2 Uhr: Maria Stuart	Thalia-Theater 8 Uhr: Heines „Junge Leiden“ Hirsch, Hühneraugenoperateur: Königl. Sachs. Hofschauspieler Hanna Fischer als Gast.
Kleines Theater 8 1/2 U.: Liebelei	Theater am Nollendorfl. 8 1/2 U.: Immer feste druff!
Lessing-Theater 8 1/2 U.: Seine einzige Frau	Trianon-Theater 8 1/2 Uhr: Die Heiratsschule. Sonnt. 8 1/2 Uhr: Die Waise aus Lowood
Lustspielhaus 8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht	Volksbühne-Theater am Bülowplatz 8 1/2 Uhr: Die Lokalbahn. Hieraus: Die Medaille
Hontis Operetten-Theater 8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer	

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Flandern und der Krieg.
8 Uhr:
An den Grenzen von Südtirol und Italien.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Unsere Prachtmädels.
Gartenbühne: Die Försterchristi.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Eine Meile in der Minute.
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

WINTER GARTEN
Guido Thielscher
„Venus im Grünen“.
Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Strauß.
Mitwirkende:
Eise Berna Lotte Werkmeister
Thalia-Theater, Berlin
Karl Bachmann Julius Spielmann
sowie der
vom Publikum und Presse
glänzend beurteilte
Juni-Spielplan.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernspr. Könnigt. 2062.
Bis auf weiteres Dampfer-Extrafahrten:
I. Ab Waisenbrücke:

Jeden Sonntag 7 1/2 Uhr:	Teupitz (Tornows Idyll)	hin u. zurück 2 M.
Jeden Mittwoch 8 Uhr:	Krampenburg	hin u. 1 M., einf. 50 Pf.
Jeden Sonntag 9 und 2 Uhr:	Krampenburg-Neue Mühle	abf. u. 1 Uhr hin u. 50 Pf. zurück 25 Pf.
Jeden Montag, Donnerstag und Freitag:	Krampenburg-Ziegenhals	abf. u. 1 Uhr hin u. 50 Pf. zurück 25 Pf.
Jeden Dienstag und Mittwoch:	ab Café Alsen (Schl. Brücke) Abfahrt je 1/2 Stunde später.	

II. Ab Reichstagsufer direkt am Bahnhof Friedrichshagen.
Jeden Sonntag 8 1/2 Uhr: Phöben über Werder hin u. zurück 1,50 M.

III. Ab Neukölln:
Jed. Sonntag 8 u. 2 Uhr ab Kaiser-Friedrich-Brücke Krampenburg hin u. zurück 1 M., einf. 50 Pf. — Kinder 50 reb. 25 Pf.
Die Rückfahrt dieser Sonntagstour endet abends im Café Alsen resp. Waisenbrücke.

Achtung! Voranzeige! Ab Berlin-Reichstagsufer durch den **Hohenzollerkanal!** am 8. u. 22. Juli nach Werbellinsee. am 15. u. 29. Juli bis Elbente Niederflinow. Abfahrt 7 Uhr. Nur Einzelpart 3,10 M. Fahrzeit circa 1 1/2 Stunden. Wir bitten Bahngäste möglichst vorher im Kontor, Stralander Brücke 4, zu entnehmen, da zu jeder Fahrt nur eine bestimmte Anzahl zur Ausgabe kommt.

Unsere **3/20 Liter Riesen-Nansen-Becher** sind wieder eingetroffen.

L. Katz & Co.
Spandauer Str. 20. Tel.: Zentrum 7037.
Filialen: Neukölln, Bergstraße 65.
Telephon: Neukölln 1267 und Hermannstraße 35, Telephon: Neukölln 1678.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
8 1/2 Uhr:
Eine Nacht in Berlin
Volkstümlich mit Gesang in 3 Aufzügen.
Erstklassiges Varieté
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Palast
Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr
R. Steidl - Adelmanns Neu!
Die berühmte Weltmeisterin „Charlotte“ in ihren neuesten Produktionen auf künstlichem Eis. ? Paini? — Asra u. das weit. senat. Juni-Programm. Kl. Preise. Angen. kühl. Aufenthalt.

Henkel's Bleich-Soda
für alle Küchengeräte

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Zum 137. Male:
Im Schützengraben
Militärisch. Zeitbild von Wenzel. Militärpersonen u. deren Angehörigen vollkommener freier Zutritt zu d. Stett. Sängern.

Reederei Kahnt & Hertzner
Von der Oberbaumbrücke (Faldensteinkranz) Jeden Sonntag
Dampfer-Extrafahrten mit Musik
8 1/2 und 2 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. 50 Pf. | Kinder 25 Pf.
8 1/2, 9, 12, 2 und 3 Uhr nach Neu-Heeringdorf. 30 Pf. | 25 u. 20 Pf.
Ferner wochentags, außer Sonnabendsnachmittag:
9 u. 2 1/2 Uhr nach Neu-Heeringdorf hin u. zurück. 40, Kinder 20 Pf.
9 u. 2 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse hin u. zur. 55. 25 Pf.
9 Uhr jeden Mittwoch nach Jenßen und Neue Mühle 55. 25 Pf.
Reederei Kieck, Faldensteinstr. 48, Telephon Wpl. 8197.

Aus Groß-Berlin.

Im Osten von Potsdam durch Wald, Park und See.

Unser Ausgangspunkt ist Neubabelsberg. Wir erreichen es mit der Wannseebahn oder mit einem der vom Potsdamer Hauptbahnhof abgehenden Vorortzüge (s. B. um 9 Uhr 8 Minuten vormittags) oder mit einem der über die Stadtbahngeleise verkehrenden Potsdamer Züge. Beim Heraustrreten aus dem Bahnhof Neubabelsberg gehen wir rechts die Straße zwischen Griebnitzsee und Bahn entlang gegen Osten, bis wir den Wald erreichen, der an dieser Stelle durch einen neuen Chausseebau gerade etwas in Unordnung geraten ist. Hier links hinab durch den Wald an den Kanal, der die Griebnitz mit dem Stolper See verbindet. Immer in der Nähe des Wassers und am Ufer des hübschen Stolper Sees entlang bis ins idyllische Dorf Stolpe. Hier bei der Kirche ein Schmutzplatz mit einem Wegweiser. Wir folgen der Richtung „Moorlase“, wobei wir ständig im Walde bleiben. Bald wird die Chaussee von Potsdam nach Wannsee überschritten; dann wird der Wald durch die Schäfer- und Finkenberge etwas hügeliger; es zeigen sich, je näher wir der Gabel kommen, hübsche Waldschluchten und endlich ist das vielbesuchte Moorlase mit seinen prächtigen Ausblicken auf See und Wald erreicht. Von hier wenden wir uns auf der hart an der Gabel entlang laufenden Waldchaussee (zur Linken der Glienider Park) westlich gen Potsdam. Alte Weiden, die sich tief geneigt haben, tauchen die Ästigen Kronen ins Wasser und die von den Schleppdampfern aufgeworfenen Wellen gleiten darüber hin. Wo das Schilf das Ufer frei läßt, sieht man gelbe Seerose blühen, und noch zahlreicher wächst hier eine viel seltener, ganz ähnliche Pflanze, die es zu einem deutschen Volksnamen noch nicht gebracht hat (Limnanthemum). Die Blätter und Blüten sind nur etwa halb so groß wie bei der Seerose. Wer darauf nicht achtet, verwechselt beide, bis ihm aus Ufer geschwemmte Blätter und Blüten zeigen, daß es zwei ganz verschiedene Pflanzen sind, die durch vollkommen gleiche Lebensweise einander so ähnlich geworden sind.

Wald haben wir die Sacrower Fähre erreicht. Für einen Ridel werden wir auf dem ungechlachten Gefährt mit Hilfe von Drahtseilen an das andere Ufer geschleift. Hier ist es womöglich noch schöner. Auf einem Waldwege, den zur rechten ein Bestand ungewöhnlich hochragender, weiß schimmernder Birken säumt, gelangen wir in den Sacrower Schloßpark (zwischen Heilandkapelle und Schloß Sacrow). Wundervolle Baumgruppen von besonderer Höhe fesseln hier allenthalben unsere Blicke, das fesselndste Bild aber liefert die uralte Eiche des Parkes, die wir nicht verfehlen dürfen. Ihren Stamm, der unten etwa drei Meter im Durchmesser mißt, umgibt eine runde Bank, die unter einem solchen Baume des ausgiebigsten Schattens sicher ist. Es ist eine kerngesunde Prachtgestalt, mit sehr weit ausladenden Ästen von Baumessdike und mit den bekannten knorrigen Biegungen dieser Baumart, kurz jeder Zoll eine Eiche. Diese auf ein Alter von 800 Jahren geschätzte Gestalt lohnt allein den Ausflug.

Wenn wir den Park verlassen, wenden wir uns gleich links an das Ufer der feiertaglich verbreiterten Gabel, die hier Jungfernteich heißt. Rechts schöner Wald, zum Lagern geeignet, mit Unterholz, unter anderem auch mit Silberpappel. Links der Uferjumpf, in dem Schilf, Vinsen, Seggen und eine Menge Gräser und Kräuter den Pflanzenfreund fesseln. Wenn wir die Augen offen behalten, werden wir die Ueberfahrt zur „Meierei“ nicht übersehen. Diesmal steigen wir in einen schwanen Kahn, und der Fährmann, der uns oberhalb für einen Ridel überführt, hat mit kräftigen Schlägen eine ziemliche Wassertröde zu überwinden. In Ruhe können wir rechts und links (im Hintergrunde die Bogen der Glienider Brücke) den Reiz der Potsdamer Landschaft auf uns einwirken lassen. Der Kahn legt bei der sogenannten „Meierei“ an, einem vielbesuchten Ausflugsziel der Potsdamer. Nach links schließt sich der Park des „Neuen Gartens“ an. Der Weg führt dicht am Seeufer entlang. Bisweilen ladet eine Bank zum Sitzen ein. Außer einheimischen Baum- und Strauchgestalten gibt es hier auch manche ausländische Baumart zu bewundern. Durch eine Villenstraße hindurch erreichen wir schließlich die Glienider Brücke. Von hier fährt man für 10 M. mit der „Elektischen“ zum Bahnhof in Potsdam, wo man sich seinen Zug zur Heimfahrt aussucht.

Wenn der Ausflug in der beschriebenen Weise nicht lang genug ist, der kann ihn leicht verlängern. Statt sich nach der „Meierei“ überlegen zu lassen, geht man weiter bis zur „Römerschanze“, von hier gegen Redlitz hin, nach dem man sich überlegen läßt und bummelt oder fährt dann von Norden her nach Potsdam hinein.

Großfeuer am Rosenthaler Platz.

Ein gewaltiger Brand beschäftigte gestern von nachts 2 1/2 Uhr an die Berliner Feuerwehr viele Stunden lang am Rosenthaler Platz. Dort stand die große Möbelfabrik von Fr. Kahn total in Flammen. Als die ersten Löschzüge an der Brandstelle erschienen, brannte das dritte Ouergebäude auf dem Hofe Brunnenstraße 190 bereits von Keller bis zum Dachgeschoß. Die Flammen fanden besonders an Bureau, Mädeln- und anderen Möbeln, Herrensimmern, Privatkontor-Einrichtungen und großen Vorräten von Holzern reiche Nahrung. Es brannten nicht nur Lagervorräte, sondern auch Verkaufsräume, Werkstätten usw. in großer Ausdehnung. Oberbrandinspektor Julius ließ unverzüglich „Großfeuer“ an alle Wachen melden. Von allen Seiten erschienen in kurzer Zeit neue Löschzüge. Es lag die Gefahr vor, daß die Flammen, die haushoch schlugen, die angrenzenden Gebäude erfassen, die ebenfalls, soweit sie nicht von Mädeln usw. bewohnt sind, wertvolle Betriebe beherbergen. Schon fingen der rechte und linke Seitenflügel des brennenden Ouergebäudes bedenklich an, Feuer zu fangen. Die Hitze war unerträglich, Funkengeräten sprühten weithin umher. Der Aufenthalt auf der Brandstelle und deren Nähe war mit Lebensgefahr verbunden. Brennende Gassen fürzten krachend herab, Glascherben und glühende Metallstücke flogen umher. Dazwischen prasselten die Wasserstrahlen von den Dampf- und Motorpistolen, die jeden umwarfen, der ihnen nicht auswich. Der Qualm war so heftig, daß Augen und Atmungsorgane litten. Der Angriff wurde mit acht B-Rohren stärksten Kalibers und sechs C-Rohren schwächeren Kalibers eingeleitet. Ungeheure Wassermengen, die noch vermehrt wurden durch die Verwendung eines im

Hofe aufgerichteten Fontänenmaßes, mit dem ebenfalls längere Zeit die Front des Ouergebäudes mit Wasser überschwennt wurde, verhinderten eine weitere Ausdehnung der Flammen. Um 4 Uhr war man des entsehlten Elements so weit Herr, daß die Gefahr für die Nachbarhaft als beseitigt gelten konnte.

Um 8 Uhr brannte das vierstöckige Ouergebäude vom Keller bis zum Dachgeschoß. Die Flammen schossen bald hier, bald da von neuem hervor und mehrere Male schien es, als ob der Brand kein Ende nehmen wolle. Im Innern des Gebäudes wühlten die Flammen wie in einem glühenden Hochofen, bis hier und da eine Wand oder eine Decke donnernd einstürzte und statt der Flammen Rauch und Asche emporswirbelnd, alles verdunkelte. Die Räumlichkeiten hatten einen schweren Stand. Zwei Drittel der Berliner Wehr steht im Felde. Aber weder hielt die Wehr ihren angewiesenen Standplatz sicher und unerschrocken fest. Der bedrohte rechte und linke Seitenflügel konnte bis auf einige Teile wirksam geschützt werden. Um 7 Uhr konnten einige Löschzüge abziehen, andere kamen zur Ablösung. Fast die gesamte Wehr war, die Ablösung eingerechnet, versammelt. Vormittags hatten noch drei Löschzüge munterbrochen mit der Ablösung und Aufstimmung viel Arbeit. Ueber die Entstehung des Brandes und die Höhe des Schadens hat man nicht den geringsten sicheren Anhalt. Dies wird sich erst nach den eingeleiteten Ermittlungen feststellen lassen. Bemerkenswert ist die Feuer fast gleichzeitig von drei Seiten zuerst, als die Flammen schon um 2 Uhr aus den Fenstern schlugen. Es muß also schon längere Zeit unbemerkt in dem Ouergebäude auf dem dritten Hof nach der Kiderstraße zu gewütet haben. Die betroffene Firma besitzt noch in der Brunnenstraße 188/190 Verkaufs- und Musterlager.

Ein zweites Großfeuer kam gestern früh um 5 Uhr in dem Schuppen der Ein- und Verkaufsgenossenschaft selbständiger Glasermmeister Deutschlands zum Ausbruch. Die Flammen fanden an Holzlisten und Stroh, das dort in großen Mengen lagerte, so schnell reiche Nahrung, daß trotz schnellster Hilfe durch den 11. Zug der große Schuppen nicht zu retten war. Er brannte total aus.

Frische Kartoffeln als Brotzusatz.

Der Magistrat hat den Bäckermeistern Berlins mitgeteilt, daß es, nachdem sich herausgestellt hat, daß frische Kartoffeln in großer Menge vorhanden sind, von nun an jedem einzelnen Bäckermeister überlassen wird, frische Kartoffeln bei der Gebäckbereitung zu verwenden, daß sogar der Zusatz von frischen Kartoffeln (anstatt von Kartoffelmehl) mit Mischgut auf den reichen Vorrat zurzeit wirtschaftlich wünschenswert ist.

Der Feldpostverkehr auf dem Schlesiſchen Bahnhof.

Bei den 23 Feldpoststellen, die wir gegenwärtig in Deutschland haben, strömen bekanntlich dauernd die bei den heimischen Postanstalten im weiteren Umkreise dieser Poststellen aufgegebenen Feldpostsendungen zusammen, um hier von 13-14000 Kräften nach allen Regeln postaltlicher Sortierkunst verarbeitet um dann versandfertig gemacht zu werden. Ueber 42000 Briefsäcke mit bis auf die Bataillone, Batterien und Eskadrons herab sortierten Feldpostbriefen gehen täglich von den Poststellen zur Front. Eine der größten Umschlagstellen im Feldpostverkehr für die An-, Ab- und Weiterbeförderung der gesammelten Feldpoststücke ist das Postamt O 17 auf dem Schlesiſchen Bahnhof in Berlin. Hier entspringen und enden nicht nur die Züge nach und von Königsberg-Jüterburg, Posen-Trojan und Breslau-Galizien, sondern auch die Schnellzüge und wichtigsten Personenzüge nach und von Hannover-Köln und Kassel-Roblenz-Frankfurt (Main)-Megg, sodas außer dem gesamten von Berlin aus nach dem Osten bestimmten Feldpostverkehr auch noch in großem Umfange die dorthin gerichtete aus dem Westen kommende Feldpost und andererseits der Hauptteil der vom östlichen Kriegsschauplatz herrührenden Feldpostkorrespondenz über das Postamt O 17 geht. Insgesamt verkehren täglich am Schlesiſchen Bahnhof 143 Postzüge. Ferner mißben und entspringen dort täglich 593 Güterposten des Berliner Stadtverkehrs. Die meisten dieser Züge und Posten befördern zugleich auch Feldpost. Im Durchschnitt werden beim Postamt O 17 täglich 14340 Feldpoststücke verladen. Ihr Inhalt ist auf über 10 Millionen Sendungen zu schätzen. Dieses Ueberladegeschäft umfaßt die Übernahme der Beutelverfände von den eingehenden Wagnposten und Güterposten, das Sortieren der Beutel nach den Kurzen und den an den Landesgrenzen befindlichen Zeitpunkten, sowie das Verladen der Säcke in den abgehenden Wagnpostwagen, Eisenbahngüterwagen und Güterposten. Wegen des Umfangs der beim Postamt 17 zu verladenden Feldpost müssen täglich 27 Eisenbahngüterwagen von der Eisenbahnhöhre als Weiswagen erbeten werden. Der reine Feldpostverladendienst nimmt täglich über 120 Kräfte des Postamts in Anspruch. Dabei ist der gewöhnliche (Zivil-) Brief- und Paketebetrieb dieses Postamts jetzt noch bedeutender als vor dem Kriege. So sind Mai 1915 beim Postamt 17 über 3282000 gewöhnliche Pakete ungearbeitet worden, d. h. noch 221000 Pakete mehr als im Mai 1914. Aber auch der Feldpostverkehr, der neben diesem bedeutenden gewöhnlichen Brief- und Paketebetrieb mit zu betwältigen ist, steigt fortwährend, teilweise sprunghaft. In den damit verknüpften Betriebschwierigkeiten kommen sehr häufig noch Störungen des Postbeförderungsdienstes auf einzelnen Eisenbahnstrecken, die durch militärische Maßnahmen hervorgerufen werden, so daß zeitweilige Stauungen und plöglig erforderlich werdende Umleitungen der Postzüge und -wagen an der Tagesordnung sind. Trotzdem ist es der Leitung und dem Personal des Postamts 17, das 1050 Köpfe zählt, bisher immer gelungen, reinen Tisch zu schaffen und Verzögerungen im Feldpostverfand, soweit eben möglich, fernzubalten — sicher ein gutes Zeichen auch für die Berufstüchtigkeit der meist sehr gegen ihren Willen im heimischen Dienst zurückgebliebenen Postbeamten.

Die Schifferbrotkarten.

Der Berliner Magistrat teilt folgendes mit: Auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 31. Mai 1915 (Az. v. 11497) werden für die Binnenwasserfahrzeuge der Wasserbauverwaltung und der Wasserpolizei besondere Brotkarten ausgegeben. Diese sind aus dunkelblauem Papier hergestellt und weisen als Wappen den preussischen Adler auf. Sie tragen die Aufschrift „Brotkarten für Binnenwasserfahrzeuge“ und haben eine vierzehntägige Gültigkeit.

Diese Schifferbrotkarten müssen ebenso wie die Groß-Berliner Brotkarten beim Bezuge von Brot und Mehl angenommen werden. Die Bäcker und Mehlhändler müssen sie aber von den Berliner Brotkarten streng getrennt halten und den Brotkommissionen am Montag jeder Woche in besonderem, mit der Aufschrift „Schifferbrotkarten“ versehenem Umschlag abliefern.

Es liegt im eigenen Interesse der Bäcker- und Händler,

diese blauen Abschnitte der Schifferbrotkarten nicht mit denen der Berliner Brotkarten zu vermischen. Denn, wenn die Schifferbrotkarten zusammen mit den Berliner Brotkarten gewogen würden und nach dem Gewichtsergebnis die Mehlzuteilung erfolgte, so würde der Vorkäufer für die Schifferbrotkarten weniger Mehl erhalten als ihm zukommt.

Ein seltsames Räumungsurteil gegen eine Kriegerfrau.

Durch Bundesratsverordnung sollen die Kriegerfrauen gegen Ermittlung geschützt werden. Einzelne Fälle kommen aber doch vor, die den Frauen diesen Schutz nehmen: „Der Hauseigentümer Ringert in der Thierstr. 60 klagte gegen eine Kriegerfrau auf Zahlung von 48 M. Restmiete. Laut Benachrichtigung der Steuerkasse erhielt die Frau auf die 21 M. monatlich betragende Miete einen städtischen Mietszuschuß von 7,50 M. und der Wirt hatte monatlich die Miete um 6 M. ermäßigt. Die Frau hätte somit 7,50 M. monatlich zu zahlen. Dieser Verpflichtung kam sie auch ständig nach, mit Ausnahme des Monats Juni. Der Wirt klagte aber nicht nur für den Monat Juni, sondern klagte auch die Miete für Mai und 6 M. für April ein. Abgesehen davon, daß die Klage überhaupt nicht substantiiert war, war die Forderung des Wirtes in Höhe von 48 M. überhaupt nicht begründet. Denn selbst wenn er die 6 M. Mietszuschuß nicht mehr gewähren wollte, obgleich er doch dazu eigentlich verpflichtet war, hätte er für Mai und Juni nur je 13,50 M. und allenfalls für den April 6 M., im ganzen also nur 33 M. zu verlangen, da er den städtischen Zuschuß von 7,50 M. ständig bekommen hat. Trotz alledem wurde, nachdem die Frau eine Anerkennung ablehnte, am 15. Juni vom Amtsgericht Berlin-Mitte, Abteilung 177, das Räumungsurteil gegen die Frau ausgesprochen, und zwar soll sie schon am 21. Juni die Wohnung räumen.

Das Räumungsurteil entspricht unseres Erachtens nicht den Schutzbestimmungen des Bundesrats.

Das Automobilunglück in der Brunnenstraße.

Ist jetzt völlig aufgeklärt. Der Kraftwagenfahrer ist ermittelt; er hat sich jedoch entfernt, aufsehend, um sich ein Leid anzutun. Es ist ein 49 Jahre alter Karl Schmidt aus der Raumerstraße 24, ein verheirateter Mann, der schon seit zehn Jahren Kraftwagener fährt und sich bisher als durchaus tüchtig, nüchtern und zuverlässig erwiesen hatte. Schmidt brachte den beschädigten Wagen am Sonntag früh nach dem Schuppen seines Besitzers in Weihenstephan, wartete aber nicht, bis dieser zum Abrechnen kam, wie es sonst geschah, ging vielmehr gleich wieder weg und hinterließ nur einen Zettel, daß er langill gehabt habe und den Schaden ertragen wolle. Am Montag brachte dann seine Frau das Geld, das er eingenommen und abgeliefert hatte. Den Wagen, den der Besitzer zur Ausbesserung in eine Werkstat bringen mußte, hatte Schmidt ausgewaschen. Es fanden sich darin nur noch geringe Unsauberheiten. Vorgestern machte Schmidt mit seiner Frau einen Ausflug nach einem Freibad. Auf dem Rückwege las er abends in der Zeitung die Aufklärung des vermeintlichen Raubankfalls. Er bekannte seiner Frau, daß er der gefundene Kraftwagenfahrer sei, erklärte ihr, daß er sich des Unglücks wegen das Leben nehmen werde. Hierauf trennte sich Schmidt nachts um 12 Uhr von ihr und ging weg.

Einer späteren Meldung entnehmen wir, daß Sch. sich gestern nachmittag der Kriminalpolizei selbst gestellt hat.

Ein dreier Mann wurde gestern mittag auf dem Reutöliner Hauptpostamt in der Richardstraße verhaft. Eine 15 Jahre alte Elise Höfeler vom Richardplatz 29 ging nach dem Amt, um eine Wechselstempelmarke zu kaufen. Den Wechsel, der über 550 M. lautete, trug sie in einem Briefumschlag in ihrer Handtasche. In der Vorhalle nahm sie den Umschlag aus der Tasche, um nachzusehen, wie hoch der Betrag des Wechsels war und was für eine Marke sie demnach nehmen mußte. In diesem Augenblick kamen drei junge Burſchen aus dem Schalterraum des Amtes heraufgeschwungen. Einer von ihnen entriß dem Mädchen blitzschnell den Briefumschlag, in dem die drei ohne Zweifel etwas anderes als einen Wechsel vermuteten, während die beiden andern ihm die Tür aufrißen. Alle drei liefen dann eiligst davon und entkamen. Die Mädchen werden wohl versuchen, auf den Wechsel Geld zu bekommen. Er ist ausgestellt von Emil Höfeler, Richardplatz 29, am 6. Juni, und angenommen von Max Höfeler. Häufig ist er am 16. September 1915. Der Briefumschlag trägt die Aufschrift des Reutöliner Bankvereins.

Der Eispalast unter dem Hammer. Vor dem Amtsgericht Charlottenburg findet am 9. Juli die Zwangsversteigerung der Grundstücke Lutherstr. 22-24 und Augustburger Str. 67 in Charlottenburg statt, die der Berliner Eispalast-Aktiengesellschaft zu Berlin gehören. Die Grundstücke sind 71,91 Ar groß und haben einen Nutzungswert von 136 405 M.

Auf der Suche nach dem Mädchenmörder. Die Berliner Kriminalpolizei glaube gestern früh einen der Finger der Schulmappe, die die ermordete achtjährige Elise Leh befaß, ermittelt zu haben. Sie war auf einen jungen Mann aufmerksam geworden, der viel von der Mappe gesprochen hatte. Seine Vernehmung ergab jedoch, daß die Leute, die auf ihn hinwiesen, ihn falsch verstanden hatten. Die Finger sind nach allen Ermittlungen höchstwahrscheinlich zwei Schüler höherer Lehranstalten, die wohl ohne Erlaubnis ihrer Eltern eine Wootsfahrt gemacht hatten und nun Unannehmlichkeiten befürchteten.

Wiederum drei Schüler vermißt. Dem Berliner Polizeipräsidenten ist gestern das spurlose Verschwinden dreier Schüler gemeldet worden und es hat bei der in der letzten Zeit ständig sich häufenden Zahl von vermißten Schülern den Anschein, als ob die Knaben Gelegenheit genommen haben, die Kriegsschauplätze aufzusuchen. Seit dem 16. des Monats verschwunden sind die Schüler Max Geburgi, Stieglitzer Str. 80 bei den Eltern wohnhaft, 13 Jahr alt, der 12jährige Robert Gelscha aus der Liebenwalder Str. 39 und der 13jährige Lothar Voigt, Siegmundshof 12 wohnhaft.

An die aus Italien geflüchteten Deutschen. Da in diesen Tagen die Liste der aus Italien geflüchteten Deutschen abgeschlossen werden soll, werden diejenigen Flüchtlinge, die ihre Anmeldung noch nicht vollzogen haben, gebeten, dies unter Angabe ihres bisherigen Wohnortes in Italien und ihrer gegenwärtigen Adresse umgehend zu tun. Die Anmeldung ist zu richten an das Hilfs-Komitee des Deutsch-Italienischen Wirtschafts-Verbandes, Berlin O 2, Burgstr. 29. Die nächste Flüchtlings-Versammlung findet am Donnerstag, den 1. Juli, im Berliner Lehrervereins-haus statt.

Zur Sonnenwendfeier. Die Abteilungen des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ treffen sich heute 8 1/2 Uhr an den bekannten Stellen.

Sammelfahrt ist im Waldhaus in Grünau.

Aus den Gemeinden.

Landsturmübungen im Kreise Niederbarnim.

Die Musterung der unangebildeten Landsturmpflichtigen des Jahrgangs 1896 (Geburtsjahr) und der in den Jahren 1899 bis 1894 Geborenen, die sich bisher zur Landsturmübungen noch nicht gestellt haben, findet nach Bekanntmachung des Landrats Dr. Borch für den Aushebungsbezirk Niederbarnim I vom Montag, 21. d. M., bis 5. Juli in Gernsdorf, Restaurant Waldschlößchen von Zeffler,

Statt. Im Aushebungsbereich II findet die Musterung in Friedrichs- feide, Schloßrestaurant, Wilhelmstraße 17a, vom 21. Juni bis 5. Juli statt.

Ermäßigung der Kartoffelpreise in Reinickendorf.

Die Gemeinde hat den Preis der von ihr verkauften Kartoffeln auf 4,25 M. pro Zentner herabgesetzt. An Händler, die sich verpflichten, das Pfund mit nicht mehr als 4 1/2 Pfennig zu verkaufen, erfolgt die Abgabe zu 3,75 M. Der Verkauf für den westlichen Ortsteil erfolgt von jetzt ab in der 5. Gemeindeschule.

Aus aller Welt.

Patriot oder Landesverräter?

Einer jener Lebensmittelwucherer, die sich die Not des Volkes zunutze machen, stand dieser Tage in der Person des Gutsbesizers und Distriktsrats Karl Brügel vor der Strafkammer des Landgerichts Zweibrücken. Er hatte ebenso wie viele andere Landwirte mit seinen Kartoffelvorräten zurückgehalten, da er im Frühjahr höhere Preise zu erzielen hoffte. Ein Kommissar hatte festgestellt, daß Brügel 200 bis 300 Zentner überschüssige Kartoffeln zu lagern hatte, und auf Grund dieser Feststellung sollte er an das Landgerichtsgefängnis in Zweibrücken für die Gefangenen 50 Zentner abgeben, da dort die Vorräte nahezu aufgebraucht waren und nirgends Ersatz aufzutreiben war. Da für diese Lieferung die amtlichen Tonnenpreise in Betracht zu kommen hätten, weigerte sich Brügel neuerdings, von seinem Uberschuß abzugeben und erklärte dem Staatsanwalt am Telefon: „Ich gebe nichts her und weiche nur der Gewalt!“ Tatsächlich wurden etwa 180 Zentner durch die Behörde auf dem Gute abgeholt werden, gleichzeitig erfolgte Strafandrohung gegen den Besitzer. Wie in der Beweisaufnahme bekundet wird, benahm er sich den kontrollierenden Beamten gegenüber höchst eigenartig. Als diese darauf hinwiesen, daß seine Haltung wenig im Interesse seiner hungernden Nebenmenschen liege und ihn fragten, ob dies patriotisch sei, entgegnete er: „Patriotisch ist, wenn ich meine Kartoffeln bis zum Frühjahr behalte und sie dann gut verkaufe. Wer Kartoffeln haben will, soll sich welche pflanzen! Von meinem Vorrat werde ich kein Pfund abgeben!“ usw. Weiter drohte er: „Wenn der Staat mich schikanieren will, dann verdamme ich meinen ganzen Bestand zu Schnaps!“ Der Staatsanwalt führte u. a. aus, der Angeklagte habe aus purer Habgier gehandelt und sich um die staatlichen Maßnahmen, die Hinankhalten von Hungernot und Teuerung bezwecken, nicht gekümmert. Die Handlungsweise könne nur als schamlos bezeichnet werden, sie stehe auf der gleichen Stufe wie die des Landesverrätters, der den eigenen Truppen in den Rücken fällt. Er beantragte 1000 M. Geldstrafe. Das Urteil gegen den Angeklagten lautete auf nur 200 M. Geldstrafe, wobei seine nicht zu billigende Gesinnung und sein gegen die Volksinteressen gerichtetes Vorgehen in opferreicher Zeit entsprechend gewürdigt wurde.

Die Charakteristik des Staatsanwalts, der die Lebensmittelwucherer auf eine Stufe mit Landesverrättern stellte, dürfte diesen habgierigen Menschen nicht gerade angenehm sein. Sie werden sich daraus aber weiter nichts machen, wenigstens so lange nicht, bis man sie auch mit der sonst gegen Landesverräter angewandten Strenge bestraft.

Das Verbrechen eines Landstreichers.

In Südeß brach in der Nacht zum Freitag der Landstreicher Rütjohann aus Altona, ein 20jähriger Bursche, in die Wohnung der Witwe des Landgerichtsdirektors Kunde ein. Durch ein Geräusch erwaachte die 14jährige Tochter. Der Eindringler brachte ihr einen Schnitt in die Kehle bei; ebenso verletzte er die Mutter durch einen Stich in den Hals. Der Verbrecher konnte durch den Schwiegerohn der Frau Kunde, einen Kunstmalzer aus Charlottenburg, festgehalten werden. Er wurde verhaftet. Die Verletzungen des Kindes sind lebensgefährlich, die der Mutter leichter Natur.

Brandkatastrophe bei Wien.

In Mühldorf bei Wiener Neustadt brach ein Brand aus, bei dem von 205 Häusern 127 eingäschert wurden. Viele Feuerwehrlente und Ortsbewohner erlitten bei den Rettungsarbeiten schwere Brandwunden. Einige wurden unter den Trümmern der einstürzenden Häuser begraben. Der Gesamtschaden, der teilweise durch Versicherung gedeckt ist, wird auf eine Million Kronen geschätzt.

Verbrennung der Gefallenen auf französischer Seite.

Aus Paris wird gemeldet: Der Kammerausschuß für das Gesundheitswesen ließ Versuche von Leichenverbrennung vornehmen, um eventuell in der Kammer einen Gelegetwurf einzubringen, wonach die Gefallenen auf den Schlachtfeldern verbrannt werden sollen. Da die Versuche befriedigend ausfielen, wird der Ausschuss einen Gelegetwurf auszuarbeiten und der Kammer unterbreiten.

Das Großfeuer in Hamburg konnte nach sechzehnstündiger angestrengter Tätigkeit der Feuerwehr gelöscht werden. Der Gesamtschaden beträgt eine Million Mark.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen Rittergutsbesitzer. Die Strafkammer in Sagan verurteilte den Rittergutsbesitzer v. Markewitsch in Nieder-Medniz wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte als Vorstandsmitglied der Spar- und Darlehnskasse in Nieder-Medniz die Mitglieder durch Fälschungen um 60 000 M. geschädigt.

Professor Dr. Lehmann-Hohenberg — heftig verfolgt. Wegen des ehemaligen Kieler Universitätsprofessor Dr. Lehmann-Hohenberg, der wegen Beleidigung des Staatsanwalts in Weimar zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, erläßt jetzt die Staatsanwaltschaft in Eisenach einen Steckbrief, weil L. flüchtig ist und sich verborgen hält.

Parteiveranstaltungen.

Wilmersdorf. Montag, den 21. Juni: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.
Niederischönhausen. Morgen Sonntag, von 7 Uhr früh ab: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Jugendveranstaltungen.

Neußän. Die Treffpunkte für die in den Gofener Bergen stattfindende Sonnwendfeier sind: 1. und 4. Viertel: Gemeinlicher Treffpunkt am Neulerplatz abends 7 und 8 Uhr. Abfahrt Göttinger Bahnhof 7.40 und 8.40 Uhr. — 2. Viertel: Abends 7 und 8 Uhr am Bergbergplatz. Abfahrt vom Bahnhof Treptow. — 3. Viertel: Abends 7 und 8 Uhr am Bahnhof Hermannstraße. Abfahrt dabei! Im Anschluß an die Sonnwendfeier finden am Sonntag Wanderungen nach dem Eldrig, Berch und Kroschsee statt.
Reinickendorf-Ch. Die Teilnehmer an der Sonnwendfeier in den Gofener Bergen treffen sich am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, am „Seebad“, Reichenstraße, 49.
Rantow-Niederischönhausen. Sonnabend, den 19. Juni: Sonnwendfeier in den Gofener Bergen. Treffpunkt 7 Uhr im Jugendheim, Rantow, Hermannstraße, 43a. Abfahrt 8 Uhr 30 Min. Göttinger Bahnhof, Fahrgele 1 M.
Steglich-Friedenau. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Abmarsch vom „Jugendheim“, Kniephofstr. 59, zur Sonnwendfeier in den Gofener Bergen mit anschließender Tagespartie nach dem Stöcksee. Decken, Babehote usw. nicht vergessen. Abends Rückfahrt mit dem Motorboot. Gesamtkosten 1,30 M.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 20. Juni, vormittags 9 Uhr, Doppel-Gottesd. 15-17; Neußän, „Idealpassage“; Ziegel, Bahnhofstraße 15, und Ober-Schöneweide, Alarstr. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzfurter Str. 6: Vortrag des Herrn Dr. G. Hoffe: „Jeldgraue Ethik.“ Damen und Herren als Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (N. a. G.) Hamburg. Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Thiel, Räderstr. 7, Wahl der Ortsverwaltung.

Filiale Berlin 6. Sonntag, den 20. Juni, vormittags 10 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Meyer, Alsterstr. 123. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Filiale Charlottenburg. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hofmannstr. 3: Mitgliederversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Filiale Friedrichshagen. Sonnabend, den 19. Juni, abends 9 Uhr: Generalversammlung bei Linus, Wilhelmstr. 53. Jahresbericht.

Filiale Rantow. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Seidler, Rantowstr. 5/6. Neuwahl der Ortsverwaltung.

<p>Kaiser-Brikett</p>  <p>ist für Ofenheizung am besten und am billigsten!</p>	<p>Erscheint wöchentlich einmal</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis :: Berlin-Süden ::</p>	<p>Untenstehende Geschäfts empfehlen sich bei Einkäufen</p>
	<p>Allgemein-Versch. R. Schellenberger, Café u. Resta. Neukölln, Bernstraße 26/27.</p> <p>Bäcker- u. Konditorien Bäckerei Nordstern Fab. Gust. Müller Vilshofen im Süden, Ostra u. Ungerstr.</p> <p>F. Klalki Neukölln Wismannstraße 46.</p> <p>Lieseberg, Jahnstraße 19.</p> <p>F. Radtke Nolln, Alsterstr. 37 Auerkammplatz, Kiebitzweg.</p> <p>F. Wendt Schillerpromenade 29 Anrathstr. (alte Kiebitzweg).</p> <p>Hüte und Herrenartikel Huthaus Norden Dresdenerstraße 120 Brunnenstr. 22, Badstr. 65, Chausseestraße 55.</p> <p>Kolonialwaren, Delikat. A. Lehmann Britz, Chausseest. 72.</p>	<p>Fleisch- u. Wurstwaren August Fenger Grünauer Str. 3 Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwaren Auto-Bedienung, Billig, Preislos</p> <p>Rich. Deckert, Wienerstr. 33.</p> <p>H. Kunert Prinzessstr. 13 17. Fleisch- u. Wurstwaren.</p> <p>Heinr. Matzker Hermannstr. 229</p> <p>Paul Müller, Friesenstr. 22.</p> <p>G. Heyger Königsberger Str. 16 17. Fleisch- u. Wurstwaren.</p> <p>H. Reich, Schönleinsstraße 13</p> <p>H. Sahib Lessingstr. 18, 17. Aufschnitt.</p> <p>Fahrräder, Nähmaschinen H. Scheller & Co., Berlin-Str. 46 Spez.: Fahrrad, Zehloralle billig</p> <p>O. Strehlen, Fahrrad u. Rep. bill. Neukölln, Hermannstr. 24</p> <p>Seifen Grafenhaus Mariendorf Chausseest. 77b.</p>	<p>Kaffee-Versand Gerold Bei gemeinlichem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 89 Verlang. Sie Preisliste</p> <p>Mehlmühle, Kolonialwaren Joh. Pietsch, Gnaissenaust. 97</p> <p>H. Schleinitz, Mariannenstr. 14</p> <p>Molkereien Kunze, Molkerei Neukölln Weinr. Fruchtsäfte, Limon. E. & M. Leydicke Manteuffelstr. 55</p>

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

M. Schulmeister Dresdener Strasse 4 • Kottbuser Tor

Jackett-Anzüge 25 M. bis 58 M. Rock-Jacketts 40 M. bis 78 M.
Lüster-Jacketts 4⁵⁰ M. bis 18 M. Leinen-Kleidung

JOSEPH'S

Serien-Woche

95, 1,95 2,95 3,95

Von Sonnabend, den 19. Juni, bis Sonnabend, den 26. Juni d. Js.:

In allen Abteilungen aussergewöhnlich billige Angebote zu 4 Einheitspreisen

H. Joseph & Co., Neukölln

Beachten Sie bitte die vielseitigen Auslagen unserer 50 Schaufenster und Kästen.